

**Determinanten der Einstellung zu Studienbeiträgen –
Ergebnisse von Online-Umfragen unter Studierenden**

6-Monats-Abschlussarbeit zur Erlangung des akademischen Grades

„Master of Arts (M.A.)“

an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der

Georg-August-Universität Göttingen

I. Gutachter

Prof. Dr. Steffen-M. Kühnel

II. Gutachter

Prof. Dr. Franz Walter

vorgelegt am

07.04.2014

von

Verena Hambauer

aus

Deggendorf

Inhaltsverzeichnis:

1. Einleitung.....	1
2. Geschichte der Studiengebühren bzw. –beiträge in Deutschland	3
2.1 Studiengebühren in Deutschland vom 16. Jahrhundert bis heute.....	3
2.2 Die Entwicklung der Studiengebühren in den Bundesländern und die Haltung der Parteien.....	8
3. Stand der Forschung	13
3.1 Aktuelle Forschungen zur Einstellung von Studierenden zu Studiengebühren	13
3.2. Soziale Zusammensetzung der Studierenden nach Einführung von Studienbeiträgen	18
4. Forschungslücke	20
5. Theoretische Ansätze und Definitionen	22
5.1. Was sind Einstellungen?	22
5.2 Die Determinanten von Einstellungen	25
5.3 Anwendungsbeispiele für diese beiden Erklärungsansätze.....	25
5.4. Ökonomische vs. ideologische Faktoren	29
5.4.1 Was sind ökonomische Faktoren?.....	29
5.4.2 Was sind ideologische Faktoren?.....	30
6. Die Datenerhebung.....	32
6.1. Methode Onlinebefragung: Vor- und Nachteile.....	32
6.2. Das Untersuchungsdesign.....	33
6.2.1 Die Querschnittstudie.....	33
6.2.2. Stichprobe oder Vollerhebung?.....	34
6.2.4 Die Datenerhebung.....	35
7. Die Datenqualität.....	37
7.1 Unit Nonresponse und Gewichtung	37
7.2 Datenqualität und Verzerrungen	39
7. Hypothesen	43
8. Operationalisierung.....	46
10. Datenanalyse und Überprüfung der Hypothesen.....	49
10.1 Statistische Analysen	49
10.2 Univariate Analyse	50
10.3 Hypothesentests	56
11. Ergebnisse	74
12. Diskussion.....	76
13. Fazit	77
14. Literaturverzeichnis:	80
15. Anhang.....	87

Tabellenverzeichnis:

Tab. 1.: Bundesländer mit allgemeine Studiengebühren bzw. –beiträge (2006 – 2014)	11
Tab. 2.: Bundesländer ohne allgemeine Studiengebühren bzw. –beiträge (2006 – 2014)	12
Tab. 3.: Ablehnung bzw. Befürwortung von Studiengebühren	16
Tab. 4.: Finanzierung der Studiengebühren für das SoSe 2009	19
Tab. 5.: Vergleich der Studierenden in der Grundgesamtheit und in der Stichprobe an der Universität Göttingen in Hinblick auf die Fakultätszugehörigkeit	40
Tab. 6.: Vergleich der Studierenden in der Grundgesamtheit und in der Stichprobe an der Universität Göttingen in Hinblick auf das Geschlecht	40
Tab. 7.: Vergleich der Studierenden in der Grundgesamtheit und in der Stichprobe an der Universität Gießen in Hinblick auf die Fakultätszugehörigkeit	41
Tab. 8.: Vergleich der Studierenden in der Grundgesamtheit und in der Stichprobe an der Universität Gießen in Hinblick auf das Geschlecht	41
Tab. 9.: Vergleich der Studierenden in der Grundgesamtheit und in der Stichprobe an der Universität Trier in Hinblick auf die Fakultätszugehörigkeit	42
Tab. 10.: Vergleich der Studierenden in der Grundgesamtheit und in der Stichprobe an der Universität Trier in Hinblick auf das Geschlecht	43
Tab. 11.: Verteilung der abhängigen Variablen „Einstellung zu Studiengebühren“	50
Tab. 12.: Verteilung der Links-Rechts-Selbsteinstufung	51
Tab. 13.: Die Antwort auf die „Sonntagsfrage“	52
Tab. 14.: Verteilung der Wahlabsicht in „Studiengebührenbefürworter“ und „Studiengebührengegner“	53
Tab. 15.: Verteilung des monatlichen Einkommens	53
Tab. 16.: Die Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Lage	54
Tab. 17.: Die Verbesserung der Qualität der Studienbedingungen durch Studiengebühren	54
Tab. 18.: Das „ökonomische“ Modell	56
Tab. 19.: Die Koeffizienten des „ökonomischen“ Modells	56
Tab. 20.: Das „ideologische“ Modell	57
Tab. 21.: Die Koeffizienten des ideologischen Modells	57
Tab. 22.: Das „ökonomische“ Modell ohne den „Nutzen“	58
Tab. 23.: Die Koeffizienten des „ökonomischen“ Modells ohne „Nutzen“	59
Tab. 24.: Das „ideologische“ Modell ohne den „Nutzen“	59
Tab. 25.: Erklärungskraft der Interaktionseffekte	60
Tab. 26.: Die Koeffizienten der Haupt- und Interaktionseffekte	61
Tab. 27.: Partielle Haupteffekte in verschiedenen Einkommenskategorien	62
Tab. 28.: Die Koeffizienten der nicht-ökonomischen Kriterien innerhalb verschiedener Einkommenskategorien	62
Tab. 29.: Partielle Haupteffekte in unterschiedlichen wirtschaftlichen Lagen	63
Tab. 30.: Die Koeffizienten der nicht-ökonomischen Kriterien innerhalb unterschiedlicher wirtschaftlicher Lagen	63
Tab. 31.: Partielle Haupteffekte differenziert nach der ideologischen Einstellung	64
Tab. 32.: Partielle Haupteffekte differenziert nach der Wahlabsicht	64
Tab. 33.: Partielle Haupteffekte differenziert nach der ideologischen Einstellung (ohne „Nutzen“)	65
Tab. 34.: Partielle Haupteffekte differenziert nach der Wahlabsicht (ohne „Nutzen“)	65

Tab. 35.: Die Erklärungskraft der „Erfahrung“	65
Tab. 36.: Die Koeffizienten der „Erfahrung“	66
Tab. 37.: Die Erklärungskraft des „Geschlechts“	66
Tab. 38.: Die Koeffizienten des „Geschlechts“	66
Tab. 39.: Die Erklärungskraft der „Universitätsstandorte“	67
Tab. 40.: Die Koeffizienten der „Universitätsstandorte“	67
Tab. 41.: Drittvariablenkontrolle der Hypothese 1 (ideologisches Modell)	68
Tab. 42.: Koeffizienten der Drittvariablenkontrolle der Hypothese 1 (ideologisches Modell)	69
Tab. 43.: Drittvariablenkontrolle der Hypothese 1 (ökonomisches Modell)	69
Tab. 44.: Koeffizienten der Drittvariablenkontrolle der Hypothese 1 (ökonomisches Modell)	70
Tab. 45.: Drittvariablenkontrolle der Hypothese 1(ökonomisches Modell ohne „Nutzen)	71
Tab. 46.: Koeffizienten der Drittvariablenkontrolle der Hypothese 1(ökonomisches Modell ohne „Nutzen“)	71
Tab. 47.: Drittvariablenkontrolle der Hypothesen 3 und 4	72

1. Einleitung

Obwohl Studiengebühren¹ deutschlandweit wieder abgeschafft wurden, gibt es Hinweise² darauf, dass sie in Zukunft – in welcher Form auch immer – wieder eingeführt werden könnten. Studiengebühren werden seit Jahrzehnten sowohl in der Öffentlichkeit als auch von Seiten der Parteien und der Akteure im Hochschulwesen (Hochschulrektorenkonferenz, Wissenschaftsrat, Kultusministerkonferenz, Professoren, Studierende) kontrovers diskutiert und sind bzw. bleiben daher ein relevantes Thema.

Aus diesem Grund ist es verwunderlich, dass es kaum Studien gibt, die Erklärungen für die positive bzw. negative Haltung der Studierenden gegenüber Studiengebühren beinhalten und überprüfen. In dieser Arbeit stellte sich daher die Frage, von welchen Determinanten die Einstellung zu Studiengebühren abhängen könnte. Es gibt bereits Studien zur Einstellung zu Studiengebühren seitens der Studierenden, die meist jedoch die zugrundeliegenden Daten rein deskriptiv auswerten. Werden in Forschungsarbeiten Hypothesen geprüft, dann betreffen diese die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit der Gebühren, die vermutete Veränderung der Sozialstruktur der deutschen Studentenschaft und den Rückgang der Studierneigung. Interessanterweise wird in den bisherigen Arbeiten keine – wie erwartet – abschreckende Wirkung der Gebühren festgestellt.

Die bisherigen Forschungen gehen meist implizit von einer ökonomischen Erklärung der Befürwortung oder Ablehnung der Gebühren aus. So stehen sich auch diese beiden Thesen hauptsächlich gegenüber:

¹ Alltagssprachlich ist häufig von Studiengebühren die Rede, von offizieller Seite wird jedoch meist nicht von Gebühren, sondern von Studienbeiträgen gesprochen. Denn eine Gebühr ist definiert als Abgabe, die als Entgelt für eine spezielle Gegenleistung einer Behörde oder öffentlichen Anstalt erhoben wird. Im juristischen Sinne handelt es sich also bei den „Studiengebühren“ um Beiträge. Im Folgenden werden die beiden Begriffe synonym verwendet.

² Vgl. Deutschlandfunk: Interview mit HRK-Chef Horst Hippler: http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/1981102/, Spiegel-Online: Vorschlag der Grünen: Baden-Württemberg erwägt Studiengebühren für Ausländer: <http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/baden-wuerttemberg-erwaegt-studiengebuehren-fuer-auslaender-a-916839.html>, RP.Online: NRW: Unis rufen nach Studiengebühren: <http://www.rp-online.de/nrw/landespolitik/nrw-unis-rufen-nach-studiengebuehren-aid-1.2797985>, Zeit Online Interview mit Ludger Wößmann <http://www.zeit.de/2015/36/studiengebuehren-ludger-woessmann>.

Die Befürworter sind der Meinung: „Wir privilegieren die Privilegierten“³, denn die Studierenden kommen überwiegend aus einkommensstärkeren Haushalten, erzielen nach Abschluss des Studiums ein weit überdurchschnittliches Einkommen und werden von Arbeitslosigkeit weitestgehend verschont.⁴ So werden durch die Studiengebührenfreiheit die „Privilegierten“, die es sich leisten könnten Studienbeiträge zu zahlen, noch stärker bevorzugt. Die Gegner hingegen sind davon überzeugt, dass die Gebühren eine Hemmschwelle gerade für Jugendliche aus Familien ohne akademischen Hintergrund und mit geringem Einkommen darstellen.⁵ Durch Studiengebühren entstehen demnach zusätzliche soziale Barrieren⁶ in Hinblick auf den Hochschulzugang.

Zwei Erklärungsansätze stehen sich in den Sozialwissenschaften für die Analyse von Einstellungen im Allgemeinen gegenüber: der ökonomische und der ideologisch-normative Ansatz.

Meist wird in Hinblick auf die Studiengebühren die „Abschreckungs-These“ überprüft, die ausschließlich auf ökonomischen Annahmen basiert. In der vorliegenden Arbeit wird neben der ökonomischen Situation auch auf die ideologische bzw. politische Einstellung als Determinante für die Haltung zu Studiengebühren eingegangen. Zum einen hat sich bisher die „Abschreckungs-These“ nicht bestätigt, zum anderen kann anhand von theoretischen Überlegungen erläutert werden, warum gerade die nicht-ökonomischen Kriterien eine bedeutende Determinante der Einstellung zu Studiengebühren darstellen sollen.

Um die soeben genannten Erklärungsansätze auf die Einstellung zu Studiengebühren anzuwenden, wurden Online-Umfragen zum Thema Studiengebühren an den Universitäten Göttingen, Gießen und Trier genutzt. Studiengebühren verfügen auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik über eine lange Tradition, denn sie wurden bereits vor mehreren Jahrhunderten in Form von Unterrichtsgeldern an die Dozenten gezahlt, ab Ende des 19. Jahrhunderts

³ Erhardt, Manfred (1996): Den privaten Nutzen nicht öffentlich finanzieren In: DUZ-DOKU: Fritsche, Angelika / Lindner, Angela / Renkes, Veronika: Studiengebühren Pro und Contra. Bonn: Raabe, S. 28.

⁴ Vgl. Erhardt, Manfred (1996): Den privaten Nutzen nicht öffentlich finanzieren In: DUZ-DOKU: Fritsche, Angelika / Lindner, Angela / Renkes, Veronika: Studiengebühren Pro und Contra. Bonn: Raabe, S. 28.

⁵ Vgl. Brunn, Anke (1996): Gegen den Populismus mit finanziellen Folgeschäden In: DUZ-DOKU: Studiengebühren Pro und Contra, S. 30.

⁶ Vgl. Brunn, Anke (1996): 11 Thesen für ein Studium ohne Studiengebühren In: DUZ-DOKU: Studiengebühren Pro und Contra, S. 86.

auch an den Staat.⁷ Vor der eigentlichen Analyse soll daher zuerst auf die Geschichte der Studiengebühren in Deutschland eingegangen werden.

2. Geschichte der Studiengebühren bzw. –beiträge⁸ in Deutschland

2.1 Studiengebühren in Deutschland vom 16. Jahrhundert bis heute

Schon im Mittelalter mussten die Studenten für ihr Studium bezahlen. Die Bezahlung bestand jedoch nicht aus einer einzigen Gebühr, sondern aus diversen Gebühren, wie Benutzungsgebühren, Verwaltungsgebühren und Beiträgen. Die Zahl dieser Entgelte hat sich im Laufe der Zeit dauernd vermehrt.⁹ Söhne wohlhabender Bürger und Adelige waren folglich bevorzugt, auch wenn es Stipendien gab.¹⁰ Aufgrund der schlechten Bezahlung durch die Landesherren hielten sich einige Professoren von den oftmals vernachlässigten Universitätsgebäuden auf deutschem/europäischem Gebiet im 16. und 17. Jahrhundert fern.¹¹ Viele Studenten hatten sicherlich auch dadurch das Bedürfnis zur Ergänzung ihrer Ausbildung an der Universität privaten Unterricht bei ihren Professoren zu nehmen, was sich die Professoren natürlich vergüten ließen. Daraus entstand das Unterrichtsgeld¹², später auch Hörergeld, Vorlesungshonorar oder Kolleggeld genannt. Ende des 17. Jahrhunderts verbreitete sich diese Form der Bezahlung an nahezu allen deutschen Hochschulen.¹³

Die Landesherren befürworteten diese Art von Bezahlung nicht, da die Professoren dadurch mehr an den Studenten als an den Landesherren interessiert waren.¹⁴ Zu Beginn des 19. Jahrhunderts fing die staatliche Verwaltung in Preußen deshalb an, diese private Bezahlung durch das Angebot, die Kolleggelder über die Universitätskasse einzubeziehen, zu kontrollieren.

⁷ Vgl. Ehmann, Christoph (2001): *Bildungsfinanzierung und soziale Gerechtigkeit*, Bielefeld: Bertelsmann, S. 75.

⁸ Diese Arbeit bezieht sich ausschließlich auf Studiengebühren ohne Verwaltungskostenbeiträge, Studierendenschaftsbeiträge und Studentenwerksbeiträge. Die Begriffe Studienbeiträge und Studiengebühren werden synonym verwendet.

⁹ Vgl. Thieme, Werner (1956): *Deutsches Hochschulrecht. Das Recht der wissenschaftlichen Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland und im Lande Berlin*. Berlin-Köln, Heymanns, S. 214.

¹⁰ Vgl. Ellwein, Thomas (1997): *Die deutsche Universität, Vom Mittelalter bis zur Gegenwart*. Wiesbaden: Fournier, S. 35.

¹¹ Vgl. Ehmann, Christoph: S. 74.

¹² Vgl. Thieme, Werner: S. 214.

¹³ Vgl. Ehmann, Christoph: S. 75.

¹⁴ Vgl. Ebenda.

1897 dann, mit der Reform der Hochschullehrerbesoldung, wurde das Kolleggeld zur öffentlichen Gebühr.¹⁵

Zudem war das Studium relativ teuer, denn das studentische Leben, geprägt von Studentenkörpers und Burschenschaften, verlangte erhebliche Ausgaben. Der Aufstieg bzw. die Sicherung des sozialen Status war es den Eltern, die das Studium meist finanzierten, jedoch wert. Die Selbstrekrutierungsquote der Akademiker war schon damals besonders hoch. Der Aufstieg gelang nur ausnahmsweise aus der Unterschicht. Neben der Oberschicht stammten die angehenden Akademiker vor allem aus der Mittelschicht.¹⁶

Nach dem zweiten Weltkrieg

Nach dem zweiten Weltkrieg übernahm man in der BRD¹⁷ das Modell der Studiengebühren aus der Zeit von vor 1918. Studiengebühren wurden jedoch nur in etwa halber Höhe gegenüber der Zeit vor dem ersten Weltkrieg als sogenanntes Unterrichtsgeld weiter erhoben, das nach der Zahl der belegten Semesterwochenstunden berechnet wurde. An die Stelle der weggefallenen Hälfte ist eine feste Studiengrundgebühr getreten, die ohne Rücksicht auf die Zahl der belegten Semesterwochenstunden festgesetzt wurde.¹⁸

In der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg bis 1969 waren ca. 30% der Studierenden, wenn sie als „würdig“ und „bedürftig“ galten, von Studiengebühren befreit. Außerdem wurden in Hessen von allen hessischen Studierenden keine Studiengebühren verlangt. Darüber hinaus gab es auch Stipendien, die meist durch das „Honnefer Modell“ abgedeckt wurden.¹⁹

Das „Honnefer Modell“

Als „Honnefer Modell“ wird die erste allgemeine Studentenförderung in der Bundesrepublik Deutschland vom Juli 1957 bezeichnet, das „bedürftige“ und „geeignete“ Studenten durch eine Mischform aus Stipendium und Darlehen finanzierte. Dieses Förderungsmodell baute auf Leistungsnachweisen auf und wurde durch Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern festgelegt. Beide Teile trugen je die Hälfte der Kosten. 1969 wurden etwa 60.000 Stu-

¹⁵ Vgl. Thieme, Werner: S. 215.

¹⁶ Vgl. Ellwein, Thomas: S. 131.

¹⁷ An den Hochschulen der DDR wurden von Anfang an keine Studiengebühren erhoben.

¹⁸ Vgl. Thieme, Werner: S. 215.

¹⁹ Vgl. Ehmman, Christoph: S. 76.

dentem mit Monatsbeträgen von rund 300 DM gefördert, 1970 wurden etwa 85.000 Studenten gefördert. Das Modell wurde mehrfach angepasst, z.B. durch das sogenannte Rhöndorfer Modell, bis es 1971 durch das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) abgelöst wurde.²⁰

1966/67 wurde der Teil der Bezahlung der Hochschullehrer, der auf den Einnahmen aus Studiengebühren beruhte, durch eine „Hörergeldpauschale“ ersetzt, die nichts mehr mit der Anzahl der Studierenden zu tun hatte. Doch auch damals gab es für die Bundesrepublik kein einheitliches Gebührenmodell. Ähnlich der Hörergeldpauschale wurde in manchen Bundesländern eine Studiengebührenpauschale in Höhe von 160 DM pro Semester verlangt. So wurden bis Ende der sechziger Jahre über sog. Hörergelder, die bei 250 bis 300 DM pro Semester lagen, von den Studierenden faktisch Studiengebühren erhoben.²¹

In den 1960er Jahren lehnten die Landesregierungen die Abschaffung der Hörergelder noch vehement ab. Die Bildungsdebatte und die Studentenproteste führten jedoch dazu, dass insbesondere die SPD-geführten Bundesländer über Regelungen nachdachten, wie die Studierenden zumindest nach hessischem Vorbild von den Gebühren befreit werden konnten.²²

Als letzten Anstoß für die Abschaffung der Gebühren nennt Ehmann die 1969 beschlossene Umwandlung der Ingenieurakademien und der Höheren Wirtschaftsfachschulen in Fachhochschulen. Sie gehörten dadurch zum „tertiären Bereich“, in dem Gebühren üblich waren. Bis 1969 galten sie als „Schulen“, für die die Schulgeldfreiheit galt. Jetzt Studiengebühren zu verlangen erschien politisch unklug, genauso wie unterschiedliche Regelungen im tertiären Bereich.²³

Nach über 300 Jahren wurden zum Wintersemester 1970/71 aufgrund des Beschlusses der Konferenz der Ministerpräsidenten vom April 1970 die Studiengebühren in Deutschland abgeschafft.²⁴ Eine Wiedereinführung der Gebühren wurde in den siebziger und achtziger Jahren auf bundespolitischer Ebene vorerst nicht diskutiert.

²⁰ Vgl. Golücke, Friedhelm (1987): Studentenwörterbuch. Das Akademische Leben von A-Z. Graz: Verlag Styria, S. 226.

²¹ Vgl. Bultmann, Torsten / Weitkamp, Rolf (1999): Hochschule in der Ökonomie, Zwischen Humboldt und Standort Deutschland. Marburg: BdWi – Verlag, S. 57.

²² Vgl. Ehmann, Christoph: S. 79.

²³ Vgl. Ebenda.

²⁴ Vgl. Ehmann, Christoph: S. 76.

Die Einstellungen der Studierenden gegenüber den Gebühren zu dieser Zeit äußerten sich primär als Protest gegen Studiengebühren, wie am Beispiel von Baden-Württemberg verdeutlicht werden soll. Meinungsumfragen unter Studierenden – bezogen auf Studiengebühren – sind nicht bekannt.

1976 versuchte nur Baden-Württemberg nochmal Studiengebühren einzuführen, aber lediglich für die „teuren“ Fächer wie Medizin und die Naturwissenschaften. Denn das Land, regiert von der CDU, war nicht bereit, die finanziellen Lücken nach Abschaffung der Gebühren zu schließen. So wurde den Hochschulen empfohlen, Ersatzgelder zu erheben, die faktisch als Studiengebühren fungierten. Je nach Seminar/Kurs sollten die Studierenden zwischen 10 und 100 DM zahlen. Die Studierenden verweigerten jedoch die Zahlung, nachdem der Allgemeine Studierendenausschuss (ASTA) zu einem allgemeinen Rückmelde- bzw. Zahlboykott aufrief. Aufgrund der Proteste, bekannt als „Ersatzgeld-Kampf“²⁵, war ab Sommersemester 1977 das Studium für die Naturwissenschaftler und Mediziner wieder studiengebührenfrei.²⁶

Erst Anfang der neunziger Jahre stand die Debatte um die Wiedereinführung von Studiengebühren auf der bundesdeutschen Tagesordnung.²⁷

Die Debatte in den 90ern bis zur Wiedereinführung der Gebühren

Dieter Simon, der damalige Vorsitzende des Wissenschaftsrates, schlug 1992 Studiengebühren in Höhe von 1000 DM ab dem ersten Semester vor und eröffnete somit wieder die Diskussion um die Gebühren.²⁸

Dieser Vorschlag bildete die letzte von 11 Thesen des Wissenschaftsrats zur weiteren Entwicklung der Hochschulen. Da dieser Rat zur Hälfte aus Politikern besteht, und diese sich dagegen aussprachen, wurden nur die ersten 10 Thesen veröffentlicht. Anfang November 1995 begann die Hochschulrektorenkonferenz über ein eigenes Studiengebührenmodell zu diskutieren, das allgemeine Studiengebühren in Höhe von 1000 DM pro Semester vorsah. Studiengebühren wurden bundesweit dennoch in erster Linie als Maßnahme für Langzeitstu-

²⁵ Vgl. Bunkerblatt: <http://www.ls.haw-hamburg.de/~zeitung/?p=388>.

²⁶ Vgl. Rätetä: <http://boykott.fachschaft-ekw.de/RAETAETAETAE.pdf>.

²⁷ Vgl. Bultmann, Torsten / Weitkamp, Rolf: S. 58.

²⁸ Vgl. Krause, Norbert (2008): Die Debatte um Studiengebühren, Systematische Rekonstruktion eines rapiden Meinungswandels. Wiesbaden: VS – Verlag, S. 25.

dierende diskutiert. So führte Baden-Württemberg zum Wintersemester 1998/99 Langzeitstudiengebühren in Höhe von 1000 DM ein.²⁹

Die Diskussion um (Langzeit-)Studiengebühren in den 1990ern wurde von Protesten seitens der Studierenden begleitet. Die Proteste an den Universitäten entzündeten sich vor dem Hintergrund der Neuverhandlungen des Hochschulrahmengesetzes und des Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Im November 1997 wurde bekannt, dass die Finanzminister der Länder beschlossen hatten, das Budget für das BAföG zu halbieren. Die Streiks weiteten sich aus und erfassten schließlich Universitäten des gesamten Bundesgebietes.³⁰ Die Forderungen der Studierenden umfassten unter anderem das Verbot jeglicher Art von Studiengebühren.

Anfang 1998 wurde die Reform des Hochschulrahmengesetzes weiter verhandelt. Ein umstrittener Punkt zwischen den Regierungsparteien (CDU/CSU und FDP) und der Opposition (SPD, Grüne, PDS) war das gesetzliche Verbot von Studiengebühren. SPD und Grüne befürworteten das Verbot, CDU/CSU sprachen sich gegen ein Verbot der Gebühren aus. Im Juni 1998 verabschiedete der Bundestag mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP das Gesetz ohne ein bundeseinheitliches Verbot von Studiengebühren.³¹

Das Verbot von allgemeinen Studiengebühren und die Klage dagegen

2002 beschloss der Bundestag (die „linke“ Mehrheit) die 6. Novelle des Hochschulrahmengesetzes. Diese verbietet allgemeine Studiengebühren und ermöglicht Langzeitstudiengebühren.³²

Die Länder klagten vor dem Bundesverfassungsgericht gegen dieses Verbot und bekamen Recht. Im Januar 2005 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass die 6. Novelle des Hochschulrahmengesetzes die gesetzgebenden Kompetenzen des Bundes überschreitet, wodurch es den Ländern nun freisteht, Studiengebühren zu erheben.³³ Diese Möglichkeit nahmen insgesamt acht Bundesländer wahr. Die Entwicklung der Studiengebühren in den einzel-

²⁹ Vgl. Krause, Norbert: S. 30.

³⁰ Vgl. Schulz, Kristina (2008): Studentische Bewegungen und Protestkampagnen In: Roth, Roland / Rucht, Dieter (Hg.): Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt/Main: Campus – Verlag, S. 430.

³¹ Vgl. Schulz, Kristina: S. 431.

³² Vgl. Krause, Norbert: S. 32.

³³ Vgl. Krause, Norbert: S. 32.

nen Ländern und der Einfluss der Parteien auf die Einführung bzw. Nicht-Einführung werden im Folgenden dargestellt.

2.2 Die Entwicklung der Studiengebühren³⁴ in den Bundesländern und die Haltung der Parteien

Da es in den Bundesländern verschiedene Studiengebührenmodelle gab, werden die Modelle tabellarisch vorgestellt. Die Daten für die vorliegende Arbeit wurden in Hessen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz erhoben. Auf diese drei Länder soll detaillierter eingegangen werden. Da es für die spätere Analyse relevant ist, wird ebenfalls tabellarisch dargestellt, in welcher politischen Konstellation die Gebühren eingeführt bzw. wieder abgeschafft wurden und unter welchen Regierungen sie nicht eingeführt wurden.

Hessen

Die Studiengebühren in Hessen wurden im Wintersemester 2007/2008 eingeführt und zum Wintersemester 2008/2009 wieder abgeschafft. Das Erststudium kostete 500 Euro pro Semester, aber in bestimmten Fällen hatten die Hochschulen die Möglichkeit, die Studiengebühren auf 1.500 Euro anzuheben. Dies galt zum Beispiel für ein Zweitstudium, für Promotionsstudiengänge, aber auch für Master-Studiengänge.³⁵ Die Studiengebühren wurden unter Roland Koch (CDU), der von 1999 bis 2010 hessischer Ministerpräsident war³⁶ und mit der CDU allein regierte, eingeführt. Die linke Mehrheit im Landtag und enorme Proteste seitens der Studierenden führten zur baldigen Abschaffung der „Campus-Maut“³⁷, so dass in Hessen die Studierenden nur zwei Semester lang allgemeine Studiengebühren zahlen mussten.

Niedersachsen

Bereits im Sommersemester 2003 wurden Studiengebühren für Langzeitstudierende eingeführt, die ihre Regelstudienzeit um mehr als vier Semester überschritten haben. Nach Einführung von allgemeinen Studiengebühren wurden die Langzeitstudiengebühren anstelle der allgemeinen Studiengebühren gezahlt und betragen 600 Euro bei Überschreitung der Regelstu-

³⁵ Vgl. BAföG Aktuell: <http://www.bafög-aktuell.de/studium/studiengebuehren/hessen.html>.

³⁶ Vgl. Homepage von Roland Koch: <http://www.roland-koch.de/>.

³⁷ Vgl. Der Tagesspiegel: Hessen kippt seine Studiengebühren: <http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/bildung-hessen-kippt-seine-studiengebuehren/1247734.html>.

dienzeit um fünf bis sechs Semester, 700 Euro bei sieben bis acht Semestern und 800 Euro bei neun oder mehr zusätzlichen Semestern. Studierende, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, zahlten ebenfalls 800 Euro.³⁸

Die niedersächsischen Hochschulen haben im Wintersemester 2006/07 von den Studienanfängern und seit dem Sommersemester 2007 von allen Studierenden – zusätzlich zu den Verwaltungsgebühren – allgemeine Studienbeiträge in Höhe von 500 Euro pro Semester erhoben. Diese Beiträge waren in Niedersachsen für sämtliche Zeiträume der Regelstudienzeit zuzüglich vier weiterer Semester vorgesehen, sofern die oder der Studierende aufgrund der gesetzlichen Regelungen nicht von der Studienbeitragspflicht befreit ist. Es wurden die Erziehung von Kindern, die Pflege von nahen Angehörigen und hochschulpolitische Tätigkeiten berücksichtigt.³⁹ Die Studienbeiträge wurden nach einem Regierungswechsel im Januar 2013 zum Wintersemester 2014/2015 abgeschafft. Zeitgleich mit der Abschaffung der Studienbeiträge verbesserte Niedersachsen die Bedingungen für Langzeitstudierende. Überschreiten Studierende die Regelstudienzeit, müssen sie künftig erst nach sechs Semestern Langzeitstudiengebühren bezahlen. Die Langzeitstudiengebühren wurden zudem gesenkt.⁴⁰ Die Studienbeiträge wurden unter Christian Wulff (CDU, 2003 - 2010) eingeführt. Auch unter seinem Nachfolger David McAllister (CDU, 2010 - 2013)⁴¹ wurden weiterhin Studienbeiträge erhoben. Beide regierten jeweils mit einer Koalition aus CDU und FDP.

Im Februar 2013 wurde Stephan Weil (SPD) zum Ministerpräsidenten Niedersachsens gewählt und regierte mit einer Koalition aus SPD und Grünen.⁴² Stephan Weil bestritt seinen Wahlkampf unter anderem mit dem Thema Studiengebühren und setzte nach seiner Wahl die Abschaffung dieser durch.⁴³

³⁸ Vgl. Homepage der Universität Göttingen: <https://www.uni-goettingen.de/de/semesterbeitraege-im-vorherigen-semester/361333.html>.

³⁹ Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur: http://www.mwk.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=6325&article_id=18991&_psmand=19.

⁴⁰ Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur: http://www.mwk.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=6325&article_id=18991&_psmand=19.

⁴¹ Vgl. Homepage von David McAllister: <http://www.mcallister.de/das-bin-ich>.

⁴² Vgl. Homepage von Stephan Weil: <http://www.stephanweil.de/zur-person/lebenslauf/>.

⁴³ Slogan: Weil wir Studiengebühren abschaffen. Vgl. <http://www.s-u-p-e-r.de/von-super/spd-niedersachsen/>.

Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz wurden keine Studiengebühren, sondern Studienkonten eingeführt, die faktisch als Langzeitstudiengebühren fungierten. Mit der Einführung des Studienkontenmodells (WiSe 2004/2005 bis WiSe 2011/2012) entwickelte Rheinland-Pfalz ein Gegenmodell zur Einführung von Studiengebühren. Wurde die Regelstudienzeit um das 1,75-fache überschritten, kostete das Studium pro Semester 300 Euro.⁴⁴ Damit wurde ein gebührenfreies Erststudium garantiert und dabei gleichzeitig ein Anreiz für ein relativ zügiges Studium gesetzt. Dem Bildungsministerium in Rheinland-Pfalz zufolge hat sich mittlerweile nahezu bundesweit die Überzeugung durchgesetzt, dass sich Studiengebühren kontraproduktiv auf das Studienwahlverhalten auswirken⁴⁵, weshalb auch das Studienkontenmodell zum 1. März 2012⁴⁶ abgeschafft wurde. Die Studiengebühren für ein Zweit- oder Seniorenstudium betragen im Sommersemester 2014 650 €. Eingeführt wurde das Studienkontenmodell von Kurt Beck (SPD), der von 1994 bis 2013 Ministerpräsident war. Im Januar 2013 wurde Malu Dreyer (SPD) zur Ministerpräsidentin gewählt und regierte mit einer Koalition aus SPD und Grünen.⁴⁷

Nachdem die Modelle der drei Bundesländer, aus denen die Datensätze stammen, vorgestellt wurden, folgt die tabellarische Darstellung der Länder, in welchen allgemeine bzw. Langzeitstudiengebühren eingeführt wurden. Eine weitere Tabelle veranschaulicht, in welchen Ländern keine allgemeinen Gebühren eingeführt wurden. Aus der Tabelle geht hervor, dass ausschließlich in Ländern, in denen die CDU/CSU an der Regierung beteiligt war, allgemeine Studiengebühren erhoben wurden.

⁴⁴ Vgl. Studis Online: <http://www.studis-online.de/StudInfo/Gebuehren/rlp.php>.

⁴⁵ Vgl. Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur Rheinland-Pfalz: <http://mbwwk.rlp.de/wissenschaft/studieren-in-rheinland-pfalz/studiengebuehrenfreiheit/>.

⁴⁶ Homepage der Universität Mainz: http://www.uni-mainz.de/studium/167_DEU_HTML.php.

⁴⁷ Vgl. Rheinland-Pfalz, Die Landesregierung: <http://www.rlp.de/ministerpraesidentin/ministerpraesidenten-von-rheinland-pfalz/>.

Tab. 1: Bundesländer mit allgemeinen Studiengebühren bzw. –beiträgen (2006 – 2014)⁴⁸

	Baden-Württemberg	Bayern	Bremen	Hamburg	Hessen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Saarland
allgemeine Studiengebühren								
Eingeführt	SoSe 2007	SoSe 2007	WiSe 2006/07	SoSe 2007	WiSe 2007/08	SoSe 2007	WiSe 2006/07	WiSe 2007/08
abgeschafft zum	SoSe 2012	WiSe 2013/14	WiSe 2007/08	WiSe 2013/14	WiSe 2008/09	WiSe 2014/15	WiSe 2011/12	SoSe 2010
Höhe	500 €	max. 500 €	500 €	500 €	500 €	500 €	500 €	500 €
eingeführt unter	CDU/FDP/DVP	CSU	SPD/CDU	CDU	CDU	CDU/FDP	CDU/FDP	CDU
abgeschafft unter	Grüne/SPD	CSU/FDP	SPD/Grüne	SPD	CDU	SPD/Grüne	SPD/Grüne	CDU, FDP/DPS und Bündnis 90/die Grünen
Langzeitstudiengebühren (ab 4 Semester über der Regelstudienzeit)								
Eingeführt	WiSe 1998/99	WiSe 2005/06	seit WiSe 2006/07		WiSe 2007/2008	seit SoSe 2003	WiSe 2004/2005	seit SoSe 2010 optional
abgeschafft zum	SoSe2007	SoSe 2007			WiSe 2008/09		SoSe 2007	
Höhe	510 €	500 €	500 €		500 bis 900 €	600 bis 800 €	650 €	bis 400 €

⁴⁸ Quellen: Vgl. Krause, Norbert, S.30, <http://mwk.baden-wuerttemberg.de/studium-und-lehre/gebuehrenfreies-studieren/>.
<http://www.baden-wuerttemberg.de/de/regierung/ministerpraesident/ministerpraesidenten-seit-1952/?type=98&print=1>.
<http://mwk.baden-wuerttemberg.de/service/pressemitteilungen/presse-detailseite/gesetzentwurf-zur-einfuehrung-von-studiengebuehren-verabschiedet/>.<http://www.studis-online.de/StudInfo/Gebuehren/bawue.php>.
<http://www.bafoeg.aktuell.de/studium/studiengebuehren/bremen.html>. <http://www.hs-bremen.de/internet/de/studium/finanzen/gebuehren/>.
<http://www.rathaus-bremen.de/sixcms/media.php/13/01-Senate%20ab%201945.pdf>. <http://www.bafoeg.aktuell.de/studium/studiengebuehren/hamburg.html>.<http://www.hamburg.de/contentblob/2179948/data/download-hamburger-senate.pdf>. Krause, Norbert: S.34. <http://www.nrw.de/landesregierung/http://www.studis-online.de/StudInfo/Gebuehren/saarland.php>. <http://www.studieren-in-bayern.de/aktuell.aspx><http://www.wahlen.bayern.de/vb-ve/>.http://www.bayern.landtag.de/de/7640_10293.php,<http://www.laendercheckwissenschaft.de/archiv/studiengebuehren/historie/index.html>.

Tab. 2: Bundesländer ohne allgemeine Studiengebühren bzw. –beiträge (2006 – 2014)⁴⁹

	Berlin	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Schleswig-Holstein	Rheinland-Pfalz	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen
Regierungspartei/en	seit 2001: SPD*	seit 1999: SPD*	seit 2006: SPD/CDU	seit 2005: CDU/SPD	seit 1994: SPD*	2004-2009: SPD/CDU, seit 2009: CDU/FDP	seit 2006: CDU/SPD	2004-2009: CDU, seit 2009: CDU/SPD
Langzeitstudiengebühren (ab 4. Semester über der Regelstudienzeit)								
Eingeführt					2004/2005	seit SoSe 2013	seit WiSe 2004/05	seit WiSe 2003/04
abgeschafft zum					SoSe 2012			
Höhe					300 €	500 €	500 €	500 €

*Koalitionen: Berlin (2002 – 2006 SPD/PDS; 2006 – 2011 SPD/Die Linke; seit 2011 SPD/CDU); Brandenburg (1999-2009 SPD/CDU, seit 2009 SPD/Die Linke); Rheinland-Pfalz)

Zusammenfassung

In der Bundesrepublik Deutschland werden seit dem Wintersemester 2014/15 keine allgemeinen Studiengebühren mehr verlangt. Es fällt auf, dass vor allem die CDU/CSU und die FDP Studiengebühren befürworten. Weichen die beiden Parteien dennoch von den Gebühren ab, so geschieht dies – gerade bei der CDU/CSU – aus „mangelnder Akzeptanz in der Bevölkerung“⁵⁰. So wurden beispielsweise in Bayern die Studiengebühren wieder abgeschafft, nachdem sich im Januar 2013 14,3 Prozent der Wahlberechtigten am Volksbegehren „Nein zu

⁴⁹ Quellen: Vgl. <http://www.morgenpost.de/berlin-aktuell/article1609491/Berliner-Senat-lehnt-weiter-Studiengebuehren-ab.html>
<http://www.berlin.de/rbmskzl/regierender-buergermeister/senat/senatsgalerie/artikel.18619.php>
<http://www.bafoeg-aktuell.de/studium/studiengebuehren/brandenburg.html> <http://www.politische-bildung-brandenburg.de/themen/chronik-der-landesregierung/2009-2014>. <http://www.bafoeg-aktuell.de/studium/studiengebuehren/mecklenburg-vorpommern.html>.
<http://www.mv-regierung.de/pages/alandesregierung.html>
http://www.mecklenburg-vorpommern.eu/cms2/Landesportal_prod/Landesportal/content/de/Land_und_Regierung/Regierung_und_Verwaltung/Ministerpraesident/index.jsp
<http://www.studis-online.de/StudInfo/Gebuehren/sachsen.php>.
<http://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/Sachsens-CDU-will-keine-Studiengebuehren-mehr-einfuehren> <http://www.regierung.sachsen.de/23147.htm>.
http://www.sachsenanhalt.de/fileadmin/Elementbibliothek/Bibliothek_Politik_und_Verwaltung/Politik%2BVerwaltung/Dokumente/Vita_Hoepfer_neu_neu.pdf <http://www.studis-online.de/StudInfo/Gebuehren/sachsenanhalt.php>
<http://www.studis-online.de/StudInfo/Gebuehren/thueringen.php>, <http://www.bafoeg-aktuell.de/studium/studiengebuehren/schleswig-holstein.html>. [http://www.studis-online.de/StudInfo/Gebuehren/schleswig-holstein.php](http://www.schleswig-holstein.de/Portal/DE/LandLeute/Geschichte/Ministerpraesidenten/Ministerpraesidenten_node.html).
⁵⁰ Vgl. Studis Online: <http://www.studis-online.de/StudInfo/Gebuehren/saarland.php>.

Studienbeiträgen in Bayern“ beteiligt haben.⁵¹ Eine breite Mehrheit im Landtag, getragen von den Oppositionsparteien und der CSU, stimmte im April 2013 für den Gesetzentwurf des Volksbegehrens „Grundrecht auf Bildung ernst nehmen – Studienbeiträge abschaffen“. Die FDP-Fraktion lehnte, mit Ausnahme von zwei Abgeordneten, den Gesetzentwurf des Volksbegehrens ab.⁵² Auch in Hessen mangelte es an der Akzeptanz der Bevölkerung, vor allem der Studierenden, woraufhin auch dort die linke Mehrheit im Landtag die Abschaffung der Gebühren erreichte.

Die SPD, Die LINKE und die Grünen lehnten in der Debatte um die allgemeinen Gebühren diese stets ab. So sprachen sich im September 2003 die SPD-Kultusminister geschlossen gegen Studiengebühren aus, wohingegen die gesamte CDU-/CSU Bundestagsfraktion für Studiengebühren plädierte.⁵³

Abgesehen von den Unterschieden zwischen den Parteien, ist der Ost-/Westunterschied in Hinblick auf die Erhebung von Gebühren auffällig. In der Tradition der ehemaligen DDR, in der nie Studiengebühren erhoben wurden, und in der Tradition der „linken“ Parteien verzichteten die fünf ostdeutschen Staaten mit Berlin auf die Erhebung von allgemeinen Studiengebühren. Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern verzichteten sogar auf Langzeitstudiengebühren.

Nachdem der Stand der Studiengebühren in den einzelnen Bundesländern und die Position der Parteien kurz dargelegt wurden, soll jetzt auf aktuelle Forschungen zu den Einstellungen von Studierenden gegenüber Studiengebühren eingegangen werden.

3. Stand der Forschung

3.1 Aktuelle Forschungen zur Einstellung von Studierenden zu Studiengebühren

Datengrundlage für viele Forschungen bezüglich der Einstellung von Studierenden gegenüber Studiengebühren bilden oft die Umfragen des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW GmbH – ehemals HIS-HF).

⁵¹ Vgl. Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung: <http://www.wahlen.bayern.de/vb-ve/>.

⁵² Vgl. Bayerischer Landtag: http://www.bayern.landtag.de/de/7640_10293.php.

⁵³ Vgl. Krause, Norbert: S. 33.

Seit 2007 erstellt das DZHW GmbH in Zusammenarbeit mit der AG Hochschulforschung der Universität Konstanz jährlich eine bundesweite Online-Studierendenbefragung. Diese wird jeweils im Sommersemester mit Unterstützung der jeweiligen Hochschulen durchgeführt.⁵⁴ Obwohl Studienqualität und Studienbedingungen im Vordergrund dieser Befragungen stehen, wurden zwischen 2007 und 2011 auch Fragen zu Studiengebühren gestellt.

So lehnen 2007 zwei Drittel der befragten Studierenden Studiengebühren ab, zum größten Teil strikt (42%). Nur 14 Prozent (11% befürwortend, 3% stark befürwortend) der Befragten befürworten Studiengebühren. Auffällig ist der Unterschied zwischen „Gebühren-Hochschulen“ und gebührenfreien Hochschulen. Der Anteil von Gebührengegnern ist an Hochschulen, die Gebühren erheben, mit 54 Prozent deutlich geringer als an gebührenfreien Hochschulen (72%).⁵⁵ Die Autoren nennen mögliche Erklärungen dafür, wie das Abfinden der Studierenden mit dem Unabänderlichen, das Verlassen der „Gebühren-Gegner“ von Hochschulen, an denen sie zahlen müssen oder Erfahrungen mit Verbesserungen der Studierenden an „Gebühren-Hochschulen“.⁵⁶

Auf die Frage: „Rechnen Sie damit, dass die Einführung von Studienbeiträgen bzw. -gebühren zu einer Verbesserung der Lehre und der Studienbedingungen führen wird?“, antworteten die Studierenden überwiegend pessimistisch. 58 Prozent rechnen nicht damit, dass Studiengebühren irgendetwas verändern werden, 33 Prozent rechnen mit leichten Verbesserungen und nur 5 Prozent glauben, dass Gebühren die Studienbedingungen deutlich verbessern werden. Die Studierenden an Gebühren-Hochschulen sind dahingegen optimistischer (44% erwarten Verbesserungen) als ihre Kommilitoninnen und Kommilitonen an gebührenfreien Hochschulen (nur 29% erwarten Verbesserungen).

Mehr als zwei Drittel aller befragten Studierenden lehnen 2009 Studiengebühren ab: 71 Prozent stehen ihnen (stark) ablehnend gegenüber, nur 12 Prozent der Befragten befürworten Studiengebühren. Auch in der Studie von 2009 ist der Anteil von Studierenden, die Gebühren ablehnend gegenüberstehen, in Gebühren-Ländern mit 66 Prozent geringer als in Ländern ohne Gebühren (77%).

⁵⁴ Vgl. DZWH: Studienqualitätsmonitor: <http://www.dzhw.eu/ab21/sqm>.

⁵⁵ Vgl. Bargel, Tino / Müßig-Trapp, Peter / Willige, Janka (2008): Studienqualitätsmonitor 2007 . Studienqualität und Studiengebühren. Hannover: HIS, S. 89.

⁵⁶ Vgl. Ebenda: S. 8.

Die Studierenden wurden wiederum gefragt: „Rechnen Sie damit, dass die Einführung von Studienbeiträgen bzw. -gebühren zu einer Verbesserung der Lehre und der Studienbedingungen führen wird?“. Knapp die Hälfte aller Studierenden rechnet im Jahr 2009 mit keiner Veränderung (46%), 40 Prozent rechnen mit leichten Verbesserungen und sieben Prozent mit einer deutlichen Verbesserung. Der Anteil der Studierenden, der mit keinen Veränderungen rechnet, hat sich gegenüber 2008 kaum verändert, ist allerdings im Vergleich zum Erhebungsjahr 2007 um zwölf Prozentpunkte zurückgegangen. Entsprechend größer geworden ist der Anteil der Studierenden, die mit leichten (plus sieben Prozentpunkte gegenüber dem Wert von 2007) oder sogar deutlichen Verbesserungen (plus zwei Prozentpunkte) rechnet.

Der Interpretation der Autoren folgend ergibt sich aus diesen Ergebnissen ein positives Bild der Entwicklung der Lehrbedingungen und damit einhergehend der Studienqualität an deutschen Hochschulen. Ihrer Ansicht nach leisten Studiengebühren einen deutlichen Beitrag hierzu.⁵⁷

Insgesamt lehnen im Studienqualitätsmonitor 2010 wiederum zwei Drittel der Studierenden die Gebühren ab. 43,6 Prozent lehnen Studiengebühren stark ab, 24,7 Prozent lehnen sie ab, 18,2 Prozent befinden sich in der Mitte, 9,8 Prozent sprechen sich für Studiengebühren aus und 3,6 Prozent befürworten Studiengebühren stark.⁵⁸

Auf die Frage: „Rechnen Sie damit, dass die Einführung von Studienbeiträgen bzw. –gebühren zu der angestrebten Verbesserung der Lehre und der Studienbedingungen führen wird?“ antworteten von rund 42.000 Befragten aus über 100 Hochschulen 46,4 Prozent mit keiner Veränderung, 39,6 Prozent mit einer leichten Veränderung, 7,7 Prozent mit einer deutlichen Verbesserung und 6,3 Prozent wissen es nicht. Anhand dieser Tabelle wird ersichtlich, dass die Befürwortung bzw. Ablehnung der Gebühren im Zeitverlauf relativ konstant bleibt.

⁵⁷ Vgl. Grützmaker, Judith et al (2012): Studienqualitätsmonitor 2009. Vergleich mit den Erhebungen 2007 und 2008. Hannover: HIS, S. 124.

⁵⁸ Vgl. Vöttiner, Andreas / Woisch, Andreas (2012): Studienqualitätsmonitor 2010, Studienqualität und Studienbedingungen, Hannover: HIS, S. 110.

Tab. 3: Ablehnung bzw. Befürwortung von Studiengebühren

		Studienqualitätsmonitor			
		2007	2008	2009	2010
Insgesamt	(stark) befürwortend	14%	13%	12%	13%
	(stark) ablehnend	67%	70%	71%	68%
mit SG	(stark) befürwortend	17%	15%	15%	n.b.
	(stark) ablehnend	54%	66%	66%	n.b.
ohne SG	(stark) befürwortend	12%	9%	8%	n.b.
	(stark) ablehnend	72%	78%	77%	n.b.

Quelle: Eigene Darstellung.

Mit der Studie „Studiengebühren aus der Sicht von Studienberechtigten – Finanzierung und Auswirkungen auf Studienpläne und –strategien“⁵⁹ (2008) soll die abschreckende Wirkung – eine These, die meist in Zusammenhang mit den Gebühren geprüft wird – von Studiengebühren auf Studienberechtigte aus einkommensschwachen Familien geprüft werden. Es wird vermutet, dass vor allem Jugendliche aus hochschulfernen Elternhäusern von der zusätzlichen finanziellen Hürde „Studiengebühren“ abgeschreckt werden. Problematisch hierbei ist, dass es sich um eine hypothetische Fragestellung handelt. Datengrundlage ist eine „auf Bundes- und Landesebenen sowie nach Schulart, Art der erhobenen Hochschulreife und Geschlecht repräsentativen Stichprobe von 5.240 Personen, die im Schuljahr 2005/06 an allgemeinbildenden oder beruflichen Schulen die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife, die Fachhochschulreife, fach- oder landesgebundene Fachhochschulreife erworben haben.“⁶⁰

Nur knapp vier Prozent der befragten Studienberechtigten des Jahrgangs 2006 geben an, das geplante Studium nicht aufzunehmen, da sie sich Studiengebühren nicht leisten können. Jedoch sind unter den knapp vier Prozent 60 Prozent, die eine Studienaufnahme für die Zukunft nicht ganz ausschließen.⁶¹ Sechs Prozent aller befragten Studienberechtigten nennen einen finanziellen Studienverzichtgrund, wobei für Frauen finanzielle Restriktionen eine größere Barriere darstellen als für Männer. Die Autoren stellen fest, dass sich anhand ihrer Daten keine Gebührenflucht abzeichnet.⁶² Die Studierenden wechseln also nicht sofort das Bundesland,

⁵⁹ Vgl. Heine, Christoph / Quast, Heiko / Spangenberg, Heike (2008): Studiengebühren aus der Sicht von Studienberechtigten – Finanzierung und Auswirkungen auf Studienpläne und –strategien, Hannover: HIS

⁶⁰ Heine, Christoph / Quast, Heiko / Spangenberg, Heike (2008): Studiengebühren aus der Sicht von Studienberechtigten – Finanzierung und Auswirkungen auf Studienpläne und –strategien, Hannover: HIS, S. 6.

⁶¹ Vgl. Ebenda: S. 15.

⁶² Vgl. Ebenda: S. 23.

weil sie in ihrem eigenen Studiengebühren zahlen müssen. Frühere Forschungen weisen zudem darauf hin, dass der Großteil der Studierenden „nah an der Heimat“ studiert.⁶³

Der Lehrstuhl für Marketing I an der Universität Hohenheim beschäftigte sich von 2007 bis 2011 mit der Einstellung von Studierenden zu Studiengebühren. Neben der Einstellung interessiert die Projektgruppe die Zufriedenheit der Studierenden mit der Verwendung von Studiengebühren. Die Projektgruppe kommt 2011 zu dem Ergebnis, dass die Studiengebühren, obwohl sich die Zufriedenheitswerte bezüglich der Verwendung von Studiengebühren bei Studierenden deutscher Universitäten im Vergleich zum Vorjahr verbessert haben, noch immer eine sehr geringe Akzeptanz aufweisen. 2007 haben sich 60 Prozent der Studierenden gegen die Erhebung von Studiengebühren ausgesprochen, 2008 63 Prozent, 2009 66 Prozent, 2010 63 Prozent und 2011 64 Prozent.⁶⁴

Das Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) beschäftigt sich ebenfalls mit dem Thema Studiengebühren. Helbig, Baier et al. untersuchen die Auswirkung von Studiengebühren auf die Studierneigung der Studienberechtigten. Sie vermuten, dass sich die Studierneigung der Berechtigten verändert hat, nachdem Studiengebühren eingeführt wurden. Denn früheren Forschungen zufolge beeinflussen die wahrgenommenen Kosten für ein Studium die Studierneigung am stärksten.⁶⁵ Entsprechend sollten sich die wahrgenommenen Kosten für ein Studium erhöht haben und die Studierneigung gesunken sein. Jedoch zeigten Helbig, Baier et al. (2012), dass sich die Studienberechtigten durch die Studiengebühren nicht von einem Studium abhalten ließen. Hierbei ist anzumerken, dass die Datengrundlage für diese Studie das Studienberechtigtenpanel des DZHW ist, in welchem eine hypothetische Frage zur Studierneigung gestellt wird.⁶⁶

⁶³ Lewin, K. et al.: Doppelqualifikation verliert weiter an Bedeutung, Studienanfänger an den Fachhochschulen des Landes Hessen im Wintersemester 1999/2000: http://www.dzhw.eu/pdf/pub_kia/kia200107.pdf, S.14.

⁶⁴Vgl. Ebenda:

http://www.gebuehrenkompass.de/download_dateien/Ergebniszusammenfassung_Gebuehrenkompass_2011.pdf.

⁶⁵ Vgl. Heine, C. / Spangenberg, H. / Lörz, M.: Nachschulische Werdegänge studienberechtigter Schulabgänger/innen, Zweite Befragung der Studienberechtigten 2002 3 ½ Jahre nach Schulabgang im Zeitvergleich, 2007, S.39 und Schindler, Steffen / Reimer, David: Primäre und sekundäre Effekte der sozialen Herkunft beim Übergang in die Hochschulbildung, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 2010: 62, Heft 4, S. 623-653.

⁶⁶ Vgl. Helbig, Marcel / Baier, Tina et al. (2012): Die Auswirkung von Studiengebühren auf die Studierneigung in Deutschland. Evidenz aus einem natürlichen Experiment auf Basis der HIS-Studienberechtigtenbefragung In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 41, Heft 3, S. 227–246, S. 241.

3.2. Soziale Zusammensetzung der Studierenden nach Einführung von Studienbeiträgen

Auf die Sozialerhebungen des Deutschen Studentenwerks, die seit 1951 in der Bundesrepublik in Kooperation mit dem DZHW GmbH durchgeführt werden, wird in einigen Studien, die sich mit Studiengebühren beschäftigen, zurückgegriffen. Sie liefern die Zahlen zur These der sozialen Ungleichheit im bundesdeutschen Hochschulsystem. Eine Stärke dieser Erhebung ist, dass sich über Zeitreihen Aussagen über Veränderungen in der deutschen Studentenschaft über 60 Jahre hinweg treffen lassen.

Im Folgenden wird auf die 19. Sozialerhebung - Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2009 des Deutschen Studentenwerks eingegangen. Die 19. Sozialerhebung ist für diese Arbeit von besonderem Interesse, da sie erst- und vorerst letztmalig die Auswirkungen von Studiengebühren untersucht.⁶⁷

Der Sozialerhebung zufolge werden 22,8 Prozent der Studierenden im Erststudium, die an Hochschulen in den sechs Ländern immatrikuliert sind, die 2009 allgemeine Studiengebühren erhoben haben, nach dem BAföG gefördert. In den gleichen Ländern lag 2006, also vor der Einführung allgemeiner Studiengebühren, die entsprechende BAföG-Quote bei 22,4 Prozent. Daraus schlussfolgern die Autoren, dass der Anteil der Studierenden aus einkommensschwächeren Familien in diesen Ländern nach Einführung der allgemeinen Studiengebühren stabil geblieben ist.⁶⁸

Von den Studierenden, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in einem der Länder erworben haben, die 2009 allgemeine Studiengebühren erheben, absolvieren 86 Prozent ihr Studium auch in einem dieser Länder.⁶⁹

Im Sommersemester 2009 sind 59 Prozent der Studierenden im Erststudium an einer Hochschule eingeschrieben, die allgemeine Studiengebühren erhebt. Wird die Verteilung der Studierenden im Erststudium auf die Hochschulen mit und ohne allgemeine Studiengebühren in Abhängigkeit von den Merkmalen Hochschulart, Geschlecht und sozialer Herkunft betrachtet, ist kein bemerkenswerter Unterschied festzustellen. Folglich gehen die Autoren nicht davon

⁶⁷ Bundesministerium für Bildung und Forschung: Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2009 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt durch das HIS Hochschul-Informationssystem, S. 13.

⁶⁸ Bundesministerium für Bildung und Forschung: S. 20.

⁶⁹ Bundesministerium für Bildung und Forschung: S. 64.

aus, dass eines der genannten Merkmale die Entscheidung für eine Hochschule mit oder ohne Studiengebühren beeinflusst.

Eine Frage, die sich in Hinblick auf die Gebühren stellt, ist deren Finanzierung. In den Daten der Sozialerhebung sind es vor allem die Eltern, die die zusätzlichen Kosten übernehmen. Es kann aus ökonomischer Sicht vermutet werden, dass die Einstellung zu den Gebühren davon abhängt, ob sie jemand anderes finanziert (z.B. die Eltern) oder ob man sie selbst (z.B. durch eigene Ersparnisse, Erwerbstätigkeit, Studienkredit, BAföG) zahlen muss. Muss man selber für die Finanzierung der Gebühren aufkommen, wird die Befürwortung der Gebühren sehr wahrscheinlich sinken, da die Zahlung von Gebühren individuelle Kosten darstellen.

Basis für die nachfolgende Tabelle sind die 59 Prozent der Studierenden im Erststudium, die im Sommersemester 2009 an einer Hochschule eingeschrieben sind, die allgemeine Studiengebühren erhebt.⁷⁰

Tab. 4: Finanzierung der Studiengebühren für das SoSe 2009

Finanzierung der Studiengebühren für das SoSe 2009							
Gebührenpflichtige Studierende im Erststudium in %							
Länder mit allgemeinen Studiengebühren							
Finanzierungsquelle (Mehrfachnennungen möglich)	Baden- Württemberg	Bayern	Hamburg	Niedersachsen	Nordrhein- Westfalen	Saarland	insgesamt
Eltern	66%	65%	48%	58%	55%	62%	59%
eigener Verdienst	31%	30%	36%	29%	28%	34%	30%
Kredit	5%	4%	0%	9%	19%	3%	11%
eigene Ersparnisse	26%	25%	29%	28%	20%	30%	24%
andere Quelle	5%	5%	10%	9%	6%	7%	6%

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung: Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2009 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt durch das HIS Hochschul-Informationssystem, S. 279.

In den drei Gebührenländern Bayern, Hamburg und Saarland hat sich die soziale Zusammensetzung seit 2007 verändert. Die Richtung der Veränderung belegt jedoch nicht die These einer abschreckenden Wirkung allgemeiner Studiengebühren auf Studieninteressierte aus sozial schwächeren Schichten, sondern widerspricht eher den Erwartungen der Autoren: Der Anteil an Studierenden der Herkunftsgruppe „niedrig“ blieb in Bayern, Hamburg und im Saarland weitgehend stabil. Jedoch gibt es in diesen drei Ländern 2009 anteilig mehr Studie-

⁷⁰ Bundesministerium für Bildung und Forschung: S. 275.

rende aus der Herkunftsgruppe „mittel“ zu Ungunsten der Gruppe „hoch“. Es handelt sich jedoch hier um eine Trendstudie, was bei der Interpretation zu berücksichtigen gilt. Insgesamt wird von der Studie des Deutschen Studentenwerks keine abschreckende Wirkung der Gebühren konstatiert.

4. Forschungslücke

Wie groß die jeweiligen Stichproben an den Hochschulen waren, ist aus den soeben dargestellten Berichten nicht ersichtlich. Die Autoren schreiben beispielsweise, dass sich Studierende an ca. 210 Hochschulen beteiligten, wobei insgesamt ca. 16.500 Studierende an der Befragung teilnahmen. Folglich nahmen im Schnitt ca. 78 Studierende pro Hochschule an der Umfrage teil. Zudem fällt der Rücklauf bei den soeben besprochenen Online-Umfragen durchwegs gering aus. Gerade beim Versand von Briefen mit personalisiertem Zugangscode zu einer Online-Befragung ist zu erwarten, dass die Rücklaufquote sehr niedrig ist, was sich auch in den tatsächlichen Rücklaufquoten widerspiegelt. Die Autoren berichten zudem, dass einige Hochschulen die Umfrage bewerben, andere nicht. Auch dies wirkt sich auf die Rücklaufquoten aus, die nach wie vor als wichtiges Qualitätsmerkmal von Befragungen gelten, auch wenn dies nicht unumstritten ist.⁷¹ Problematisch ist zudem, dass in den oben genannten Erhebungen keine Unterschiede zwischen den unterschiedlichen Hochschulen gemacht werden. Auch werden die unterschiedlichen Studiengebührenmodelle der Bundesländer nicht berücksichtigt.

Um Nonresponse auszugleichen, wurden die Daten häufig gewichtet. Durch die Gewichtung will man erreichen, dass die Profile der Studierenden in der Stichprobe nach der Gewichtung dem tatsächlichen Profil in der Grundgesamtheit näher sind als ohne Gewichtung⁷² und somit als repräsentativ in Hinblick auf die Strukturmerkmale gelten können. Gabler und Häder kommen jedoch nach einer empirischen Prüfung zu dem Ergebnis, dass eine Gewichtung nicht unbedingt zu einer besseren Anpassung der Stichprobe an die Grundgesamtheit führt.⁷³ Um die Güte der Schätzungen beurteilen zu können, bietet sich auch ein Vergleich von der

⁷¹ Vgl. Schnell, Rainer: Survey-Interviews. Methoden standardisierter Befragungen, Wiesbaden 2012, S. 170.

⁷² Vgl. Gabler, Siegfried / Hoffmeyer-Zlotnik, Jürgen H.P. / Krebs, Dagmar (Hrsg.): Gewichtung in der Umfragepraxis, S. 1.

⁷³ Vgl. Gabler, Siegfried / Häder, Sabine: Wirkung von Gewichtungen In: Gabler / Hoffmeyer-Zlotnik (Hrsg.): Stichproben in der Umfragepraxis, Opladen 1997, S. ?.

Verteilung einiger Variablen in der Grundgesamtheit mit den Verteilungen der Stichprobendaten an.⁷⁴

So raten Alt und Bien, unterstützt durch ihre empirischen Ergebnisse, davon ab, zu gewichten. Ihnen zufolge sollte nur in ganz begründeten Ausnahmefällen, für die sie jedoch keine Beispiele oder Kriterien nennen, eine Gewichtung durchgeführt werden. „Schlechte“ Daten können ihrer Ansicht nach durch Gewichtung noch schlechter werden und „gute“ Daten können ihrer Meinung nach durch Gewichtung nicht verbessert werden.⁷⁵ Letztendlich unterliegen Gewichtungen diversen Voraussetzungen und Annahmen und sollten außerdem schon bei der Stichprobenziehung berücksichtigt werden.

Festzuhalten ist dennoch, dass von 2007 bis 2010 gut zwei Drittel der Studierenden die Studiengebühren ablehnen, obwohl den Berichten zufolge die Zufriedenheit mit der Verwendung der Gebühren und in der Wahrnehmung der Studierenden die Studienqualität an Hochschulen mit Studiengebühren angestiegen ist.

Nagel überprüfte die These, ob sich durch Studiengebühren die soziale Zusammensetzung der Studierenden weiterhin in Richtung höhere Bildung verschiebt. Er kommt zu folgendem Ergebnis: „Überprüft man die These empirisch, so zeigt sich, dass auch beim gebührenfreien Hochschulzugang die Schichtzugehörigkeit eine bedeutende Rolle spielt“⁷⁶ und vor allem Kinder aus höher gebildetem Elternhaus ein Studium aufnehmen. Die Zahlen der Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks vermitteln den Eindruck, dass trotz gebührenfreien Hochschulzugangs die Chancengleichheit abgenommen hat, was Nagel unter anderem auf einen Anstieg der Bildung in der Gesamtbevölkerung zurückführt. Außerdem dürften ihm zufolge nicht-ökonomische Kriterien wie kulturelle und gesellschaftliche Faktoren von größerer Relevanz sein.⁷⁷

In den vorhandenen Forschungen zur Einstellung zu Studiengebühren wurde bisher diese Einstellung, also Akzeptanz oder Ablehnung der Gebühren, nicht „erklärt“. Es stellt sich die Fra-

⁷⁴ Vgl. Alt, Christian / Bien, Walter: Gewichtung, ein sinnvolles Verfahren in den Sozialwissenschaften? Fragen, Probleme und Schlußfolgerungen In: Gabler, Siegfried / Hoffmeyer-Zlotnik, Jürgen H.P. / Krebs, Dagmar (Hrsg.): Gewichtung in der Umfragepraxis, Opladen 1994, S. 129.

⁷⁵ Vgl. Alt, Christian / Bien, Walter: S. 138.

⁷⁶ Nagel, Bernhard: Studiengebühren und ihre sozialen Auswirkungen: eine Analyse von Daten aus USA, England, Schottland, den Niederlanden, Österreich, Australien und Neuseeland, Baden-Baden, 2004, S. 73.

⁷⁷ Nagel, Bernhard: S. 73.

ge, ob die Einstellung von Studierenden zu Studiengebühren von zwei hauptsächlichen Erklärungsfaktoren erklärt werden können: ökonomische Faktoren und ideologische Faktoren. Hängt die Einstellung zu Studiengebühren vom Geld ab, das man zur Verfügung hat bzw. vom finanziellen Hintergrund im Elternhaus? Oder hängt die Akzeptanz der Gebühren von der „ideologischen“ bzw. der politischen Einstellung ab? Im Folgenden sollen Einstellungen, ökonomische und ideologische Faktoren definiert werden.

5. Theoretische Ansätze und Definitionen

5.1. Was sind Einstellungen?

In die Soziologie und Sozialpsychologie wurde der Begriff „attitude“ von Thomas und Znaniecki (1918) eingeführt, um Unterschiede in den Lebensgewohnheiten polnischer Bauern in Polen und Amerika zu erklären.⁷⁸ Sie selbst verstehen unter „attitude“ „a process of individual consciousness which determines real or possible activity of the individual in the social world.“⁷⁹ Sie untersuchen in ihrer Arbeit “the objective cultural elements of social life and the subjective characteristics of the members of the social group”⁸⁰. Sie schreiben, “for these data (objective cultural elements und subjective characteristics, Anm. V.H.) we shall use now and in the future the terms “social values” (or simply “values”) and “attitudes”⁸¹. Die wachsende Beliebtheit des Begriffs „attitude“ in den Sozialwissenschaften wird am Anstieg der Zahl der Definitionen ersichtlich. Allport (1935) zählte 16 verschiedene Definitionen, Nelson (1939) dreißig. Die Zahl stieg im Laufe der Zeit weiter an.⁸²

Allport zufolge ist eine Einstellung ein mentaler Zustand: “An attitude is a mental and neural state of readiness, organized through experience, exerting a directive or dynamic influence upon the individual’s response to all objects and situations with which it is related.”⁸³ Auch

⁷⁸ Vgl. Stroebe, Wolfgang: Grundlagen der Sozialpsychologie I, Stuttgart 1980, S.139 und vgl. Güttler, Peter O.: Sozialpsychologie. Soziale Einstellungen, Vorurteile, Einstellungsänderungen, München 1996, S.68.

⁷⁹ Thomas, William I. / Znaniecki, Florian: The Polish peasant in Europe and America, Volume I, 2. Auflage, New York 1958, S. 22.

⁸⁰ Ebenda: S. 20.

⁸¹ Thomas, William I. / Znaniecki, Florian : S. 21.

⁸² Vgl. Stroebe, Wolfgang: S. 139.

⁸³ Vgl. Ebenda: S. 17.

Newcomb (1959) definiert den Begriff der Einstellung. Für ihn sind Einstellungen „beständige, allgemeine Orientierungen eines Individuums seiner Umgebung gegenüber“.⁸⁴

Rosenberg und Hovland (1960) unterscheiden drei Komponenten einer Einstellung. Stroebe stellt dieses „Drei-Komponenten-Modell“ in seinem Buch schematisch dar. In diesem Modell wird zwischen einer affektiven, einer kognitiven und einer verhaltensmäßigen Komponente unterschieden. Stroebe selbst (1980) definiert Einstellung „als Bereitschaft zur positiven oder negativen Bewertung eines Einstellungsobjektes [...], die auf Gefühlen und Meinungen über diesen Einstellungsgegenstand beruht“.⁸⁵ Meinungen besitzen hierbei keine affektive Komponente und reflektieren Informationen, die man über ein Einstellungsobjekt erworben hat.⁸⁶ Stroebe führt zur Verdeutlichung des 3-Komponenten-Modells ein Beispiel an:

„Unsere Einstellung gegenüber einem Einstellungsgegenstand, etwa unserem Bundestagsabgeordneten, setzt sich nach dieser Konzeption aus folgenden Komponenten zusammen. (1) Unsere Meinungen über diesen Kandidaten: Wir halten ihn für intelligent und liberal in seinen Ansichten zu wesentlichen politischen Fragen; (2) unsere Gefühle gegenüber diesem Kandidaten: Er ist uns sympathisch, wir mögen ihn und bewerten ihn positiv; (3) unsere Verhaltensabsichten: Wir beabsichtigen, uns weiter über ihn zu informieren, für ihn zu stimmen und zu werben.“⁸⁷

Dieses Modell weist Kritikern zufolge einige Schwächen auf. Denn dieses Konzept beruht auf der Annahme der Konsistenz zwischen den Komponenten. In der Praxis ist diese Annahme jedoch häufig nicht erfüllt. Es werden zudem die Schwierigkeiten bemängelt, die sich bei der Operationalisierung der Komponenten ergeben, ferner wird die Validität der Messung bezweifelt und die geringe empirische Trennbarkeit der drei Komponenten bemängelt.⁸⁸

Güttler zufolge unterscheiden sich alle Definitionen von Einstellungen vor allem dadurch, dass sie ein- oder zwei- oder mehrdimensional sind. In den Sozialwissenschaften zeigt sich

⁸⁴ Newcomb, Theodore M. (1959): Sozialpsychologie, Meisenheim am Glan, S. 95.

⁸⁵ Stroebe, Wolfgang: S. 142.

⁸⁶ Ebenda: S. 142.

⁸⁷ Ebenda: S. 140.

⁸⁸ Vgl. Güttler, Peter O. (1996): Sozialpsychologie. Soziale Einstellungen, Vorurteile, Einstellungsänderungen, München, S. 72.

mittlerweile die Tendenz, Einstellungen auf Bewertungen von Einstellungsobjekten zu beschränken, wie sie Fishbein und Ajzen vorschlagen.⁸⁹

Fishbein und Ajzen definieren Einstellung als „a learned predisposition to respond in a consistently favorable or unfavorable manner with respect to a given object“.⁹⁰ Jedoch weisen sie daraufhin, dass diese Definition zu Mehrdeutigkeiten unter Einstellungsforschern führen kann und schränken ihre Definition weiter ein. Drei weitere Merkmale lassen sich ihres Erachtens feststellen: „the notion that attitude is learned, that it predisposes action, and that such actions are consistently favorable or unfavorable toward the object“.⁹¹ Vereinfacht ausgedrückt: „An attitude represents a person’s general feeling of favorableness or unfavorableness toward some stimulus object“.⁹² Ein „stimulus object“, also ein Einstellungsobjekt kann alles sein, das eine Person unterscheidet oder an das sie denkt.⁹³

Für diese Arbeit wird die Definition von Hartung übernommen. Danach sind Einstellungen „nicht direkt beobachtbar, sondern werden aus dem Verhalten (physiologischen Reaktionen, verbalen Äußerungen, [...] und beobachtbarem Verhalten) erschlossen. Sie stellen relativ überdauernde, positive oder negative Bewertungen gegenüber einem Einstellungsobjekt (Personen, Gruppen, Situationen, Ideen, Normen, Gegenständen, Produkte u.a.) dar und nehmen potentiell Einfluss auf das Verhalten einer Person.“⁹⁴ Diese letzte, aktuelle Definition von Hartung, in Anlehnung an die Definition von Fishbein und Ajzen, beschreibt den Begriff „Einstellung“, so wie er in dieser Arbeit verstanden wird, sehr gut.

Wie werden Einstellungen gemessen?

Da Einstellungen nicht direkt beobachtbar sind, müssen zu ihrer Messung Indikatoren bestimmt werden, von denen man annimmt, dass sie die Einstellung der Person widerspiegeln. Dies können Selbsteinschätzungen der Person sein, in der die Person direkt nach ihrer Hal-

⁸⁹ Vgl. Stroebe, Wolfgang: S. 141.

⁹⁰ Fishbein, Martin / Ajzen, Icek (1975): *Belief, Attitude, Intention and Behavior: An Introduction to Theory and Research*, S. 6.

⁹¹ Fishbein, Martin / Ajzen, Icek (1975): *Belief, Attitude, Intention and Behavior: An Introduction to Theory and Research*, S. 6.

⁹² Ebenda: S. 216.

⁹³ Vgl. Bohner, Gerd / Wänke, Michaela (2002): *Attitudes and Attitude Change*, S. 5.

⁹⁴ Hartung, Johanna (2010): *Sozialpsychologie*, Stuttgart, S. 61.

tung zu einem Einstellungsobjekt gefragt wird.⁹⁵ Dieses Vorgehen wurde auch für diese Arbeit verwendet. Eine zentrale Frage, die sich in der Sozialpsychologie und allgemein in den Sozialwissenschaften stellt, ist: Welche Faktoren beeinflussen die Einstellung?

5.2 Die Determinanten von Einstellungen

Fishbein und Ajzen zufolge sind es „beliefs“, meist als Überzeugungen übersetzt, die Einstellungen determinieren.

„Beliefs are thus viewed as underlying a person’s attitudes and subjective norms, and they ultimately determine intentions and behavior.”⁹⁶ Sie unterscheiden zwischen „salient“, was man als „relevant“ übersetzen kann, Überzeugungen und weniger relevanten Überzeugungen. Vor allem diese relevanten, hervorstechenden Überzeugungen sind es, die als unmittelbare Determinanten von Einstellungen gelten.⁹⁷

In den Sozialwissenschaften stehen sich zwei Erklärungsansätze für die Determinanten von Verhalten gegenüber:

„On the one hand, classical sociological theories of action emphasize the autonomous effects of normative and cultural factors, for example in normative or interpretive sociology. According to this normativist-culturalist perspective, action is primarily based on social norms, identities, systems of meaning, or cultural repertoires – although it rarely denies the importance of instrumental rationality altogether. On the other hand, standard economic theory and various forms of Rational Choice Theory (RCT) in sociology explain behavior as the outcome of some kind of optimization. Thus, for example, Subjective Expected Utility (SEU) theory assumes that actors choose an alternative that maximizes their subjectively expected utility.”⁹⁸

5.3 Anwendungsbeispiele für diese beiden Erklärungsansätze

Anwendungen finden sich beispielhaft in der Umweltsoziologie, der Umweltökonomie, in Konsumentenstudien, aber auch in der Wahl- und der Akzeptanzforschung.

⁹⁵ Ebenda: S. 62.

⁹⁶ Ajzen, Icek / Fishbein, Martin (1980): Understanding Attitudes and Predicting Social Behavior, S. 62.

⁹⁷ Vgl. Ebenda: S. 63.

⁹⁸ Kroneberg, Clemens / Yaish, Meir / Stocké, Volker (2010): Norms and Rationality in Electoral Participation and in the Rescue of Jews in WWII: An Application of the Model of Frame Selection. In: Rationality and Society, 22: 3, S. 3.

Meist soll durch diese beiden Erklärungsansätze das Verhalten von Personen erklärt werden. Doch „bei der Definition von Verhalten entsteht die Schwierigkeit, daß auch das Ausfüllen von Einstufungsskalen oder verbale Aussagen über eine Einstellung beobachtbares Verhalten darstellen.“⁹⁹ In der Wahl- und Akzeptanzforschung werden durch diese beiden Ansätze primär Einstellungen oder Verhaltensabsichten erklärt. Aus diesem Grund können die Erklärungsansätze auch auf die Messung von Einstellungen durch Befragungen angewendet werden.

Diekmann und Preisendörfer kritisieren in ihrem Artikel *Persönliches Umweltverhalten* von 1992 die empiristische Vorgehensweise früherer Forschungsarbeiten zum Thema Umweltverhalten.¹⁰⁰ Die bisherigen Forschungen untersuchten den Einfluss von Umweltbewusstsein, Umweltwissen, grundlegenden Wertorientierungen, politischen Einstellungen sowie soziodemographischen Merkmale in Hinblick auf das Umweltverhalten. Doch die Hypothesen wurden meist ad hoc formuliert und nicht in einen allgemeineren theoretischen Rahmen integriert. Ihnen fiel auf, dass die von Soziologen und Psychologen geschätzten Pfadmodelle vorwiegend Effekte des Umweltbewusstseins und soziodemographischer Merkmale auf das Umweltverhalten thematisieren, während in der ökonomischen Literatur der Schwerpunkt auf die Bedeutung materieller Anreize gelegt wird (z.B. Frey 1985).

In dieser Situation ist es ihrer Meinung nach interessant, die Erklärungskraft materiell-anreizbezogener Faktoren mit der Erklärungskraft von Wert- und Einstellungskomponenten zu vergleichen. „Moral contra Ökonomie“ oder auch „Moral plus Ökonomie“ wäre dann die Fragestellung für weitere Forschungen. So könnte die Wirksamkeit beider Variablengruppen beispielsweise anhand von Surveydaten getestet werden. Ihrer Meinung nach könnten dadurch Widersprüche zwischen Umweltbewusstsein und Umweltverhalten erklärt werden.¹⁰¹

Diekmann und Preisendörfer entwickeln in ihren Arbeiten auf diese Überlegungen aufbauend die Low-Cost-Hypothese. Sie gehen davon aus, dass Umwelteinstellungen das Umweltverhalten am ehesten in Situationen beeinflussen, die mit geringen Kosten bzw. Unannehmlichkeiten verbunden sind. Je höher die Kosten, desto weniger Einfluss hat das Umweltbewusstsein

⁹⁹ Stroebe, Wolfgang: S. 143.

¹⁰⁰ Vgl. dazu Langeheine, Rolf / Lehmann, Jürgen (1988): Die Bedeutung der Erziehung für das Umweltbewusstsein, 1986 und Dierkes, Meinolf / Fietkau, Hans-Joachim: Umweltbewusstsein - Umweltverhalten.

¹⁰¹ Vgl. Diekmann, Andreas / Preisendörfer, Peter (1992): Persönliches Umweltverhalten. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 44: 226-251, S. 228.

auf das Verhalten.¹⁰² Diese These wird jedoch von Kühnel und Bamberg in dem Sinne als falsch deklariert, dass es eine Interaktion zwischen Kosten und Wertorientierung gibt, da die Wertorientierung an sich die Kostenwahrnehmung beeinflusst.

Ihrer Meinung nach sind Wertorientierungen und allgemeine Einstellungen in allen Entscheidungssituationen (unabhängig von den Kosten) von Bedeutung.¹⁰³

Auch Bamberg und Schmidt stellen sich – wie Preisendörfer und Diekmann – die Frage: “Are proenvironmental behaviors mainly normative, moral behaviors (due to the norm activation model) or mainly guided by the calculations of personal utility and costs (theory of planned behavior)?”¹⁰⁴ Kühnel und Bamberg (1998) sprechen von der Konkurrenz zweier Forschungsansätze, die in der Forschungspraxis oft mit den Disziplinen Psychologie und Ökonomie deckungsgleich sind: erstere betonen die Wirksamkeit von Wertorientierungen, Einstellungen und Normen, letztere die Kostenunterschiede und Unterschiede in den situativen Restriktionen.¹⁰⁵

Ebenso werden in der Akzeptanzforschung die beiden Erklärungsansätze – Moral oder Ökonomie – genutzt.

Mau weist auf zwei wichtige Dimensionen hin anhand derer das Verhältnis zwischen Wohlfahrtsstaat und seinen Bürgern analysiert werden kann: „Instrumentalität und Moralität. Instrumentalität bezieht sich auf das Eigeninteresse bzw. den Nutzen, den der einzelne durch das wohlfahrtsstaatliche Leistungsangebot hat. Moralität verweist auf grundlegende Werte und Überzeugungen in Bezug auf Gerechtigkeits- und Verteilungsprinzipien in der Gesellschaft.“¹⁰⁶

Auch Sachweh, Ullrich und Christoph sprechen von zwei Einflussfaktoren: das Eigeninteresse und die Wertorientierungen.

¹⁰² Diekmann, Andreas / Preisendörfer, Peter (1998): Umweltbewußtsein und Umweltverhalten in Low- und High-Cost Situationen. Eine empirische Überprüfung der Low-Cost-Hypothese, 1998, Zeitschrift für Soziologie, Jg. 27, Heft 6, S. 438-453, S. 449.

¹⁰³ Vgl. Kühnel, Steffen-M. / Bamberg, Sebastian (1998): Überzeugungssysteme in einem zweistufigen Modell rationaler Handlungen. Das Beispiel umweltgerechten Verkehrsverhaltens. In: Zeitschrift für Soziologie 27, S. 257.

¹⁰⁴ Bamberg, Sebastian / Schmidt, Peter (2003): Incentives, Morality, Or Habit? Predicting Students' Car Use for University Routes With the Models of Ajzen, Schwartz, and Triandis, In: Environment and Behavior 35, S. 264-285, S. 264.

¹⁰⁵ Vgl. Bamberg, Sebastian / Kühnel, Steffen-M. (1998): Umweltbewußtsein, situative Restriktionen und Verkehrsmittelwahl - ein zweistufiges Entscheidungsmodell In: Umweltpsychologie 2, S. 6-19, S. 7.

¹⁰⁶ Mau, Steffen (1998): Zwischen Moralität und Eigeninteresse. Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat in internationaler Perspektive In: APuZ, B34-35, S. 27-37, S. 27.

Sachweh, Ullrich und Christoph operationalisieren das Eigeninteresse der Befragten am Beispiel der Sozialhilfe anhand von drei Variablen: Den Bildungsgrad der Befragten, die gesellschaftliche Position der Befragten als Selbsteinstufung auf einer 10-stufigen Skala (Oben-Unten-Skala) und den aktuellen bzw. vergangenen Sozialhilfebezug. Die Gerechtigkeitsüberzeugungen werden durch Leistungsgerechtigkeit und Bedarfsgerechtigkeit operationalisiert. Sie prüfen die These: Wer oben (gesellschaftliche Position, Anm. V.H.) ist, hat weniger Interesse am Sozialstaat. Diese These bestätigt sich jedoch nicht, d.h. es ist nicht überwiegend der Nutzen, der eine Einstellung determiniert.¹⁰⁷

Bechter, Brandl und Schwarz untersuchen in ihrer Studie die Determinanten der Einstellung zu sozial- und wirtschaftspolitischen Themen in der Bevölkerung in Österreich. Ihnen zufolge werden die Determinanten in der Literatur sehr unterschiedlich beurteilt. Jüngere Studien bezeichnen vor allem die politische Orientierung als prägend. Sie stellen jedoch fest, dass die Einstellungen oft auf Eigennutzen zurückgeführt werden.¹⁰⁸

Ullrich zufolge ergibt sich kein einheitliches Bild in der Forschung, welcher der beiden Ansätze eine höhere Erklärungskraft in Hinblick auf die Einstellung aufweist. Dies liegt ihm zufolge meist an den unterschiedlichen Datengrundlagen, den unterschiedlichen Definitionen und Operationalisierungen der erklärenden Variablen.¹⁰⁹

Da „Moral oder Ökonomie“ ein durchaus interessanter Gegensatz ist, sollen diese beiden Ansätze auf die Einstellung zu Studiengebühren angewendet werden. Es gibt in der oben genannten Literatur zur Auswirkung von Studiengebühren, die implizit ausschließlich von ökonomischen Faktoren ausgeht, die Annahme, dass sich die ökonomische Situation auf das tatsächliche Verhalten, also die Studierneigung, auswirkt. Die „moralische“ bzw. ideologische Komponente wird jedoch außeracht gelassen. Vorab sollen die erklärenden Faktoren der Ansätze detaillierter dargestellt werden.

¹⁰⁷ Vgl. Sachweh, Patrick / Ullrich, Carsten G. / Christoph, Bernhard (2006): Die gesellschaftliche Akzeptanz der Sozialhilfe In: KZFSS Bd. 58, 3, S. 489-504, S. 491.

¹⁰⁸ Bechter, Barbara / Brandl, Bernd / Schwarz, Gerhard (2009): Determinanten der Einstellung zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen, S. 1.

¹⁰⁹ Ullrich, C.G. (2000): Die soziale Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates: Anmerkungen zum Forschungsstand. Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung. Arbeitspapier Nr. 22, S. 5.

5.4. Ökonomische vs. ideologische Faktoren

5.4.1 Was sind ökonomische Faktoren?

Unter ökonomischen Faktoren versteht man im weiteren Sinne *Kosten bzw. Nutzen*. Kosten werden als beliebige negativ bewertete Konsequenzen und Nutzen als beliebige positiv bewertete Konsequenzen einer Handlung verstanden. Im engeren Sinne handelt es sich um finanzielle Mittel wie Preise, Gebühren und Abgaben oder Anreize zur Steuerung des Verhaltens.¹¹⁰ Frey beschreibt in seinem Buch *Umweltökonomie* die Instrumente der Ökonomen, die dazu dienen die Personen und Unternehmungen in deren eigenem Interesse zu veranlassen, die Umwelt zu schützen und zu erhalten. Frey zufolge sind das für die praktische Umweltpolitik am besten geeignete unter diesen „anreizorientierten“ Instrumenten die Umweltsteuern: „Wer die Umwelt nutzt, muß dafür im Ausmaß ihrer Schädigung eine Steuer entrichten.“¹¹¹ Auch Flassbeck und Maier-Rigaud beschäftigen sich mit der Umwelt aus ökonomischer Perspektive. „Man muß heute keine Befragungen oder sonstigen empirischen Erhebungen vornehmen, um zu erkennen, was die Grundvoraussetzung ist, von der sich staatliches Handeln im Bereich des Umweltschutzes leiten lassen muß: Das Angebot an sauberer menschenfreundlicher Umwelt sinkt und die Nachfrage steigt. Die ökonomische Folgerung daraus ist eindeutig: der Preis für die Umwelt muß steigen.“¹¹² Auch Faas fragt sich auf welche Weise wirtschaftliche Variablen die Stimmabgabe der Wähler beeinflussen. Er nutzt dafür das Economic-Voting-Modell mit der Wahrnehmung der allgemeinen und der individuellen wirtschaftlichen Lage als unabhängige Variablen, mit dem Ergebnis, dass Arbeitslose eher linke Parteien wählen. Dies ist nicht weiter verwunderlich, da Arbeitslosigkeit als Domäne linker Parteien gilt.¹¹³ Der ideologische Erklärungsansatz hingegen beruht auf der Annahme, dass überwiegend normative Einstellungen andere Einstellungen oder Verhaltensweisen beeinflussen.

¹¹⁰ Diekmann, Andreas / Preisendörfer, Peter: *Persönliches Umweltverhalten*: S. 228.

¹¹¹ Frey, Bruno S. (1992): *Umweltökonomie*, S. 146.

¹¹² Flassbeck, Heiner / Maier-Rigaud, Gerhard (1982): *Umwelt und Wirtschaft. Zur Diskriminierung des Umweltschutzes in der ökonomischen Analyse*, S. 56.

¹¹³ Faas, Thorsten (2007): *Arbeitslosigkeit und Wählerverhalten* In: Rattinger, Hans / Gabriel, Oscar W. / Falter, Jürgen W. (Hrsg.): *Der gesamtdeutsche Wähler, Stabilität und Wandel des Wählerverhaltens im wiedervereinigten Deutschland*, Baden-Baden.

5.4.2 Was sind ideologische Faktoren?

Gerade in der Wahlforschung werden oft ideologische Einstellungen als erklärende Variablen für das Wahlverhalten genutzt. Downs (1957) fasste Ideologien als „Super-Issues“ auf, die die Haltung gegenüber einer ganzen Reihe von konkreteren politischen Fragen vorstrukturieren. Als Maß für ideologisches Denken wird in Westeuropa sehr häufig die Links-Rechts-Dimension genutzt.¹¹⁴

Auch Müller-Rommel nutzt in seinem Beitrag „Ideologische Selbsteinstufung und Werteorientierung der AL-Wähler in West-Berlin“ die Links-Rechts-Skala.¹¹⁵

„Die Links-Rechts-Dimension ist [...] das wichtigste generalisierte Maß für die ideologische Position in Westeuropa und wurde auch erfolgreich zur Erklärung des Wahlverhaltens eingesetzt.“¹¹⁶ Für die vorliegende Arbeit wird zusätzlich zur Links-Rechts-Selbsteinstufung die Parteienaffinität als ideologisch-normative Variable einbezogen.

Die Definition von ökonomischen Variablen, die das Eigeninteresse bzw. die materiellen Ressourcen umfassen, ist eindeutig. Die finanzielle Situation wirkt dem ökonomischen Ansatz zufolge auf Einstellungen bzw. auf das Verhalten. Schwieriger ist die Definition der ideologischen Orientierungen. Denn was versteht man unter „links“ bzw. „rechts“? Daher soll auf das „generalisierte Maß für die ideologische Position“ detaillierter eingegangen werden.

Was ist „links“, was ist „rechts“?

Klingemann und Pappi zufolge bieten Lipset et al. eine Definition der Begriffe an, die den heutigen Sprachgebrauch gut trifft.¹¹⁷ Lipset et al. schreiben: „By *left* we shall mean advocating social change in the direction of greater equality – political, economic, or social; by *right* we shall mean supporting a traditional, more or less hierarchical social order, and opposing change toward greater equality“.¹¹⁸

¹¹⁴ Vgl. Arzheimer, Kai / Rudi, Tatjana (2007): Wertorientierungen und ideologische Einstellungen In: Rattinger, Hans / Gabriel, Oscar W. / Falter, Jürgen W. (Hrsg.): Der gesamtdeutsche Wähler, S. 169.

¹¹⁵ Müller-Rommel, Ferdinand (1983): Ideologische Selbsteinstufung und Werteorientierung der AL-Wähler in West-Berlin“ In: Hesse, Joachim Jens / Wollmann, Hellmut (Hrsg.): Probleme der Stadtpolitik in den 80er Jahren, Frankfurt am Main: Campus-Verlag.

¹¹⁶ Arzheimer, Kai / Rudi, Tatjana (2007): S. 170.

¹¹⁷ Vgl. Klingemann, Hans-Dieter / Pappi, Franz U. (1972): Politischer Radikalismus, S. 18.

¹¹⁸ Lipset, Seymour M. et al. (1954): The Psychology of Voting: An Analysis of Political Behavior In: Handbook of Social Psychology, Volume II Special fields and applications, S. 1135.

Auch die Einteilung der Parteien in "linke" und "rechte" Parteien scheint über den Zeitverlauf konstant zu bleiben. Wer sich selbst für „links“ hält, sollte dementsprechend eher der SPD, der Linken und/oder den Grünen zuneigen bzw. sie wählen wollen und wer sich selbst für „rechts“ hält, sollte eher der CDU/CSU, der FDP oder der NPD zuneigen bzw. sie wählen wollen.

Klingemann und Volkens vergleichen die Links-Rechts-Selbsteinstufung der Wähler mit den Links-Rechts-Einstufungen der Parteien zwischen 1990 und 2003. Das Eurobarometer dient ihnen als Datenbasis für die Selbsteinstufung der „party family supporter“. Die Wähler (sie werden auch gefragt, welche Partei sie wählen) werden ganz allgemein gefragt – auf einer Skala von 1-10 – wie links bzw. rechts sie sich selbst einstufen.¹¹⁹ Diese Selbsteinschätzungen verglichen Klingemann und Volkens mit den Daten des Manifesto-Datensatzes. Dieser Datensatz basiert auf quantitativen Inhaltsanalysen der Wahlprogramme politischer Parteien in mehr als 50 Ländern für alle freien demokratischen Wahlen seit 1945.¹²⁰

Die Forscher kommen zu dem Ergebnis, dass die Selbsteinschätzungen der Wähler und die Links-Rechts-Einstufung der Parteien weitestgehend übereinstimmen.

Der Befund, dass die Wähler die Parteien tatsächlich als „links“ bzw. „rechts“, ähnlich dem parteieigenen Selbstverständnis, einordnen, lässt sich auch anhand der Daten des Politbarometers bestätigen.¹²¹ Neundorf konnte anhand ihrer Analysen zeigen, dass der ideologische Links-Rechts-Gegensatz nach wie vor ein bedeutsames Strukturierungsmerkmal von Wahlentscheidungen in Deutschland darstellt. So tendieren Personen, die sich selbst als „links“ einstufen eher zu linken Parteien (SPD; Grüne, PDS/Linke) und „rechte“ Wähler überwiegend zu den Unionsparteien und zur FDP.¹²²

Auf den theoretischen Teil folgen nun der methodische und der empirische Teil dieser Arbeit. Für die Datenerhebung wurde die Methode der Online-Befragung genutzt. Auf die Vor- und Nachteile soll kurz eingegangen werden, um dann auf die tatsächliche Datenerhebung einzugehen.

¹¹⁹ Klingemann, Hans-Dieter / Volkens, Andrea (2006): Mapping Policy Preferences II, Estimates for Parties, Electors, and Governments in Easterns Europe, European Union and OECD 1990 - 2003, S. 51.

¹²⁰ WZB: Das Manifesto-Projekt: <http://www.wzb.eu/de/forschung/wandel-politischer-systeme/demokratie-und-demokratisierung/projekte/the-manifesto-project>.

¹²¹ Vgl. Neundorf, Anja (2011): Die Links-Rechts-Dimension auf dem Prüfstand: Ideologisches Wählen in Ost- und Westdeutschland 1990-2008, PVS, Sonderheft 45, S. 233-256, S. 238.

¹²² Vgl. Neundorf, Anja: S. 252.

6. Die Datenerhebung

6.1. Methode Onlinebefragung: Vor- und Nachteile

Online-Befragungen wurden in den letzten Jahren unter Sozialwissenschaftlern immer beliebter. Sie sind aber auch für Ökonomen oder Psychologen interessant, da sie es ermöglichen, mit vergleichsweise geringem Aufwand zu anderen Erhebungsmodi, Umfragedaten zu erheben.¹²³ Darüber hinaus sind sie kostengünstig, schnell durchführbar und mit einem geringen administrativen Aufwand verbunden.¹²⁴ Kostengünstig sind sie vor allem dadurch, dass keine Interviewer benötigt werden und keine Versandkosten, wie bei postalischen Befragungen, anfallen. Außerdem sind die Daten ohne Verzögerung direkt nach der Beantwortung der Umfrage verfügbar. Dies führt zu einer Fehlerreduktion der Datenaufnahme, denn die erhobenen Daten müssen nicht extra digital erfasst werden.¹²⁵

Dennoch, weitgehend problemlos ist die Durchführung von Online-Befragungen nur, wenn eine klar definierbare Grundgesamtheit erfasst werden soll, die vollständig über Internetzugänge verfügt und deren E-Mail-Adressen bekannt sind. So bieten sich Online-Umfragen vor allem für Mitarbeiterbefragungen (z.B. in Unternehmen) Mitgliederbefragungen (z.B. in Parteien oder Verbänden) oder Studierendenbefragungen an.¹²⁶

Da die Email-Adressen von Studierenden prinzipiell bekannt sind und davon auszugehen ist, dass Studierende über Internetzugänge verfügen, können leicht Vollerhebungen durchgeführt werden. Für diese Arbeit wurden an den Universitäten Göttingen und Gießen Vollerhebungen durchgeführt. An der Universität Trier scheiterte dieses Vorhaben, weshalb Emailadressen mithilfe eines onomastischen Verfahrens generiert wurden. Die Grundgesamtheiten konnten für die Vollerhebungen klar definiert werden. Sie bestanden aus allen Studierenden, die an einer Universität zum Zeitpunkt der Erhebung immatrikuliert waren. Über den jeweiligen Universitätsverteiler konnten alle Studierenden angeschrieben werden.

¹²³ Vgl. Jakob, Nikolaus / Schoen, Harald / Zerback, Thomas (Hrsg.): Sozialforschung im Internet. Methodologie und Praxis der Online-Befragung, Wiesbaden 2009, S.9.

¹²⁴ Vgl. Ebenda.: S.15.

¹²⁵ Vgl. Schnell, Rainer: S.291.

¹²⁶ Vgl. Jakob, Nikolaus / Schoen, Harald / Zerback, Thomas (Hrsg.): S.65.

Neben dem Problem der klar definierten Grundgesamtheit, die über Emails erreicht werden muss, existiert die sogenannte UCE-Problematik¹²⁷. So fühlen sich mittlerweile viele Menschen von massenhaft versandten Emails belästigt, vermuten Werbeemails oder Spam, oder löschen alles ungelesen, was nicht von bekannten Absendern stammt.¹²⁸ Aber nicht nur von massenhaft versandten Mails fühlen sich manche belästigt, auch von massenhaft verschickten Online-Umfragen, was sich in geringen Rücklaufquoten widerspiegelt. Die Anonymität bei Online-Umfragen stellt Vor- und Nachteil zugleich dar. Im Vergleich zu anderen Erhebungsmodi ist die Anonymität bei schriftlichen Befragungen ohne Interviewer am Höchsten. Eventuell vermutet manch Befragter, dass eine Deanonymisierung mittels IP-Adressen möglich ist. Wahrscheinlich werden Befragte, die eine Deanonymisierung befürchten, erst gar nicht an der Befragung teilnehmen. Die Befragungssituation als solche ist bei Online-Umfragen in jedem Fall anonymer als bei mündlichen Interviews. Es ist davon auszugehen, dass Anonymität zu weniger „sozial erwünschten“ Antworten führt als beispielsweise weniger Anonymität aufgrund von Interviewern bei Face-to-face-Befragungen. Doch diese Anonymität birgt auch Nachteile. So ist zum Beispiel nicht sichergestellt, ob tatsächlich die Zielperson den Fragebogen ausfüllt, geschweige denn wie sie diesen Fragebogen ausfüllt.

6.2. Das Untersuchungsdesign

6.2.1 Die Querschnittstudie

Bei der vorliegenden Arbeit handelt es sich um eine Querschnittstudie. In den Sozialwissenschaften werden Umfragen am häufigsten als Querschnittstudien durchgeführt, d.h. die Datenerhebung findet zu einem Zeitpunkt statt und ist dadurch erheblich kosten- und zeitsparender als z.B. eine Panelstudie.¹²⁹ Für diese Arbeit konnte aus Zeitgründen keine Panelstudie durchgeführt werden. In Hinblick auf die Fragestellung wäre eine Panelstudie eine interessante Alternative zu einer Querschnittstudie, denn Panelstudien erlauben es, die Entwicklung von Individuen im Zeitverlauf zu analysieren und Kausalitäten aufzudecken. Gerade der Befund von früheren Forschungsarbeiten – die Ablehnung der Gebühren bleibt im Zeitverlauf stets gleich (ca. zwei Drittel), die Wahrnehmung der Verbesserung der Studienqualität durch Ge-

¹²⁷ Unsolicited Commercial E-Mail, Vgl. Wood, David: Programming Internet Email, Beijing u.a., 1999, S. 318ff.

¹²⁸ Jakob, Nikolaus / Schoen, Harald / Zerback, Thomas (Hrsg.): S.51.

¹²⁹ Vgl. Schnell, Rainer: S. 72.

bühren nimmt jedoch zu – könnte anhand von Paneldaten besser erfasst werden als durch Querschnittdaten.

6.2.2. Stichprobe oder Vollerhebung?

In den Sozialwissenschaften bilden meist Stichproben die Datengrundlage für Forschungsarbeiten. Um von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit zu schließen, ist eine Zufallsstichprobe notwendig. Stichproben werden meist Vollerhebungen vorgezogen, da sie kostengünstiger (Einsparung von Interviewerkosten zum Beispiel) und schneller zu realisieren sind als Vollerhebungen. Auch können die Ergebnisse einer Stichprobe genauer sein als die Ergebnisse einer Vollerhebung. „Die Ursache hierfür liegt in der (möglicherweise) besseren Ausbildung des Erhebungspersonals (wenige, speziell geschulte Interviewer vs. viele, wenig geschulte), den größeren Kontrollmöglichkeiten gegenüber den Interviewern und besseren Möglichkeiten zur Eliminierung von Datenfehlern, die durch die Erhebung und Verarbeitung der Daten entstehen.“¹³⁰

Die soeben genannten Vorteile von Stichproben gegenüber Vollerhebungen treffen auf die für diese Arbeit durchgeführten Umfragen nicht zu. Denn es werden weder Interviewer benötigt, noch sollten durch eine Vollerhebung Fehler in der Erhebung und Verarbeitung der Daten entstehen. Auch ändern sich weder die Kosten, noch die Zeitersparnis. Aus diesem Grund wurden an drei Universitäten Vollerhebungen angestrebt, die jedoch nur an zwei Universitäten (Göttingen und Gießen) zufriedenstellend realisiert wurden.

Bei einer (theoretischen) Vollerhebung, mit schlechtem Rücklauf, lässt sich nicht von den befragten Personen auf die Grundgesamtheit schließen, da es sich um keine Zufallsstichprobe handelt und theoretisch die komplette Grundgesamtheit befragt wurde. In der Praxis werden – gerade bei Online-Umfragen – kaum alle Personen, die angeschrieben werden, an der Befragung teilnehmen. Dies kann zu erheblichen Verzerrungen der Daten durch Selbstselektion führen.

Nach Realisierung einer Zufallsstichprobe lässt sich auf die Grundgesamtheit schließen, die Verzerrung durch Unit Nonresponse ist jedoch auch hier ein Problem. Auf das Problem Unit Nonresponse und die Möglichkeiten damit umzugehen, soll später noch eingegangen werden.

¹³⁰ Schnell, Rainer / Hill, Paul B. / Esser, Elke: S. 261.

6.2.4 Die Datenerhebung

Die Daten für die vorliegende Arbeit wurden zwischen Juni und Oktober 2013 erhoben. Jedoch wurden diese Daten nicht explizit für die hier bearbeitete Fragestellung erhoben, sondern für ein anderes Projekt des Instituts für Demokratieforschung Göttingen. Dennoch werden die Datensätze für diese Arbeit als nutzbar angesehen, da die für diese Arbeit relevanten Variablen im Datensatz enthalten sind. Die vorliegende Arbeit ist somit als Sekundärdatenanalyse anzusehen.

In der Umfrage, die sich schwerpunktmäßig mit Demokratie, Gesellschaft und Politik beschäftigte, wurde auch auf das Thema Studiengebühren eingegangen.

Aus diesem Grund wurden Studierende befragt, die an einer Universität studieren, die

- a) nie Studiengebühren eingeführt hat,
- b) immer noch Studiengebühren erhebt und
- c) die Studiengebühren eingeführt, aber bereits abgeschafft hat.

Der Zugang zu den einzelnen Universitäten gestaltete sich als schwierig. Es wurden zahlreiche Universitäten angeschrieben, die zum Teil nicht antworteten oder sofort eine Absage erteilten. Dann wiederum gab es Universitäten, die zuerst, manchmal auch telefonisch, zusagten, dann jedoch wieder absagten.

An der Universität Gießen wurde Anfang Oktober in Kooperation mit einem Studierenden der Universität Gießen die erste Email und Mitte Oktober eine Erinnerungsemail an alle Studierenden aller Fachbereiche und Einrichtungen über das Angebot der Universität Gießen verschickt. Die Email ging an ca. 23945 Studierende¹³¹, 1019 Studierende beendeten die Umfrage. Die Rücklaufquote ist dementsprechend sehr niedrig und beträgt 4,3 Prozent. Die Nettoteilnahme umfasst 1364 Studierende.

¹³¹ Universität Gießen: Zahlen und Fakten: <http://www.giessen.de/index.phtml?NavID=1894.159&La=1>.

An der Universität Göttingen wurde im Juni 2013 eine Email mit dem Link zum Fragebogen verschickt. Es konnten 24.830 Emails zugestellt werden, 2160 Studierende beendeten die Umfrage, die Nettobeteiligung umfasst 2773 Studierende.

An der Universität Trier wurden Emailadressen mittels eines onomastischen Verfahrens generiert, womit 10.540 Emailadressen generiert werden konnten. Mit Hilfe von Questback (ehemals Unipark) ist es möglich, den Link zur Umfrage an diese Emailadressen zu verschicken. Doch auch hier gab es Probleme, denn viele der Emails konnten nicht zugestellt werden. Es beendeten letztendlich 370 Personen die Umfrage. Die Nettobeteiligung umfasst 500 Personen.

Der Fragebogen wurde online auf der Plattform Questback (ehemals Unipark) programmiert, die speziell die Realisierung von Online-Umfragen durch Studierende oder Universitätseinrichtungen ermöglicht. Die Betreiber der Plattform garantieren die Einhaltung aller datenschutzrechtlichen Vorgaben. Die Daten der Befragung werden von Questback dem jeweiligen Auftraggeber der Befragung pseudonymisiert z.B. als SPSS-Datensatz zur Verfügung gestellt.

Die Fragebögen waren an allen drei Universitäten nur auf Deutsch verfügbar. Es gibt jedoch an allen Universitäten Studiengänge, die nur auf Englisch angeboten werden. Diese Anzahl ist jedoch so gering, dass sie in dieser Arbeit als vernachlässigbar angesehen wird.

Der Rücklauf war an allen drei Universitäten sehr gering. In jedem Anschreiben wurde auf die Thematik der Studiengebühren hingewiesen. Dass an einer Universität wie Göttingen, an der Studiengebühren erhoben werden, mehr Studierende an der Umfrage teilnehmen, als an einer Universität, an der keine Studiengebühren erhoben werden (Gießen und Trier), ist plausibel. Es ist davon auszugehen, dass die Studierenden in Trier und Gießen sich weniger für dieses Thema interessieren, da es sie nicht unmittelbar betrifft.

7. Die Datenqualität

Vor der eigentlichen Analyse soll auf die Datenqualität eingegangen werden. Ein Indiz für die Qualität ist die Rücklaufquote bzw. der fehlende Rücklauf, also Unit Nonresponse.

7.1 Unit Nonresponse und Gewichtung

Unit Nonresponse stellt für alle Sozialwissenschaftler, die sich mit Befragungen beschäftigen, ein Problem dar, denn Unit Nonresponse kann zu erheblichen Verzerrungen der Stichprobendaten führen.

In der Literatur werden drei verschiedene Arten von Unit Nonresponse unterschieden:

Missing Completely at Random (MCAR), d.h. Unit Nonresponse tritt völlig zufällig auf. Es gibt keine Beziehung zwischen dem Antwortverhalten R und der Zielvariablen Y und auch keine Beziehung zwischen den „auxiliary variables“ X - prinzipiell alle exogenen erklärenden Variablen, die eine abhängige Variable Y beeinflussen (meist soziodemographische Angaben) -, und dem Antwortverhalten R.

MCAR stellt den Idealfall dar, d.h. es liegt keine Verzerrung der Daten aufgrund von Nonresponse vor.

Des Weiteren unterscheidet man zwischen *Missing at Random* (MAR) und *Not Missing at Random* (NMAR). Bei MAR besteht keine direkte Beziehung zwischen R und Y. Es gibt aber eine Beziehung zwischen R und X, und auch zwischen X und Y, d.h. es liegt eine Verzerrung vor, die Schätzer können aber unter anderem durch Gewichtung korrigiert werden.

Bei NMAR gibt es eine direkte Beziehung zwischen R und Y. Diese Beziehung wird nicht von X beeinflusst. Dies ist der schlechteste Fall, die Verzerrung kann in diesem Fall nur korrigiert werden, wenn der Ausfallprozess bekannt und modellierbar ist.

Beim Umgang mit Unit Nonresponse kann mit Hilfe von „auxiliary variables“ gewichtet werden. Dabei ist es wichtig zwischen den verschiedenen Ursachen von Nonresponse zu differenzieren. So wird in der Literatur zu Unit Nonresponse in Befragungen zwischen Schwer-Erreichbaren, Nicht-Befragbaren, Verweigerern¹³² unterschieden. Jede Ursache für Nonresponse kann einen anderen Effekt auf den Schätzer haben und jede Ursache benötigt ein

¹³² Schnell, Rainer / Hill, Paul B. / Esser, Elke: S. 304.

anderes Modell, um es zu beschreiben und zu erklären. Eine Lösung wäre *Nonresponse zu reduzieren*. Dies kann zum Beispiel mittels besser geschulter Interviewer, Erinnerungsschreiben etc. versucht werden. Diese Maßnahmen sind jedoch meist teuer und zeitintensiv und Nonresponse wird trotzdem auftreten. Für die vorliegende Arbeit war es nur in Gießen möglich, ein Erinnerungsschreiben zu versenden. Auch gibt es empirische Forschungen dazu, dass durch das Erinnerungsschreiben zwar der Rücklauf erhöht wird, die Verzerrung der Stichprobe dadurch jedoch noch größer wird.¹³³

Eine weitere Lösung wäre, den Effekt von Unit Nonresponse durch Gewichtung zu korrigieren.

Schnell, Hill und Esser schreiben dazu, dass im Laufe der letzten 50 Jahre zahlreiche „Korrekturverfahren“ für Unit Nonresponse vorgeschlagen wurden. Allen Verfahren ist gemeinsam, dass sie auf mehr oder weniger schwer zu rechtfertigenden Annahmen basieren. Beim „Redressment“, eine Form der Gewichtung, werden die Häufigkeiten demographischer Merkmale durch Gewichtungsverfahren in der Stichprobe den Häufigkeiten in der Grundgesamtheit angeglichen. „Ist z.B. bekannt, dass in der Grundgesamtheit 48% der Personen männlich sind, in der Stichprobe aber durch Ausfälle nur 30%, so könnten bei der Datenauswertung die Angaben der Männer (48/30) 1.6mal gewertet werden. Zugleich müssen die Angaben der Frauen geringer gewichtet werden. Den gewichteten Ergebnissen ist das Ausmaß des Nonresponse nicht mehr anzusehen. Das Redressment löst das Nonresponse-Problem nicht, sondern verdeckt es nur.“¹³⁴ Die einzig sinnvolle Art mit Nonresponse umzugehen, sind Schnell, Hill und Esser zufolge *multiple Imputationen* oder Schätzmethoden, die direkt Missings berücksichtigen wie spezielle ML-Schätzer.

Diese Form der Schätzung von fehlenden Werten bezieht sich jedoch nicht auf Unit Nonresponse, sondern auf Item Nonresponse. Folglich hilft nur zu hoffen, dass es sich bei Unit Nonresponse nicht um NMAR handelt. Eine gewisse zusätzliche Kontrolle geben Paradata zur Erhebung.

¹³³ Vgl. Skarbek-Kozietulska, Anna et al. (2012): Leugnen oder gestehen? Bestimmungsfaktoren wahrer Antworten in Befragungen. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 41, Heft 1, S. 5 – 23, S. 19.

¹³⁴ Schnell, Rainer / Hill, Paul B. / Esser, Elke: S. 308.

7.2 Datenqualität und Verzerrungen

Um überhaupt gewichten zu können, benötigt man Informationen aus der Grundgesamtheit. Eine Möglichkeit, „Verzerrungen“ zu entdecken, ist, die Daten aus der Stichprobe mit den Daten aus der Grundgesamtheit zu vergleichen. Hier soll aus oben genannten Gründen nicht gewichtet werden, dennoch ist es für die Datenqualität ein Indiz, wie stark einige „auxiliary variables“ in Stichprobe und Grundgesamtheit voneinander abweichen.

Für die drei Universitäten können die Stichprobendaten in Hinblick auf Fakultätszugehörigkeit und Geschlecht mit den Daten der Grundgesamtheit abgeglichen werden.

Göttingen

Die folgende Tabelle bezieht sich in der Grundgesamtheit auf alle Studierenden (ohne Promotionsstudierende), die einer Fakultät zugeordnet sind. Die Studierenden, die an zwei Fakultäten immatrikuliert sind, wurden einer Fakultät zugeordnet, wobei der Verteilungsschlüssel nicht bekannt ist. Aus diesem Grund werden, um eine bessere Vergleichbarkeit zu den Daten der Grundgesamtheit zu gewährleisten, in der Online-Erhebung nur die Studierenden betrachtet, die ausschließlich an einer Fakultät studieren. Die Abweichungen zwischen Stichprobe und Grundgesamtheit sind minimal, d.h. in Hinblick auf die Variable Fakultätszugehörigkeit sind die Daten nicht verzerrt.

Tab. 5: Vergleich der Studierenden in der Grundgesamtheit und in der Stichprobe an der Universität Göttingen in Hinblick auf die Fakultätszugehörigkeit

	Studierendenzahl SoSe 2013 (Grundgesamtheit)	Befragte in der Stichprobe	Abweichung
Fakultät für Agrarwissenschaften	1617 (7,8%)	192 (8,0%)	0,2%
Fakultät für Biologie	1705 (8,2%)	237 (9,9%)	1,7%
Fakultät für Chemie	556 (2,7%)	80 (3,3%)	0,6%
Fakultät für Forstwissenschaften	702 (3,4%)	93 (3,9%)	0,5%
Fakultät für Geowissenschaften	822 (3,9%)	96 (4,0%)	0,1%
Fakultät für Mathematik und Informatik	378 (1,8%)	72 (3,0%)	1,2%
Fakultät für Physik	748 (3,6%)	130 (5,4%)	1,8%
Juristische Fakultät	1935 (9,3%)	181 (7,6%)	1,7%
Philosophische Fakultät	3367 (16,1%)	346 (14,5%)	1,6%
Sozialwissenschaftliche Fakultät	2394 (11,5%)	308 (12,9%)	1,4%
Theologische Fakultät	289 (1,4%)	38 (1,6%)	0,2%
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät	3274 (15,7%)	298 (12,5%)	3,2%
Medizin	3064 (14,7%)	319 (13,3%)	1,4%
Gesamt	20851 (100%)	2390 (100%)	

Quelle: Studierendenstatistik SoSe 2013 der Universität Göttingen, eigene Daten.

Das Geschlecht der Studierenden an der Universität Göttingen ist bekannt. Die PromotionsstudentInnen werden für diesen Vergleich mit einbezogen, da das Geschlecht dieser bekannt ist. Es fällt auf, dass in der Online-Umfrage Frauen überproportional vertreten sind.

Tab. 6: Vergleich der Studierenden in der Grundgesamtheit und in der Stichprobe an der Universität Göttingen in Hinblick auf das Geschlecht

	Studierendenzahl SoSe 2013 (Grundgesamtheit)	Befragte in der Stichprobe
weiblich	12720 (51%)	1209 (59,2%)
männlich	12187 (49%)	832 (40,8%)
Gesamt	24907 (100%)	2041 (100%)

Quelle: Stabsstelle Controlling der Universität Göttingen, eigene Daten.

Auch für den Vergleich der Grundgesamt und der Online-Erhebung in Gießen in Hinblick auf die Fakultätszugehörigkeit wurden die Promovierenden ausgeschlossen. Da in Gießen die Mehrheit der Studierenden an zwei Fakultäten studiert, wurden die Mehrfachnennungen in der Stichprobe berücksichtigt.

Tab. 7: Vergleich der Studierenden in der Grundgesamtheit und in der Stichprobe an der Universität Gießen in Hinblick auf die Fakultätszugehörigkeit

	Studierendenzahl SoSe 2013 (Grund- gesamtheit)	Befragte in der Stich- probe	Abweichung
Rechtswissenschaft	1463 (6,5%)	53 (3,5%)	3,0%
Wirtschaftswissenschaften	1886 (8,4%)	96 (6,4%)	2,0%
Sozial- und Kulturwissenschaften	2692 (11,9%)	273 (18,2%)	6,3%
Geschichts- und Kulturwissenschaften	1005 (4,5%)	100 (6,7%)	2,2%
Sprache, Literatur, Kultur	3981 (17,6%)	182 (12,2%)	5,4%
Psychologie und Sportwissenschaft	1543 (6,8%)	161 (10,8%)	4,0%
Mathematik und Informatik, Physik, Geographie	2269 (10,1%)	140 (9,4%)	0,7%
Biologie und Chemie	1599 (7,1%)	109 (7,3%)	0,2%
Agrarwissenschaften, Ökotoxologie und Umweltmanagement	2311 (10,2%)	251 (16,8%)	6,6%
Veterinärmedizin	1113 (4,9%)	72 (4,8%)	0,1%
Medizin	2712 (12%)	60 (4%)	8,0%
Gesamt	23684 (100%)	1497 (100%)	

Quelle: Studierendenstatistik der Universität Gießen, eigene Daten.

Auch in Gießen ist das Geschlecht der Studierenden in der Grundgesamtheit bekannt. Auch hier werden die Promovierenden berücksichtigt und es sind – wie in Göttingen – die Frauen in der Umfrage überrepräsentiert.

Tab. 8: Vergleich der Studierenden in der Grundgesamtheit und in der Stichprobe an der Universität Gießen in Hinblick auf das Geschlecht

	Studierendenzahl SoSe 2013 (Grundgesamtheit)	Befragte in der Stich- probe
weiblich	14676 (61,3%)	685 (68,8%)
männlich	9269 (38,7%)	310 (31,2%)
Gesamt	23945 (100%)	995 (100%)

Quelle: Studierendenstatistik der Universität Gießen, eigene Daten.

Trier

Diese Tabelle bezieht sich auf die Studierenden ohne Promotionsstudierende, die an nur einem Fachbereich eingeschrieben sind. In Trier sind die Differenzen erheblich größer als an den beiden anderen Universitäten.

Tab. 9: Vergleich der Studierenden in der Grundgesamtheit und in der Stichprobe an der Universität Trier in Hinblick auf die Fakultätszugehörigkeit¹³⁵

	Studierendenzahl WiSe 2012/13 (Grundgesamtheit)	Befragte in der Stichprobe	Abweichungen
Fachbereich I	2151 (14,5%)	114(34,1%)	19,6%
Fachbereich II	3463 (23,3%)	41 (12,3%)	11,0%
Fachbereich III	1734 (11,7%)	22 (6,6%)	5,1%
Fachbereich IV	3774 (25,4%)	37 (11%)	14,4%
Fachbereich V	1846(12,4%)	89 (26,6%)	14,2%
Fachbereich VI	1374 (9,2%)	28 (8,3%)	0,9%
Theologische Fakultät/sonst. Angebot	536 (3,5%)	3 (0,9%)	2,6%
Gesamt	14878 (100%)	334 (100%)	

Quelle: Studierendenstatistik der Universität Trier, eigene Daten.

Auch in Trier ist das Geschlecht der Studierenden in der Grundgesamtheit bekannt. Wiederrum wurden in der Erhebung und in der Grundgesamtheit die Promovierenden mit einbezogen. Frauen sind ebenfalls überrepräsentiert.

¹³⁵FB I = Erziehungs- und Bildungswissenschaften, Philosophie, Psychologie (mit dem Bereich Psychobiologie), Pflegewissenschaften; FB II = Anglistik, Germanistik (mit den Bereichen Deutsch als Fremdsprache, Jiddistik sowie Interkulturelle Gender Studies). Japanologie, Klassische Philologie, Computerlinguistik und Digital Humanities, Medienwissenschaft, Phonetik, Romanistik, Slavistik, Sinologie; FB III = Ägyptologie, Geschichte, Klassische Archäologie, Kunstgeschichte, Papyrologie, Politikwissenschaft; FB IV = Betriebswirtschaftslehre, Ethnologie, Informatik/Wirtschaftsinformatik, Mathematik, Soziologie, Volkswirtschaftslehre; FB V = Rechtswissenschaft; FB VI = Geographie, Geowissenschaften

Tab. 10: Vergleich der Studierenden in der Grundgesamtheit und in der Stichprobe an der Universität Trier in Hinblick auf das Geschlecht

	Studierendenzahl WiSe 2012/13 (Grundgesamtheit)	Befragte in der Stich- probe
weiblich	8794 (58%)	208 (66,9%)
männlich	6371 (42%)	103 (33,1%)
Gesamt	15280 (100%)	311 (100%)

Quelle: Studierendenstatistik der Universität Trier, eigene Daten.

Die Abweichungen in Göttingen und in Gießen bezogen auf die Fakultäten sind im Vergleich zu Trier geringfügig. In Göttingen und Gießen scheinen die Stichproben, als Vollerhebungen geplant, die Grundgesamtheit gut widerzuspiegeln. Die Daten der drei Universitäten werden in den Analysen gleich behandelt, jedoch gilt dieser soeben beschriebene Befund zu berücksichtigen.

7. Hypothesen

„Welche Determinanten erklären die Einstellung zu Studiengebühren?“, lautet die Forschungsfrage. Aus theoretischen Arbeiten wurden sowohl ideologische als auch ökonomische potentielle Determinanten identifiziert.

Die erste Hypothese schließt an einige Forschungsarbeiten an. Aus rein ökonomischer Sicht sollte, durch die höheren Kosten aufgrund von Studiengebühren, die Nachfrage sinken. Auch Helbig und Baier (WZB) vermuteten, dass sich durch die Studiengebühren die Kosten für das Studium erhöhen und somit Studierende gerade aus sozial schwächeren Familien eher „abschrecken“ ließen. Doch diese These hat sich nicht bestätigt.¹³⁶

Weitere Studien, wie die Studienberechtigtenstudie und auch die Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks weisen ebenfalls nicht auf eine Verringerung der Nachfrage aufgrund von Studiengebühren hin.¹³⁷

¹³⁶ Vgl. Helbig, Marcel / Baier, Tina: Die Auswirkung von Studiengebühren auf die Studierneigung in Deutschland. Evidenz aus einem natürlichen Experiment auf Basis der HIS-Studienberechtigtenbefragung, Zeitschrift für Soziologie, Jg. 41, Heft 3, Juni 2012, S. 227–246, S.239.

¹³⁷ Vgl. Heine, Christoph / Quast, Heiko / Spangenberg, Heike: S.23.

Nagel liefert eine Erklärung für diesen Befund. Er beschäftigt sich mit der sozialen Zusammensetzung der Studierenden nach Einführung der Studiengebühren und ist der Meinung, dass, beim Zugang zu den Universitäten, nicht-ökonomische Kriterien wie kulturelle oder gesellschaftliche Faktoren, eine größere Bedeutung haben als rein ökonomische Kriterien. Folglich ist es möglich, dass sowohl die Entscheidung, an einer Hochschule zu studieren, als auch die Einstellung zu den Gebühren von nicht-ökonomischen Kriterien determiniert wird. Denn durch ein Hochschulstudium entstehen Kosten, sogenannte Opportunitätskosten durch den Einkommensverlust während der Studienzeit, als auch Lebenshaltungskosten. Im Schnitt benötigte 2006 ein/e „Normalstudierende/r“ im Monat 739 Euro zum Leben, 2009 757 Euro und 2012 794 Euro.¹³⁸ Studiengebühren erreichen in allen Bundesländern eine maximale Höhe von 500 Euro pro Semester. Zu den Lebenshaltungskosten kommen pro Monat ca. 83 Euro an Kosten durch Studiengebühren dazu, d.h. pro Monat erhöhen sich die Kosten für die Studierenden um ca. 10 bis 12 Prozent. Entscheidet man sich also überhaupt für ein Studium und nimmt damit Opportunitäts- und Lebenshaltungskosten in Kauf, fallen die Studiengebühren an sich finanziell nicht allzu sehr ins Gewicht. Daher ist es nach Nagel plausibel anzunehmen, dass die Einstellung zu den Gebühren weniger durch ökonomische Gründe determiniert wird, sondern eher durch nicht-ökonomische. Folgende Hypothesen werden aus diesen Überlegungen abgeleitet:

H1: „Nicht-ökonomische Einflussfaktoren haben einen größeren Einfluss auf die Einstellung zu Studienbeiträgen als ökonomische Faktoren“.

Unter nicht-ökonomischen Einflussfaktoren werden in der vorliegenden Arbeit ideologische bzw. politische Einflussgrößen verstanden. Die Links-Rechts-Selbsteinstufung misst die ideologische Position des/der Befragten. Die Wahlabsicht, als Operationalisierung der politischen Einstellung, ist jedoch nicht zwangsläufig mit der Links-Rechts-Selbsteinstufung gleichzusetzen. Es erscheint für diese Arbeit folglich sinnvoller, die Parteien in „Studiengebührenbefürworter“ (CDU, FDP) und in „Studiengebührengegner“ (SPD, Die LINKE, Die Grünen) einzuteilen und sie zusätzlich mit der ideologischen Einstellung in die Analyse aufzunehmen. Ökonomische Faktoren stellen das monatliche Einkommen, die Beurteilung der eigenen wirt-

¹³⁸ Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks: Lebenshaltungs- und Studienkosten – ausgewählte Ausgabenpositionen: http://www.sozialerhebung.de/download/20/Soz20_09_Kap07.pdf.

schaftlichen Situation und der wahrgenommene Nutzen der Gebühren dar. Es soll für die Prüfung der Hypothese 1 differenziert werden zwischen den Variablen, die sich auf die Kosten (das monatliche Einkommen, die Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Situation, die Finanzierungsquelle der Gebühren) beziehen und der Variablen, die sich auf den Nutzen (die wahrgenommene Verbesserung der Qualität durch Gebühren) bezieht.

Die zweite Hypothese schließt an die *Low-Cost-Debatte* zwischen Diekmann / Preisendörfer und Kühnel / Bamberg an. Kühnel und Bamberg zufolge sollten Einstellungen in jeder Kostensituation einen Einfluss auf das Verhalten haben. Sie verdeutlichen dies am Beispiel *umweltgerechten Verkehrsverhaltens* unter Studierenden an der Universität Gießen. Auf diese Annahmen aufbauend, wird vermutet, dass es einen Interaktionseffekt zwischen ökonomischen und nicht-ökonomischen Variablen gibt. Jedoch wird kein Interaktionseffekt im Sinne der Low-Cost-Hypothese vermutet, die davon ausgeht, dass der Effekt von ideologischen Einstellungen bei High-Cost-Situationen gegen null geht. So wird folgende Hypothese formuliert:

H2: Je schlechter die ökonomische Situation, desto geringer ist der nicht-ökonomische Effekt.

Die drei folgenden Hypothesen stellen den empirischen Befund der Forschungsarbeiten des DZHW dar. Diesen Befunden liegt seitens des DZHW keine theoretische Begründung zugrunde. Sie stellen die folgenden Aussagen schlichtweg anhand der deskriptiven Auswertung fest. Die Autoren formulieren die folgenden Annahmen, ohne diese theoretisch begründen zu können und ohne den vermeintlichen Zusammenhang auf Scheinkausalitäten zu überprüfen.

Die Antwort auf die Frage zur Einstellung zu Studiengebühren im Rahmen des Studienqualitätsmonitors 2007 bis 2010 unterscheidet sich in jedem Jahr deutlich zwischen Studierenden an Universitäten mit Studiengebühren und Universitäten ohne Studiengebühren. Da eine Kritik an diesen Erhebungen war, dass alle Hochschulen gemeinsam ausgewertet wurden, wird dieser Befund nochmals anhand der drei Universitäten überprüft. Zudem sollen in der späteren Analyse, die ideologische Position und die ökonomische Situation der Befragten kontrolliert werden, da geprüft werden soll, ob die vermutlich aufgedeckten Zusammenhänge unter Kontrolle von ideologischer bzw. politischer Position und ökonomischer Situation bestehen bleiben. Aufgrund der empirischen Befunde wird folgende Hypothese formuliert:

H3: „Erfahrungen mit Studienbeiträgen verbessern die Bewertung der Studienbeiträge.“

Dem Studienberechtigtenpanel zufolge reagieren Frauen restriktiver auf Studiengebühren, in dem Sinne, dass Frauen Studiengebühren negativer beurteilen und sich eher von ihnen abschrecken lassen (würden) als Männer.

Eine theoretische Begründung dafür existiert jedoch nicht. Aus diesem Grund sollen auch für diese Hypothese die ökonomische Situation und die ideologische Position kontrolliert werden, um eine eventuell bestehende Scheinkausalität aufdecken zu können. Auf den Befunden des Studienberechtigtenpanels aufbauend soll diese Hypothese überprüft werden:

H4: „Studentinnen beurteilen Studiengebühren negativer als Studenten.“

Die letzte Hypothese folgt indirekt aus den vorherigen Überlegungen. Wird vermutet, dass ausschließlich ideologische/politische Größen sowie ökonomische Größen und eigene Erfahrungen mit Studiengebühren bzw. Wahrnehmungen des Effekts von Studiengebühren (und evtl. das Geschlecht) einen Rolle spielen, dann sollte der Universitäts-Standort keine Rolle mehr spielen.

H5: „Universitätsstandorte spielen bei Kontrolle der zuvor geprüften Variablen keine Rolle.“

8. Operationalisierung

Vor der eigentlichen Überprüfung der Hypothesen sollen zuerst die relevanten Variablen vorgestellt werden. Die abhängige Variable, Einstellung zu Studiengebühren, wird für alle Analysen wie folgt operationalisiert:

Wie ist Ihre generelle Haltung gegenüber Studienbeiträgen bzw. -gebühren?

stark ablehnend o o o o stark befürwortend

Die nicht-ökonomischen Kriterien werden anhand von zwei Variablen operationalisiert, der Links-Rechts-Selbsteinstufung und der Wahlabsicht.

Die Links-Rechts-Selbsteinstufung (LiRe) wurde durch folgende Variable gemessen:

Viele Leute verwenden die Begriffe „links“ und „rechts“, wenn es darum geht, unterschiedliche politische Einstellungen zu kennzeichnen.

Wenn Sie an Ihre eigenen politischen Ansichten denken, wo würden Sie diese Ansichten auf dieser Skala einstufen?

links o o o o o o o o o o rechts

Die Wahlabsicht wurde mit der sogenannten „Sonntagsfrage“ gemessen:

Nun kommen wir zu Ihren politischen Einstellungen. Bitte beantworten Sie folgende Fragen: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

- *CDU bzw. CSU*
- *SPD*
- *FDP*
- *Bündnis 90/Die Grünen*
- *Die LINKE*
- *Die Piraten*
- *NPD*
- *andere Partei und zwar:*
- *ich würde gar nicht wählen*
- *ich würde zur Wahl gehen, aber einen leeren oder ungültigen Stimmzettel abgeben*

Die ökonomischen Kriterien bestehen aus drei Variablen: die Frage nach der Höhe des Betrags, den man im Monat zur Verfügung hat, der Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Lage und der Frage nach dem Nutzen der Studienbeiträge, gemessen mit der Frage nach der wahrgenommenen Verbesserung der Studienqualität durch Studienbeiträge.

In vielen Forschungsarbeiten wird die Berufs- und die Schulbildung der Eltern als Proxy für die soziale Herkunft verwendet. In dieser Arbeit wird auf diese Variable als erklärende Variable verzichtet, da nur der Schul- bzw. Hochschulabschluss der Eltern erfragt wurde. Darüber hinaus ist sehr schwer zu trennen, ob die Bildung der Eltern sowohl Einfluss auf die ökonomische Situation, als auch Einfluss auf die ideologische bzw. politische Einstellung hat. Im Anhang wird dennoch die Verteilung der Bildung der Eltern an allen drei Universitäten dargestellt. Es fällt auf, dass in Göttingen 30,6 Prozent der Befragten angaben, dass sie aus einem akademischen Haushalt kommen, in Gießen und Trier jedoch nur knapp 20 Prozent.

Das im Monat zur Verfügung stehende Einkommen wurde anhand dieser Variablen gemessen:

Wie viel Geld steht Ihnen im Monat insgesamt zur Verfügung? (inklusive Miete, Fixkosten wie z.B. Versicherungen)

- *unter 600 Euro*
- *600 bis unter 800 Euro*
- *800 bis unter 1000 Euro*
- *1000 bis unter 1200 Euro*
- *1200 Euro und mehr*

Die eigene wirtschaftliche Situation (EWL) wurde anhand dieser Variablen gemessen:

Wie beurteilen Sie ganz allgemein Ihre eigene heutige wirtschaftliche Lage?

- *sehr gut*
- *gut*
- *teils gut/ teils schlecht*
- *schlecht*
- *sehr schlecht*
- *weiß nicht*

Die Frage nach dem individuellen Nutzen durch Studiengebühren wurde anhand dieser Variablen (Qualität) operationalisiert:

Die derzeit von den Hochschulen eingenommenen Studienbeiträge bzw. -gebühren sollten für Verbesserungen der Lehre und der Studienbedingungen eingesetzt werden.

Sind Sie der Meinung, dass die Zahlung von Studienbeiträgen bzw. -gebühren zu der angestrebten Verbesserung der Lehre und der Studienbedingungen geführt hat?

- *hat zu keiner Veränderung geführt*
- *hat zu einer leichten Verbesserung geführt*
- *hat zu einer deutlichen Verbesserung geführt*
- *kann ich nicht einschätzen*

10. Datenanalyse und Überprüfung der Hypothesen

10.1 Statistische Analysen

Zuerst werden die univariaten Verteilungen der Variablen in den drei Universitäten dargestellt. Danach werden die Hypothesen mittels bi- bzw. trivariater Regressionen überprüft, um dann über multiple Regressionen den Einfluss von Drittvariablen zu kontrollieren. Bei den meisten Variablen handelt es sich um ordinale Variablen und nicht, wie für die Regression erforderlich, metrische Variablen. In der vorliegenden Arbeit werden die ordinalen Antwortkategorien als ungenaue Messung metrischer Größen aufgefasst.¹³⁹ In den folgenden Regressionen soll im bivariaten Fall das unstandardisierte Regressionsgewicht b und im multivariaten Fall das standardisierte Regressionsgewicht β interpretiert werden, da β für den Vergleich von Effektstärken notwendig ist, da die Messeinheiten der Prädiktoren unterschiedlich sind. Außerdem lässt sich bei β beurteilen, was kleine, mittlere und große Effekte sind. Signifikanztests sind aufgrund der unsicheren Zufallsauswahl und der sehr ungleichen Fallzahlen nicht unproblematisch, können aber als Information genutzt werden. Fehlende Signifikanz bedeutet, dass das Ergebnis unter der Annahme Zufallsauswahl auch zufällig sein könnte und in der Population dann nicht bestehen würde. Zudem soll R^2 sowie die Änderung des R^2 als Indiz für die Erklärungskraft der einzelnen Variablen interpretiert werden.

Es sollen in dieser Arbeit die Einstellungen von Studierenden, die an einer Universität mit Studiengebühren studieren, mit denen von Studierenden, die an Universitäten ohne Studiengebühren immatrikuliert sind, und deren Determinanten verglichen werden. Es ist jedoch möglich, dass Studierende in Göttingen derzeit von Studiengebühren befreit sind. Außerdem ist es denkbar, dass Studierende in Gießen bereits an anderen Hochschulen oder sogar an der eigenen Universität Studiengebühren bezahlt haben. Dasselbe gilt für Trier. In der Drittvariablenkontrolle wird zwischen Studierenden, die nie Studiengebühren bezahlt haben, Studierenden, die früher Studiengebühren bezahlt haben und Studierenden, die derzeit Studiengebühren zahlen, unterschieden.

In **Göttingen** gaben von allen befragten Studierenden 3 Prozent an, dass sie derzeit keine Studiengebühren bezahlen. In **Gießen** gaben 27 Prozent der befragten Studierenden an, schon einmal an anderen Hochschulen studiert zu haben. Davon haben 39,5 Prozent der Studieren-

¹³⁹ Vgl. Kühnel, Steffen-M. / Krebs, Dagmar: Statistik für die Sozialwissenschaften, Hamburg 2012, S. 35.

den Studiengebühren bezahlt. Insgesamt haben 10,4 Prozent der befragten Studierenden in Gießen schon einmal Studiengebühren bezahlt. In Gießen haben zudem 7,4 Prozent der befragten Studierenden angegeben, dass sie, als in Gießen Studiengebühren verlangt wurden, an der Universität Gießen immatrikuliert waren.

In **Trier** gaben 22 Prozent der befragten Studierenden an, schon einmal an anderen Hochschulen studiert zu haben. 41,6 Prozent davon haben an diesen Hochschulen Studiengebühren bezahlt. Insgesamt haben 8,8 Prozent der befragten Studierenden in Trier schon einmal Studiengebühren bezahlt.

10.2 Univariate Analyse

Die abhängige Variable, Einstellung zu Studiengebühren, ist an den drei Universitäten folgendermaßen verteilt:

Tab. 11: Verteilung der abhängigen Variablen „Einstellung zu Studiengebühren“

	Göttingen		Gießen		Trier	
	Häufigkeit/ Prozent	gültige Prozente	Häufigkeit/ Prozent	gültige Prozente	Häufigkeit/ Prozent	gültige Prozente
1,00 stark ablehnend	725 (34%)	36,3%	309 (34,8%)	37,5%	113 (34,5%)	36,5%
2	582 (27,3%)	29,1%	300 (33,7%)	36,4%	97 (29,6%)	31,3%
3	387 (18,%)	19,4%	154 (17,3%)	18,7%	82 (25%)	26,5%
4	236 (11,1%)	11,8%	50 (5,6%)	6,1%	13 (4%)	4,2%
5,00 stark befürwortend	67 (3,1%)	3,4%	11 (1,2%)	1,3%	5 (1,5%)	1,6%
Gesamt (gültig)	1997 (93,7%)	100%	824 (92,7%)	100%	310 (94,5%)	100%
-99	135 (6,3%)		65 (7,3%)		18 (5,5%)	
Gesamt	2132 (100%)		889 (100%)		328 (100%)	

Mit 65,4 Prozent ist die Ablehnung (Antwort 1 und 2) in Göttingen am geringsten und mit 15,2 Prozent die Zustimmung (Antwort 4 und 5) am höchsten. In Gießen fällt mit 73,9 Prozent die Ablehnung deutlicher aus, nur 7,4 Prozent der befragten Studierenden befürworten dort die Gebühren. In Trier fällt die Zustimmung zu den Gebühren mit 5,8 Prozent am geringsten aus, über ein Viertel der Studierenden äußert sich zudem indifferent. Rein deskriptiv bestätigt sich hier die Vermutung, dass an Universitäten, an denen Studiengebühren erhoben werden, die Befürwortung dieser auch am höchsten ist.

Die erklärende Variable „ideologische Einstellung“ besteht aus der *Links-Rechts-Selbsteinstufung*. Als zusätzliche erklärende Variable fungiert die „politische Einstellung“, die durch die *Parteiidentifikation* (Wahlabsicht) operationalisiert wird.

Die Links-Rechts-Selbsteinstufung ist an den drei Universitäten folgendermaßen verteilt:

Tab. 12: Verteilung der Links-Rechts-Selbsteinstufung (LiRe)

	Göttingen		Gießen		Trier	
	Häufigkeit/ Prozente	gültige Pro- zente	Häufigkeit/ Prozente	gültige Pro- zente	Häufigkeit/ Prozente	gültige Pro- zente
1,00 links	45 (2,1%)	2,4%	17 (1,9%)	2,2%	8 (2,4%)	2,8%
2	125 (5,9%)	6,7%	61 (6,9%)	7,9%	31 (9,5%)	10,8%
3	351 (16,5%)	18,7%	152 (17,1%)	19,7%	55 (16,8%)	19,2%
4	389 (18,2%)	20,7%	182 (20,5%)	23,6%	67 (20,4%)	23,3%
5	407 (19,1%)	21,7%	161 (18,1%)	20,9%	64 (19,5%)	22,3%
6	302 (14,2%)	16,1%	104 (11,7%)	13,5%	36 (11%)	12,5%
7	176 (8,3%)	9,4%	67 (7,5%)	8,7%	15 (4,6%)	5,2%
8	53 (2,5%)	2,8%	21 (2,4%)	2,7%	8 (2,4%)	2,8%
9	20 (0,9%)	1,1%	6 (0,7%)	0,8%	2 (0,6%)	0,7%
10,00 rechts	9 (0,4%)	0,5%	0 (0%)	0,0%	1 (0,3%)	0,3%
Gesamt (gültig)	1877 (88%)	100%	771 (86,7%)	100%	287 (87,5%)	100%
-99	255 (12%)		118 (13,3%)		41 (12,5%)	
Gesamt	2132 (100%)		889 (100%)		328 (100%)	

Ungefähr die Hälfte der befragten Studierenden an jeder Universität ordnet sich links von der Mitte ein (1-4), was nicht sehr überraschend ist, da die Studierendenschaft in Deutschland traditionell als eher „links“ gilt. In Trier ist der Anteil von „linken“ (1-4) Studierenden mit 56,1 Prozent am höchsten und mit 9 Prozent der Anteil der „rechten“ Studierenden am geringsten. Der Modalwert und der Median liegen in Göttingen bei 5, in Gießen und in Trier bei 4. Der Mittelwert beträgt in Göttingen 4,6, in Gießen 4,5 und in Trier 4,3.

Die erklärende politische Variable ist die sogenannte „Sonntagsfrage“. Sie lautete im Fragebogen: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

Tab. 13: Die Antwort auf die „Sonntagsfrage“

	Göttingen	Gießen	Trier
	Häufigkeit/gültige Pro- zente	Häufigkeit/gültige Pro- zente	Häufigkeit/gültige Pro- zente
CDU/CSU	437 (26,8%)	174 (25,8%)	70 (27,3%)
SPD	386 (23,7%)	169 (25,1%)	66 (25,8%)
FDP	46 (2,8%)	17 (2,5%)	7 (2,7%)
Bündnis 90 / Grüne	622 (38,1%)	183 (27,2%)	54 (21,1%)
Die LINKE	86 (5,3%)	84 (12,5%)	36 (14,1%)
Die Piraten	51 (3,1%)	46 (6,8%)	20 (7,8%)
NPD	4 (0,2%)	1 (0,1%)	3 (1,2%)
Gesamt	1632 (100%)	674 (100%)	256 (100%)

Gut ein Viertel der befragten Studierenden würde an jeder Universität die CDU/CSU wählen, ein weiteres Viertel die SPD. Die FDP erreicht maximal 2,8 Prozent, die NPD maximal 1,2 Prozent. Differenzierter fallen die Ergebnisse in Bezug auf die Parteien Die LINKE, die Grünen und die Piraten aus. Die Grünen würden in Göttingen von 38,1 Prozent der Befragten gewählt werden, wohingegen die LINKE in Trier von 14,1 Prozent der befragten Studierenden gewählt werden würde. Auch die Piraten erreichen in Trier die höchste Zustimmung. Die Bundestagswahl fand im September 2013 statt. Die Erhebung in Göttingen fand im Juni statt, die Erhebungen in Gießen und Trier erst nach der Wahl, im September und im Oktober. Inwiefern die verschiedenen Zeitpunkte eine Rolle für die Beantwortung der Fragen spielen, kann hier nicht geklärt werden.

Für die spätere Analyse soll zwischen Parteien, die Studiengebühren befürworten und Parteien, die Studiengebühren ablehnen, unterschieden werden. Aus diesem Grunde wurden die Parteien folgendermaßen zusammengefasst. Die CDU und die FDP bilden die Fraktion der Studiengebührenbefürworter, die SPD, Die LINKE und die Grünen bilden die Fraktion der Studiengebührengegner.

Tab. 14: Verteilung der Wahlabsicht in „Studiengebührenbefürworter“ und „Studiengebührengegner“ (Wahlabsicht)

	Göttingen	Gießen	Trier
	Häufigkeit/gültige Pro- zente	Häufigkeit/gültige Pro- zente	Häufigkeit/gültige Pro- zente
0 Befürworter	483 (30,6%)	191 (30,5%)	77 (33%)
1 Gegner	1094 (69,4%)	436 (69,5%)	156 (67%)
Gesamt	1577 (100%)	627 (100%)	233 (100%)

Die Wahl der im Bundestag vertretenen Parteien ist an allen drei Universitäten sehr stabil. Jeweils ein Drittel der Studierenden würde die „Studiengebührenbefürworter“ (CDU/CSU, FDP) wählen, jeweils zwei Drittel die „Studiengebührengegner“ (SPD, die Grünen, die LINKE).

Die Verteilung der erklärenden ökonomischen Variablen:

Wie viel Geld steht Ihnen im Monat insgesamt zur Verfügung? (inklusive Miete, Fixkosten wie z.B. Versicherungen)

Tab. 15: Verteilung des monatlichen Einkommens (Einkommen)

	Göttingen	Gießen	Trier
	Häufigkeit/gültige Pro- zente	Häufigkeit/gültige Pro- zente	Häufigkeit/gültige Pro- zente
unter 600 Euro	655 (36,3%)	364 (48,6%)	145 (50,7%)
600 bis unter 800 Euro	766 (42,5%)	263 (35,1%)	83 (29%)
800 bis unter 1000 Euro	248 (13,8%)	66 (8,8%)	33 (11,5%)
1000 bis unter 1200 Euro	82 (4,6%)	24 (3,2%)	17 (5,9%)
1200 Euro und mehr	51 (2,8%)	32 (4,3%)	8 (2,8%)
Gesamt	1802 (100%)	749 (100%)	286 (100%)

In Gießen und Trier steht der Hälfte der befragten Studierenden weniger als 600 Euro monatlich zur Verfügung, wohingegen in Göttingen der Mehrheit der befragten Studierenden zwischen 600 und 800 Euro im Monat zur Verfügung stehen.

Auch die Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Lage sollte aus ökonomischer Sicht einen Einfluss auf die Befürwortung oder Ablehnung der Studiengebühren haben. Je schlechter die

Lage, desto wahrscheinlicher ist die Ablehnung der Gebühren. Die Variable ist folgendermaßen verteilt:

Tab. 16: Die Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Lage (EWL)

	Göttingen	Gießen	Trier
	Häufigkeit/gültige Prozente	Häufigkeit/gültige Prozente	Häufigkeit/gültige Prozente
sehr gut	143 (7,7%)	40 (5,1%)	9 (3,1%)
Gut	718 (38,8%)	300 (38,5%)	104 (35,5%)
teils gut / teils schlecht	643 (34,7%)	310 (39,7%)	122 (41,6%)
Schlecht	272 (14,7%)	108 (13,8%)	48 (16,4%)
sehr schlecht	78 (4,1%)	22 (2,8%)	10 (3,4%)
Gesamt	1852 (100%)	780 (100%)	293 (100%)

In Göttingen beurteilen sowohl die meisten Studierenden, im Vergleich zu Gießen und Trier, dass ihre wirtschaftliche Lage sehr gut und dass ihre wirtschaftliche Lage sehr schlecht ist. Fast 20 Prozent der befragten Studierenden in Trier geht es schlecht bzw. sehr schlecht, doch auch in Göttingen und Gießen liegt dieser Anteil bei 16,6 und 18,8 Prozent. Insgesamt definieren in Göttingen die meisten Studierenden ihre wirtschaftliche Lage als gut, wohingegen in Gießen und Trier die meisten Studierenden ihre Lage als teils gut/teils schlecht beurteilen.

Als letzte relevante ökonomische Variable wird die Frage nach der wahrgenommenen Verbesserung der Qualität der Studienbedingungen durch Studiengebühren vorgestellt. Diese Variable wird in den folgenden Analysen zum Teil gesondert betrachtet, denn der „Nutzen“ stellt einen positiven Effekt der Studiengebühren dar, wohingegen die restlichen ökonomischen Variablen – unabhängig von den Gebühren – auf die Einkommenssituation der Studierenden abzielt.

Tab. 17: Die Verbesserung der Qualität der Studienbedingungen durch Studiengebühren (Qualität)

	Göttingen		Gießen		Trier	
	Häufigkeit /Prozente	gültige Prozente	Häufigkeit /Prozente	gültige Prozente	Häufigkeit /Prozente	gültige Prozente
hat zu keiner Veränderung geführt	358 (17,2%)	26,9%	172 (19,9%)	67,5%	103 (32,3%)	72,0%
hat zu einer leichten Verbesserung geführt	686 (32,9%)	51,6%	69 (8%)	27,1%	36 (11,3%)	25,2%
hat zu einer deutlichen Verbesserung geführt	285 (13,7%)	21,4%	14 (1,6%)	5,5%	4 (1,3%)	2,8%
Gesamt (gültig)	1329 (63,7%)	100,00%	255 (29,4%)	100,00%	143 (44,7%)	100,00%
kann ich nicht einschätzen	756 (36,4%)		611 (70,6%)		177 (55,3%)	
Gesamt	2085 (100%)		921 (100%)		320 (100%)	

Es wird deutlich, dass gerade an der Uni Göttingen, an der Studiengebühren erhoben werden, die leichte bzw. deutliche wahrgenommene Verbesserung mittels Studiengebühren erheblich höher ausfällt als in Gießen und in Trier. Doch auch 9,6 bzw. 12,6 Prozent der befragten Studierenden in Gießen und Trier gaben an, dass Studiengebühren zu einer leichten bzw. deutlichen Verbesserung geführt haben, obwohl sie selbst ihren eigenen Angaben zufolge nie Studiengebühren bezahlt haben. Es kann aufgrund der vorangegangenen theoretischen Überlegungen vermutet werden, dass diese Wahrnehmung von der ideologischen Einstellung bzw. der ökonomischen Situation abhängt. Ist jemand eher links und somit Studiengebührengegner, nimmt die Person eher keine Verbesserung durch Studiengebühren wahr und ist jemand eher „rechts“ und Studiengebührenbefürworter, nimmt die Person eher positive Veränderungen durch Studiengebühren wahr. Ist die ökonomische Situation eher schlecht, kann man vermuten, dass die Person eher keine positive Veränderung in der Qualität wahrnimmt und ist die ökonomische Situation eher gut, kann man vermuten, dass die Person eher positive Veränderungen wahrnimmt. Dieser Zusammenhang soll unter anderem im nachfolgenden Kapitel kontrolliert werden.

Die Finanzierung des Studiums soll für nachfolgende Analysen nicht berücksichtigt werden. Auf die Frage nach der Finanzierungsquelle waren Mehrfachnennungen möglich. Werden bps. nur die Studierenden, die ausschließlich über BAföG finanziert werden, betrachtet, reduziert sich die Fallzahl erheblich. Dennoch ist festzuhalten, dass Studierende, die ausschließlich über BAföG finanziert werden, Studiengebühren eher ablehnen und Studierende, die ausschließlich über ihre Eltern finanziert werden, Studiengebühren eher befürworten (siehe Anhang).

10.3 Hypothesentests

In der vorliegenden Arbeit soll die Einstellung zu Studiengebühren erklärt werden. Spielen die ökonomischen Faktoren eine eher untergeordnete Rolle, wie zuvor dargestellt, so müssten an allen drei Universitäten – unabhängig von der Erhebung von Studiengebühren – die ideologischen bzw. politischen Einstellungen eine höhere Erklärungskraft aufweisen als die ökonomischen Faktoren. Die erste Hypothese, die überprüft werden soll, lautet:

H1: „Nicht-ökonomische Einflussfaktoren haben einen größeren Einfluss auf die Einstellung zu Studienbeiträgen als ökonomische Faktoren“.

Diese Hypothese soll anhand eines additiven Modells überprüft werden. Trifft diese Hypothese in diesem Modell zu, so müsste eine höhere Varianzaufklärung der abhängigen Variable durch die ideologischen Einstellungen als durch die ökonomischen Faktoren vorliegen.

Das „ökonomische“ Modell:

In diesem Modell wird der Einfluss der ökonomischen Faktoren mit dem gemeinsamen Einfluss der ökonomischen und der ideologischen Faktoren verglichen.

Tab. 18: Das „ökonomische“ Modell

Modell	R	R ²	Korr. R ²	Standardfehler des Schätzers	Änderungsstatistiken				
					Änderung in R ²	Änderung in F	df1	df2	Sig. Änderung in F
1	0,582 ^a	0,339	0,337	0,88911	0,339	215,169	6	2521	0,000
2	0,488 ^b	0,238	0,237	0,95406	-0,101	192,069	2	2521	0,000
a. Einflußvariablen : (Konstante), Qualität, Qualität-Dummy, Einkommen, EWL, LiRe, Wahlabsicht									
b. Einflußvariablen : (Konstante), Qualität, Qualität-Dummy, Einkommen, EWL									

Die Erklärungskraft der gemeinsamen Faktoren liegt bei 33,9 Prozent. Unter Ausschluss der nicht-ökonomischen Kriterien erklären die ökonomischen Variablen 23,8 Prozent. Der Verlust der Erklärungskraft um 10,1 Prozent durch die ideologischen Variablen ist zudem signifikant.

Tab. 19: Die Koeffizienten des „ökonomischen“ Modells

Modell		Regressionskoeffizient b	Standardfehler	Beta	T	Sig.
1	(Konstante)	1,354	0,120		11,294	0,000
	LiRe	0,149	0,014	0,224	10,940	0,000
	Wahlabsicht	-0,338	0,048	-0,142	-6,970	0,000
	Qualität	0,702	0,036	0,425	19,738	0,000
	Qualität-Dummy	0,494	0,046	0,225	10,702	0,000
	Einkommen	0,097	0,018	0,090	5,407	0,000
	EWL	-0,150	0,020	-0,125	-7,364	0,000
	2	(Konstante)	1,746	0,089		19,698
	Qualität	0,859	0,037	0,521	23,100	0,000
	Qualität-Dummy	0,624	0,049	0,284	12,726	0,000
	Einkommen	0,093	0,019	0,086	4,819	0,000
	EWL	-0,180	0,022	-0,150	-8,298	0,000

Die wahrgenommene Verbesserung der Qualität durch Studiengebühren wirkt sich positiv und am stärksten auf die Einstellung zu Gebühren aus, d.h. je höher die wahrgenommene Verbesserung der Studienbedingungen, desto eher werden Studiengebühren befürwortet. Das Einkommen hat ebenfalls einen positiven Einfluss auf die abhängige Variable, jedoch einen viel schwächeren Einfluss als die Verbesserung der Qualität. Je höher das Einkommen, desto eher haben Studierende eine positive Haltung gegenüber Studiengebühren. Die eigene wirtschaftliche Lage wirkt sich negativ auf die Einstellung zu Gebühren aus und hat einen deutlicheren Effekt als das Einkommen, d.h. je schlechter Studierende ihre eigene wirtschaftliche Lage bewerten, desto eher lehnen sie Studiengebühren ab.

Im nächsten Modell wird der Einfluss der ideologischen Faktoren mit dem gemeinsamen Einfluss der ökonomischen und der ideologischen Faktoren verglichen.

Tab. 20: Das „ideologische“ Modell

Modell	R	R ²	Korr. R ²	Standardfehler des Schätzers	Änderungsstatistiken				
					Änderung in R ²	Änderung in F	df1	df2	Sig. Änderung in F
1	0,582 ^a	0,339	0,337	0,88911	0,339	215,169	6	2521	0,000
2	0,428 ^b	0,183	0,183	0,98725	-0,155	148,059	4	2521	0,000

a. Einflußvariablen : (Konstante), EWL, Einkommen, Qualität, Qualität-Dummy, Wahlabsicht, LiRe
b. Einflußvariablen : (Konstante), Wahlabsicht, LiRe

Der Einfluss der ideologischen Faktoren beträgt 18,3 Prozent, d.h. unter Ausschluss der ökonomischen Kriterien sinkt das R² um 15,5 Prozent. Diese Änderung ist wiederum signifikant.

Der Verlust der ökonomischen Variablen ist mit 15,5 Prozent Veränderung von R^2 höher als der Verlust der ideologischen Variablen mit 10,1 Prozent, d.h. die ökonomischen Variablen weisen eine höhere Erklärungskraft auf.

Tab. 21: Die Koeffizienten des „ideologischen“ Modells

Modell		Regressionskoeffizient b	Standardfehler	Beta	T	Sig.
1	(Konstante)	1,354	0,120		11,294	0,000
	LiRe	0,149	0,014	0,224	10,940	0,000
	Wahlabsicht	-0,338	0,048	-0,142	-6,970	0,000
	Qualität	0,702	0,036	0,425	19,738	0,000
	Qualität-Dummy	0,494	0,046	0,225	10,702	0,000
	Einkommen	0,097	0,018	0,090	5,407	0,000
	EWL	-0,150	0,020	-0,125	-7,364	0,000
2	(Konstante)	1,568	0,096		16,285	0,000
	LiRe	0,192	0,015	0,288	12,822	0,000
	Wahlabsicht	-0,450	0,053	-0,189	-8,419	0,000

Die Links-Rechts-Selbsteinstufung wirkt sich positiv auf die abhängige Variable aus, d.h. je „rechter“ ein/e Studierende/r ist, desto eher befürwortet er/sie Studiengebühren. Der Einfluss der Wahlabsicht, unterteilt in Parteien, die Studiengebühren befürworten und Parteien, die Studiengebühren ablehnen, ist in diesem Modell schwächer als die Links-Rechts-Selbsteinstufung. Dennoch zeigt sich, würden die Studierenden die CDU/CSU bzw. FDP wählen wollen, befürworten sie eher Studiengebühren als Studierende, die die SPD, die Grünen oder die LINKE wählen würden. Der wahrgenommene „Nutzen“ der Gebühren, gemessen durch die Qualität, weist im Modell 1, gefolgt von der Links-Rechts-Selbsteinstufung, den stärksten Effekt auf.

In diesen beiden additiven Modellen überwiegt der Einfluss der ökonomischen Faktoren, weshalb die Hypothese anhand dieser Befunde nicht bestätigt werden kann. Wie bereits erwähnt sollen jedoch die ökonomischen Faktoren in Hinblick auf die Kosten und den Nutzen unterschieden werden. Im folgenden Modell sollen nur die Kosten ohne den wahrgenommenen „Nutzen“ der Studiengebühren betrachtet werden.

Tab. 22: Das „ökonomische“ Modell ohne den „Nutzen“

Modell	R	R ²	Korr. R ²	Standardfehler des Schätzers	Änderungsstatistiken				
					Änderung in R ²	Änderung in F	df1	df2	Sig. Änderung in F
1	0,485 ^a	0,235	0,234	,95588	0,235	193,753	4	2523	0,000
2	0,274 ^b	0,075	0,075	1,05054	-0,160	263,416	2	2523	0,000
a. Einflußvariablen : (Konstante), EWL, Einkommen, Wahlabsicht, LiRe									
b. Einflußvariablen : (Konstante), EWL, Einkommen									

Es wird deutlich, dass ohne den „Nutzen“ die Erklärungskraft im Modell 2 deutlich geringer ausfällt und weit unter der Erklärungskraft der ideologischen Variablen liegt. Die Erklärungskraft der ökonomischen Variablen, die sich rein auf die Kosten beziehen, beträgt nur noch 7,5 Prozent. Das R² sinkt nach Ausschluss der nicht-ökonomischen Kriterien um 16 Prozent, diese Änderung ist wiederum signifikant.

Tab. 23: Die Koeffizienten des „ökonomischen“ Modells ohne „Nutzen“

Modell		Regressionskoeffizient b	Standardfehler	Beta	T	Sig.
1	(Konstante)	1,935	0,122		15,860	0,000
	LiRe	0,185	0,015	0,276	12,683	0,000
	Wahlabsicht	-0,409	0,052	-0,171	-7,877	0,000
	Einkommen	0,116	0,019	0,107	6,003	0,000
	EWL	-0,219	0,021	-0,183	-10,212	0,000
2	(Konstante)	2,636	0,084		31,392	0,000
	Einkommen	0,115	0,021	0,106	5,441	0,000
	EWL	-0,280	0,023	-0,233	-11,947	0,000

Ohne Berücksichtigung des „Nutzens“ steigt sowohl der Einfluss des Einkommens als auch der Einfluss der eigenen wirtschaftlichen Lage. Die Richtung der beiden Variablen bleibt wie im vorherigen Modell ohne „Nutzen“.

Tab. 24: Das „ideologische“ Modell ohne den „Nutzen“

Modell	R	R ²	Korr. R ²	Standardfehler des Schätzers	Änderungsstatistiken				
					Änderung in R ²	Änderung in F	df1	df2	Sig. Änderung in F
1	,485 ^a	0,235	0,234	0,956	0,235	193,753	4	2523	0,000
2	,428 ^b	0,183	0,183	0,987	-0,052	85,227	2	2523	0,000
a. Einflußvariablen : (Konstante), EWL, Einkommen, Wahlabsicht, LiRe									
b. Einflußvariablen : (Konstante), Wahlabsicht, LiRe									

Wie bereits erwähnt, liegt die Erklärungskraft im Modell ohne die wahrgenommene Verbesserung der Qualität der nicht-ökonomischen Variablen eindeutig über der Erklärungskraft der ökonomischen Variablen. Werden das Einkommen und die eigene wirtschaftliche Lage von der Analyse ausgeschlossen, ändert sich das R² nur um 5,2 Prozent, wohingegen sich R² im ökonomischen Modell ohne „Nutzen“ um 16 Prozent reduziert.

Auf die Darstellung der Koeffizienten dieses Modells wird verzichtet, da diese mit den Koeffizienten des ideologischen Modells mit „Nutzen“ identisch sind.

Im additiven Modell kann Hypothese 1, wenn der „Nutzen“ nicht berücksichtigt wird, bestätigt werden. Wird der „Nutzen“ berücksichtigt, muss Hypothese 1 verworfen werden.

Als nächstes soll Hypothese 2, die sich ausschließlich auf die ökonomische Situation (Einkommen, EWL) bezieht, überprüft werden.

H2: „Je schlechter die ökonomische Situation, desto geringer ist der nicht-ökonomische Effekt.“

Zuerst sollen Interaktionseffekte, die implizit durch diese These vermutet werden, zwischen ökonomischen und ideologischen Faktoren berechnet und deren Einfluss auf die abhängige Variable überprüft werden. In das Modell werden die Variablen Einkommen, eigene wirtschaftliche Lage, die Links-Rechts-Selbsteinstufung, die Wahlabsicht und deren Interaktionseffekte aufgenommen.

Tab. 25: Erklärungskraft der Interaktionseffekte

Modell	R	R ²	Korr. R ²	Standardfehler des Schätzers	Änderungsstatistiken				
					Änderung in R ²	Änderung in F	df1	df2	Sig. Änderung in F
1	0,492 ^a	0,242	0,240	0,95209	0,242	100,669	8	2519	0,000
2	0,485 ^b	0,235	0,234	0,95588	-0,007	6,037	4	2519	0,000
a. Einflußvariablen : (Konstante), Einkommen, EWL, LiRe, Wahlabsicht, IE(LiRe*EWL), IE(Wahlabsicht*Einkommen), IE(LiRe*Einkommen), IE(Wahlabsicht*EWL)									
b. Einflußvariablen : (Konstante), Einkommen, EWL, LiRe, Wahlabsicht,									

Werden die Interaktionseffekte der ökonomischen und ideologischen Einflussgrößen aus dem Modell ausgeschlossen, verändert sich R² um lediglich 0,7 Prozent. Die Veränderung ist jedoch signifikant, d.h. es gibt mindestens einen Interaktionseffekt zwischen nicht-ökonomischen und ökonomischen Kriterien.

Tab. 26: Die Koeffizienten der Haupt- und Interaktionseffekte

Modell		Regressionskoeffizient b	Standardfehler	Beta	T	Sig.
1	(Konstante)	1,414	0,373		3,787	0,000
	LiRe	0,294	0,058	0,440	5,034	0,000
	Wahlabsicht	-0,331	0,207	-0,139	-1,597	0,110
	Einkommen	0,051	0,097	0,047	0,524	0,600
	EWL	0,016	0,103	0,013	0,155	0,877
	IE(LiRe*Einkommen)	0,017	0,015	0,090	1,087	0,277
	IE(LiRe*EWL)	-0,053	0,016	-0,277	-3,353	0,001
	IE(Wahlabsicht*EWL)	-0,008	0,060	-0,010	-0,130	0,897
	IE(Wahlabsicht*Einkommen)	-0,022	0,052	-0,024	-0,428	0,669
2	(Konstante)	1,935	0,122		15,860	0,000
	LiRe	0,185	0,015	0,276	12,683	0,000
	Wahlabsicht	-0,409	0,052	-0,171	-7,877	0,000
	Einkommen	0,116	0,019	0,107	6,003	0,000
	EWL	-0,219	0,021	-0,183	-10,212	0,000

Es wird ersichtlich, dass der Interaktionseffekt zwischen der eigenen wirtschaftlichen Lage und der Links-Rechts-Selbsteinstufung signifikant von Null verschieden ist.

Im Folgenden soll deshalb Hypothese 2 anhand von **konditionalen Regressionen** überprüft werden.

Unter Berücksichtigung der Kostensituation, d.h. dem Einkommen, das monatlich zur Verfügung steht und unter Berücksichtigung der eigenen wirtschaftlichen Lage, wird der Einfluss der nicht-ökonomischen Kriterien auf die abhängige Variable analysiert. Es wird vermutet, dass, wenn ein/e Studierende/r über ein monatliches Einkommen von beispielsweise 600 Euro verfügt, die politische Einstellung einen geringeren Einfluss auf die Einstellung zu Studiengebühren hat als bei einem Vermögen von über 1000 Euro.

Bestätigt sich die Hypothese, so müssten in einer „schlechten“ ökonomischen Situation das R^2 der Links-Rechts-Selbsteinstufung und der Wahlabsicht im Vergleich zu einer „guten“ ökonomischen Situation sinken.

Die folgende Tabelle zeigt die Veränderung des R^2 , je nachdem in welcher Einkommenssituation sich die Befragten befinden.

Tab. 27: Partielle Haupteffekte in verschiedenen Einkommenskategorien

Modell	R	R ²	Korr. R ²	Standardfehler des Schätzers	Sig. Änderung in F
Einkommen=1 (unter 600 Euro) n=1008	,380 ^a	0,144	0,142	0,927	0,000
Einkommen=2 (600 Euro bis unter 800 Euro) n=1024	,448 ^a	0,201	0,199	0,961	0,000
Einkommen=3 (800 bis unter 1000 Euro) n=323	,435 ^a	0,189	0,184	1,049	0,000
Einkommen=4 (1000 Euro bis unter 1200 Euro) n=119	,457 ^a	0,209	0,196	1,173	0,000
Einkommen=5 (1200 Euro und mehr) n=86	,485 ^a	0,235	0,217	1,146	0,000

Beträgt das monatlich zur Verfügung stehende Einkommen unter 600 Euro erklären die nicht-ökonomischen Kriterien 14,4 Prozent der abhängigen Variablen. Beträgt das monatliche Einkommen jedoch mehr als 1200 Euro, erklären die nicht-ökonomischen Kriterien 23,5 Prozent. Die Hypothese kann anhand dieser Tabelle jedoch nicht bestätigt werden, da bei Einkommen zwischen 800 und 1000 Euro die Erklärungskraft niedriger ist als bei Einkommen zwischen 600 und 800 Euro. Der Hypothese zufolge müsste das R^2 der nicht-ökonomischen Variablen bei jeder höheren Einkommenskategorie ansteigen.

Tab. 28: Die Koeffizienten der nicht-ökonomischen Kriterien innerhalb verschiedener Einkommenskategorien

		Regressionskoeffizient b	Standardfehler	Beta	T	Sig.
Einkommen=1 n=1008	(Konstante)	1,445	0,143		10,133	0,000
	Wahlabsicht	-0,389	0,075	-0,177	-5,191	0,000
	LiRe	0,311	0,042	0,256	7,490	0,000
Einkommen=2 n=1024	(Konstante)	1,762	0,150		11,777	0,000
	Wahlabsicht	-0,597	0,081	-0,252	-7,389	0,000
	LiRe	0,322	0,043	0,254	7,453	0,000
Einkommen=3 n=323	(Konstante)	1,873	0,292		6,406	0,000
	Wahlabsicht	-0,583	0,161	-0,228	-3,620	0,000
	LiRe	0,333	0,081	0,259	4,116	0,000
Einkommen=4 n=119	(Konstante)	0,890	0,556		1,599	0,112
	Wahlabsicht	-0,175	0,292	-0,063	-0,601	0,549
	LiRe	0,639	0,160	0,416	3,987	0,000
Einkommen=5 n=86	(Konstante)	1,593	0,672		2,371	0,020
	Wahlabsicht	-0,519	0,331	-0,202	-1,567	0,121
	LiRe	0,508	0,200	0,327	2,539	0,013

Betrachtet man obige Tabelle, fällt auf, dass sich das Regressionsgewicht b der Wahlabsicht und der Links-Rechts-Selbsteinstufung zuungunsten der Hypothese ändert. Der Einfluss der nicht-ökonomischen Kriterien müsste der Hypothese zufolge bei jeder höheren Einkommensstufe steigen, was hier nicht der Fall ist.

Tab. 29: Partielle Haupteffekte in unterschiedlichen wirtschaftlichen Lagen

Modell	R	R ²	Korr. R ²	Standardfehler des Schätzers	Sig. Änderung in F
EWL=5 (sehr schlecht) n=83	0,461	0,213	0,193	0,773	0,000
EWL=4 (schlecht) n=369	0,300	0,090	0,085	0,872	0,000
EWL=3 (teils gut/teils schlecht) n=966	0,346	0,120	0,118	0,953	0,000
EWL=2 (gut) n=1031	0,456	0,208	0,207	1,000	0,000
EWL=1 (sehr gut) n=180	0,568	0,322	0,314	1,032	0,000

Wird die eigene wirtschaftliche Lage als sehr schlecht empfunden, erklären die nicht-ökonomischen Variablen 21,3 Prozent. Betrachtet man ausschließlich die vier weiteren Kategorien, ließe sich die Hypothese klar bestätigen.

Tab. 30: Die Koeffizienten der nicht-ökonomischen Kriterien innerhalb unterschiedlicher wirtschaftlicher Lagen

		Regressionskoeffizient b	Standardfehler	Beta	T	Sig.
EWL=5 n=83	(Konstante)	1,589	0,449		3,539	0,001
	Wahlabsicht	-0,667	0,271	-0,308	-2,461	0,016
	LiRe	0,189	0,116	0,204	1,633	0,106
EWL=4 n=369	(Konstante)	1,765	0,227		7,771	0,000
	Wahlabsicht	-0,495	0,131	-0,221	-3,776	0,000
	LiRe	0,131	0,064	0,119	2,040	0,042
EWL=3 n=966	(Konstante)	1,730	0,150		11,519	0,000
	Wahlabsicht	-0,444	0,080	-0,198	-5,564	0,000
	LiRe	0,245	0,044	0,199	5,595	0,000
EWL=2 n=1031	(Konstante)	1,503	0,157		9,562	0,000
	Wahlabsicht	-0,427	0,080	-0,181	-5,301	0,000
	LiRe	0,437	0,045	0,327	9,606	0,000
EWL=1 n=180	(Konstante)	1,810	0,358		5,055	0,000
	Wahlabsicht	-0,738	0,195	-0,287	-3,776	0,000
	LiRe	0,465	0,101	0,351	4,619	0,000

Das Regressionsgewicht b der Links-Rechts-Selbsteinstufung nimmt von EWL 1 zu EWL 4 hypothesenkonform ab. Jedoch ist in EWL 5 das Regressionsgewicht wieder größer als in EWL 4. Auch das Regressionsgewicht b der Wahlabsicht ändert sich nicht in dem Maße, wie es der Hypothese zufolge erwartet wird. Aufgrund dieses Befundes und aufgrund der Befunde der vorherigen Tabellen kann Hypothese 2 nicht bestätigt werden. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass die nicht-ökonomischen Kriterien in jeder Einkommenssituation eine wichtige Rolle in Hinblick auf die Bewertung der Studiengebühren spielen.

Es stellte sich heraus, dass der Interaktionseffekt zwischen eigener wirtschaftlicher Lage und Links-Rechts-Selbsteinstufung einen signifikanten Einfluss aufweist. Aus diesem Grund soll die Hypothese 2 nochmal anhand von konditionalen Regressionen geprüft werden. Denn die Haupteffekte der nicht-ökonomischen und ökonomischen Kriterien können nicht additiv interpretiert werden, wenn ein Interaktionseffekt vorliegt.

Tab. 31: Partielle Haupteffekte differenziert nach der ideologischen Einstellung

Modell	R	R ²	Korr. R ²	Standardfehler des Schätzers	Sig. Änderung in F
LiRe=1 (sehr links) n=310	0,288	0,083	0,071	0,70617	0,000
LiRe=2 (eher links) n=1268	0,381	0,145	0,142	0,84397	0,000
LiRe=3 (Mitte) n=1119	0,502	0,252	0,250	0,94486	0,000
LiRe=4 (eher rechts) n=353	0,593	0,351	0,344	1,02120	0,000
LiRe=5 (rechts) n=37	0,485	0,235	0,140	1,19294	0,065

Wird die wahrgenommene Verbesserung der Qualität mit einbezogen, kann die Hypothese 2 nicht bestätigt werden. Interessant ist, dass, je rechter sich die Befragten einschätzen, die ökonomischen Kriterien in der Tendenz eine höhere Erklärungskraft aufweisen.

Tab. 32: Partielle Haupteffekte differenziert nach der Wahlabsicht

Modell	R	R ²	Korr. R ²	Standardfehler des Schätzers
Wahlabsicht=0(Befürworter) n=772	0,561	0,315	0,311	0,97560
Wahlabsicht=1(Gegner) n=1786	0,390	0,152	0,150	0,86678

Auch in dieser Tabelle gibt es einen deutlichen Unterschied in der Varianzaufklärung durch die ökonomischen Variablen, je nachdem ob Studierende eher „Studiengebührenbefürworter“ (CDU/CSU, FDP) oder „Studiengebührengegner“ (SPD, die Grünen, die LINKE) wählen würden. Folglich steigen bei den „Befürwortern“ der Einfluss der wahrgenommenen Verbesserung der Studienbedingungen durch Studiengebühren und der Einfluss der ökonomischen Variablen allgemein.

Tab. 33: Partielle Haupteffekte differenziert nach der ideologischen Einstellung (ohne „Nutzen)

Modell	R	R ²	Korr. R ²	Standardfehler des Schätzers	Sig. Änderung in F
LiRe=1 (sehr links) n=310	0,151	0,023	0,016	0,727	0,029
LiRe=2 (eher links) n=1268	0,200	0,040	0,039	0,894	0,000
LiRe=3 (Mitte) n=1119	0,328	0,108	0,106	1,031	0,000
LiRe=4 (eher rechts) n=353	0,378	0,143	0,138	1,170	0,000
LiRe=5 (rechts) n=37	0,358	0,128	0,077	1,236	0,097

Tab. 34: Partielle Haupteffekte differenziert nach der Wahlabsicht (ohne „Nutzen“)

Modell	R	R ²	Korr. R ²	Standardfehler des Schätzers
Wahlabsicht=0(Befürworter) n=772	0,302	0,091	0,089	1,1218
Wahlabsicht=1(Gegner) n=1786	0,232	0,054	0,053	0,91513

H2 wäre zutreffend, wenn das R² der Links-Rechts-Selbsteinstufung und der Wahlabsicht in den Ökonomiegruppen (immer) größer wäre als das R² von Einkommen und EWL in den Links-Rechts/Wahlabsicht-Gruppen. Dies ist jedoch sowohl in den Modellen mit „Nutzen“ als auch in den Tabellen ohne „Nutzen“ nicht immer der Fall. Das R² in der Einkommensgruppe ist zwar stets größer als das R² in der Links-Rechts/Wahlabsicht-Gruppe (ohne „Nutzen“), betrachtet man jedoch die eigene wirtschaftliche Lage, ist dies nicht immer der Fall. Hypothese 2 ist in Anbetracht des Interaktionseffekts weder für die ökonomischen Variablen ohne „Nutzen“ noch für die Variablen mit „Nutzen“ zutreffend.

Aufgrund der empirischen Arbeiten des DZHW wurde vermutet, dass Erfahrungen mit Studienbeiträgen deren Bewertung verbessern. Diese Hypothese soll zuerst bivariat überprüft werden.

H3: „ Erfahrungen mit Studienbeiträgen verbessern die Bewertung der Studienbeiträge.“

Tab. 35: Die Erklärungskraft der „Erfahrung“

R	R ²	Korr. R ²	Standardfehler des Schätzers
0,076	0,006	0,005	1,0866

Tab. 36: Die Koeffizienten der „Erfahrung“

n=3371	Regressionskoeffizient b	Standardfehler	Beta	T	Sig.
(Konstante)	1,991	0,030		63,427	0,000
Erfahrung	0,089	0,020	0,076	4,425	0,000

Der Effekt der Erfahrung mit Studiengebühren (0= noch nie bezahlt, 1=in der Vergangenheit bezahlt, 2=zahle aktuell Gebühren) ist zwar signifikant, erklärt jedoch nur 0,6 Prozent der Varianz der abhängigen Variablen. Das Regressionsgewicht b ist positiv, d.h. Studierende, die Erfahrung mit Studiengebühren haben, bewerten diese tendenziell positiver. Dieser (geringe) Effekt soll anhand von nicht-ökonomischen und ökonomischen Kriterien kontrolliert werden. Bivariat wird diese Hypothese akzeptiert.

Die nächste Hypothese baut ebenfalls auf vorangegangene empirische Arbeiten auf. Es wird vermutet, dass Frauen stärker auf die Erhebung von Studiengebühren reagieren und sich dem Studienberechtigtenpanel zufolge dadurch eher vom Studium abhalten lassen. Auch diese Hypothese soll zuerst bivariat überprüft werden.

H4: „Studentinnen beurteilen Studiengebühren negativer als Studenten.“

Tab. 37: Die Erklärungskraft des „Geschlechts“

R	R ²	Korr. R ²	Standardfehler des Schätzers
0,136	0,018	0,018	1,08111

Tab. 38: Die Koeffizienten des Geschlechts

n=3125	Regressionskoeffizient b	Standardfehler	Beta	T	Sig.
(Konstante)	2,305	0,032		71,921	0,000
Geschlecht	-0,307	0,040	-0,136	-7,649	0,000

Codierung: 0=Mann, 1=Frau

Der Einfluss der Variable Geschlecht ist zwar signifikant, erklärt jedoch in der bivariaten Analyse nur 1,8 Prozent der Varianz der abhängigen Variablen. Betrachtet man das Regressionsgewicht b, so stellt man fest, dass Frauen Studiengebühren eher ablehnen als Männer. Im bivariaten Fall bestätigt sich folglich Hypothese 4. Warum Frauen eine andere bzw. negativere Einstellung gegenüber Gebühren haben sollten, konnte bisher nicht geklärt werden. Das Geschlecht soll ebenfalls im Gesamtmodell unter Berücksichtigung der ökonomischen und der ideologischen Einflussgrößen kontrolliert werden.

Die letzte Hypothese, die überprüft werden soll, folgt indirekt aus den vorherigen Hypothesen:

H5: „Universitätsstandorte spielen bei Kontrolle der zuvor geprüften Variablen keine Rolle.“

Tab. 39: Die Erklärungskraft der „Universitätsstandorte“

Modell	R	R ²	Korr. R ²	Standardfehler des Schätzers	Änderungsstatistiken				
					Änderung in R ²	Änderung in F	df1	df2	Sig. Änderung in F
1	0,584	0,341	0,338	0,889	0,341	108,244	11	2296	0,000
2	,583 ^b	,340	,337	,89016	-,002	2,994	2	2296	,050
a. Einflußvariablen : (Konstante), Wahlabsicht, LiRe, Qualität, Qualität-Dummy, Einkommen, , EWL, IE(EWL*LiRe), Giessen, Trier, Erfahrung, Geschlecht									
b. Einflußvariablen : Wahlabsicht, LiRe, Qualität, Qualität-Dummy, Einkommen, , EWL, IE(EWL*LiRe), Erfahrung, Geschlecht									

Insgesamt werden durch die ökonomischen und nicht-ökonomischen Kriterien, das Geschlecht, die Erfahrung und die Standorte 34,1 Prozent erklärt.

Tab. 40: Die Koeffizienten der „Universitätsstandorte“

	Regressionskoeffizient b	Standardfehler	Beta	T	Sig.
(Konstante)	0,699	0,244		2,865	0,004
LiRe	0,256	0,036	0,381	7,094	0,000
Wahlabsicht	-0,329	0,051	-0,138	-6,505	0,000
Qualität	0,731	0,039	0,442	18,964	0,000
Qualität-Dummy	0,500	0,049	0,228	10,265	0,000
Einkommen	0,090	0,019	0,083	4,747	0,000
EWL	0,042	0,058	0,034	0,718	0,473
IE(EWL*LiRe)	-0,043	0,012	-0,224	-3,496	0,000
Geschlecht	-0,112	0,039	-0,049	-2,830	0,005
Erfahrung	0,099	0,078	0,085	1,283	0,200
Giessen	0,264	0,144	0,112	1,834	0,067
Trier	0,377	0,160	0,103	2,350	0,019

In diesem Modell unterscheidet sich der Universitätsstandort Trier in der Einstellung zu Studiengebühren signifikant von der Uni Göttingen. An der Uni Gießen liegt das Signifikanz-Niveau knapp über der 5%-Richtlinie, was ebenfalls auf einen Unterschied in der Haltung zu Studiengebühren in Bezug auf die Studierendenschaft der Uni Göttingen schließen lässt. Das heißt, dass unter Kontrolle der ökonomischen und ideologischen Variablen sowie dem Geschlecht und der Erfahrung ein Unterschied bezüglich der Universitätsstandorte festgestellt werden kann. Die Studierenden in Gießen und Trier haben im Vergleich zu den Göttinger Studierenden insgesamt eine positivere Einstellung zu Studiengebühren.

Die Drittvariablenkontrolle für alle Hypothesen

Im folgenden Abschnitt sollen alle Hypothesen nochmals mittels Drittvariablen überprüft werden. Es stellt sich die Frage, ob die bisher festgestellten Zusammenhänge auch unter Kontrolle von weiteren Variablen bestehen bleiben. Für die Hypothese 1 sollen zusätzlich zu den ökonomischen und nicht-ökonomischen Faktoren, das Geschlecht, die Erfahrung und die unterschiedlichen Universitäten eingehen.

Tab. 41: Drittvariablenkontrolle der Hypothese 1 (ideologisches Modell)

Modell	R	R ²	Korr. R ²	Standardfehler des Schätzers	Änderungsstatistiken				
					Änderung in R ²	Änderung in F	df1	df2	Sig. Änderung in F
1	0,584	0,341	0,338	0,889	0,341	108,244	11	2296	0,000
2	0,431	0,186	0,184	0,988	-0,156	108,677	5	2296	0,000
a. Einflußvariablen : (Konstante), LiRe, Wahlabsicht, Qualität, Qualität-Dummy, Einkommen, EWL, IE(EWL*LiRe), Giessen, Trier, Geschlecht, Erfahrung									
b. Einflußvariablen : (Konstante), LiRe, Wahlabsicht, Geschlecht, Giessen, Trier, Erfahrung									

Die nicht-ökonomischen Variablen allein erklären bereits, wie bei der Überprüfung von Hypothese 1 gezeigt wurde, 18,3 Prozent der abhängigen Variablen. In diesem Modell erklären die nicht-ökonomischen Variablen zusammen mit Geschlecht, der Erfahrung und den Universitätsstandorten nur 18,6 Prozent.

**Tab. 42: Koeffizienten der Drittvariablenkontrolle der Hypothese 1
(ideologisches Modell)**

Modell		Regressionskoeffizient b	Standardfehler	Beta	T	Sig.
1	(Konstante)	0,699	0,244		2,865	0,004
	LiRe	0,256	0,036	0,381	7,094	0,000
	Wahlabsicht	-0,329	0,051	-0,138	-6,505	0,000
	Qualität	0,731	0,039	0,442	18,964	0,000
	Qualität-Dummy	0,500	0,049	0,228	10,265	0,000
	Einkommen	0,090	0,019	0,083	4,747	0,000
	EWL	0,042	0,058	0,034	0,718	0,473
	IE(EWL*LiRe)	-0,043	0,012	-0,224	-3,496	0,000
	Geschlecht	-0,112	0,039	-0,049	-2,830	0,005
	Erfahrung	0,099	0,078	0,085	1,283	0,200
	Giessen	0,264	0,144	0,112	1,834	0,067
	Trier	0,377	0,160	0,103	2,350	0,019
2	(Konstante)	1,548	0,201		7,720	0,000
	LiRe	0,177	0,016	0,263	11,177	0,000
	Wahlabsicht	-0,457	0,056	-0,192	-8,195	0,000
	Geschlecht	-0,160	0,044	-0,070	-3,666	0,000
	Erfahrung	0,124	0,085	0,105	1,460	0,145
	Giessen	0,103	0,158	0,044	0,651	0,515
	Trier	0,132	0,176	0,036	0,751	0,452

Betrachtet man die Koeffizienten, wird ersichtlich, dass zusätzlich zu den nicht-ökonomischen Variablen, das Geschlecht der Befragten einen Einfluss auf die Einstellung zu Studiengebühren aufweist. Studentinnen bewerten folglich Studiengebühren negativer als Studenten. Der signifikante relativ starke Einfluss der nicht-ökonomischen Kriterien bleibt unter Kontrolle von Drittvariablen bestehen.

Im folgenden Modell wird der Einfluss der ökonomischen Kriterien unter Berücksichtigung der Drittvariablen betrachtet.

Tab. 43: Drittvariablenkontrolle der Hypothese 1 (ökonomisches Modell)

Modell	R	R ²	Korr. R ²	Standardfehler des Schätzers	Änderungsstatistiken				
					Änderung in R ²	Änderung in F	df1	df2	Sig. Änderung in F
1	0,584	0,341	0,338	0,889	0,341	108,244	11	2296	0,000
2	0,497	0,247	0,244	0,951	-0,095	109,966	3	2296	0,000

a. Einflußvariablen : (Konstante), LiRe, Wahlabsicht, EWL, Einkommen, IE(EWL*LiRe), Qualität, Qualität-Dummy, Geschlecht, Giessen, Trier, Erfahrung

b. Einflußvariablen : (Konstante), Einkommen, EWL, Qualität, Qualität-Dummy Trier, Giessen, , Geschlecht, Erfahrung

Die Änderung zum Gesamtmodell beträgt 9,5 Prozent und ist signifikant. Die ökonomischen Variablen zusammen mit Geschlecht, Erfahrung und den Standorten erklären 24,7 Prozent. Die ökonomischen Kriterien erklären im Drittvariablenmodell mit 24,7 Prozent mehr als die nicht-ökonomischen Kriterien mit 18,6 Prozent.

Tab. 44: Drittvariablenkontrolle der Hypothese 1 (ökonomisches Modell)

Modell		Regressionskoeffizient b	Standardfehler	Beta	T	Sig.
1	(Konstante)	0,699	0,244		2,865	0,004
	LiRe	0,256	0,036	0,381	7,094	0,000
	Wahlabsicht	-0,329	0,051	-0,138	-6,505	0,000
	Qualität	0,731	0,039	0,442	18,964	0,000
	Qualität-Dummy	0,500	0,049	0,228	10,265	0,000
	Einkommen	0,090	0,019	0,083	4,747	0,000
	EWL	0,042	0,058	0,034	0,718	0,473
	IE(EWL*LiRe)	-0,043	0,012	-0,224	-3,496	0,000
	Geschlecht	-0,112	0,039	-0,049	-2,830	0,005
	Erfahrung	0,099	0,078	0,085	1,283	0,200
	Giessen	0,264	0,144	0,112	1,834	0,067
	Trier	0,377	0,160	0,103	2,350	0,019
	2	(Konstante)	1,631	0,185		8,820
Einkommen		0,087	0,020	0,080	4,303	0,000
EWL		-0,174	0,023	-0,143	-7,559	0,000
Qualität		0,883	0,040	0,533	21,947	0,000
Qualität-Dummy		0,627	0,051	0,286	12,194	0,000
Geschlecht		-0,201	0,042	-0,088	-4,807	0,000
Erfahrung		0,095	0,083	0,081	1,144	0,253
Giessen		0,266	0,154	0,112	1,726	0,084
Trier	0,369	0,171	0,101	2,154	0,031	

Der Effekt der ökonomischen Kriterien bleibt unter Kontrolle von Drittvariablen bestehen. Der wahrgenommene „Nutzen“ hat wiederum den stärksten Einfluss, gefolgt vom Geschlecht der Befragten. Die Erfahrung mit Studiengebühren übt keinen signifikanten Einfluss mehr auf die abhängige Variable aus, jedoch die Universitätsstandorte. Dies kann wiederum anhand der „Nutzen“-Variable erklärt werden.

Tab. 45: Drittvariablenkontrolle der Hypothese 1 (ökonomisches Modell ohne Nutzen)

Modell	R	R ²	Korr. R ²	Standardfehler des Schätzers	Änderungsstatistiken				
					Änderung in R ²	Änderung in F	df1	df2	Sig. Änderung in F
1	0,488	0,238	0,235	0,95642	0,238	79,677	9	2298	0,000
2	0,298	0,089	0,086	1,04505	-0,149	149,732	3	2298	0,000
a. Einflußvariablen : (Konstante), Wahlabsicht, LiRe, EWL, Einkommen, IE(EWL*LiRe), Trier, Giessen, Erfahrung, Geschlecht,									
b. Einflußvariablen : (Konstante), EWL, Einkommen, Geschlecht, Giessen, Trier, Erfahrung									

Ohne den „Nutzen“ sinkt die Erklärungskraft des ökonomischen Modells und erklärt nur noch 8,9 Prozent der Varianz. Die Änderung von R² um 14,9 Prozent durch Auslassen der nicht-ökonomischen Kriterien ist signifikant. Wird der „Nutzen“ nicht berücksichtigt, bestätigt sich der Befund im bivariaten Modell, die nicht-ökonomischen Variablen erklären mehr.

Tab. 46: Drittvariablenkontrolle der Hypothese 1 (ökonomisches Modell ohne Nutzen)

Modell		Regressionskoeffizient b	Standardfehler	Beta	T	Sig.
1	(Konstante)	1,182	0,257		4,603	0,000
	LiRe	0,315	0,039	0,469	8,149	0,000
	Wahlabsicht	-0,406	0,054	-0,171	-7,494	0,000
	Einkommen	0,102	0,020	0,093	4,985	0,000
	EWL	0,017	0,062	0,014	0,278	0,781
	IE(LiRe*EWL)	-0,054	0,013	-0,279	-4,055	0,000
	Geschlecht	-0,124	0,042	-0,054	-2,911	0,004
	Erfahrung	0,156	0,083	0,132	1,883	0,060
	Giessen	0,186	0,155	0,079	1,201	0,230
	Trier	0,237	0,172	0,065	1,377	0,169
2	(Konstante)	2,537	0,194		13,078	0,000
	Einkommen	0,101	0,022	0,093	4,546	0,000
	EWL	-0,271	0,025	-0,224	-10,947	0,000
	Geschlecht	-0,241	0,046	-0,105	-5,236	0,000
	Erfahrung	0,158	0,090	0,134	1,746	0,081
	Giessen	0,163	0,169	0,069	,966	0,334
	Trier	0,182	0,188	0,050	,970	0,332

Das Geschlecht, wiederum mit derselben Wirkung auf die abhängige Variable, und die beiden ökonomischen Variablen haben einen signifikanten Einfluss auf die abhängige Variable. Es kann festgestellt werden, dass die ökonomischen Variablen auch unter der Kontrolle von

Drittvariablen einen signifikanten Einfluss ausüben, wobei der Einfluss dem Regressionsgewicht b zufolge der eigenen wirtschaftlichen Lage relativ stark ist.

Tab. 47: Drittvariablenkontrolle für die Hypothesen 3 und 4

Modell		Regressionskoeffizient b	Standardfehler	Beta	T	Sig.
1	(Konstante)	0,699	0,244		2,865	0,004
	LiRe	0,256	0,036	0,381	7,094	0,000
	Wahlabsicht	-0,329	0,051	-0,138	-6,505	0,000
	Qualität	0,731	0,039	0,442	18,964	0,000
	Qualität-Dummy	0,500	0,049	0,228	10,265	0,000
	Einkommen	0,090	0,019	0,083	4,747	0,000
	EWL	0,042	0,058	0,034	0,718	0,473
	IE(EWL*LiRe)	-0,043	0,012	-0,224	-3,496	0,000
	Geschlecht	-0,112	0,039	-0,049	-2,830	0,005
	Erfahrung	0,099	0,078	0,085	1,283	0,200
	Giessen	0,264	0,144	0,112	1,834	0,067
	Trier	0,377	0,160	0,103	2,350	0,019

In diesem Modell sollen die Hypothesen 3 und 4 noch einmal unter Kontrolle von Drittvariablen überprüft werden.

Die Erfahrung der Studierenden

Im Gegensatz zum bivariaten Modell leistet die Erfahrung mit Studiengebühren unter Kontrolle der Drittvariablen keine weitere Varianzaufklärung der abhängigen Variablen. Der Effekt ist leicht positiv, d.h. steigt die Erfahrung, steigt die Zustimmung zu Studiengebühren, jedoch bei einem empirischen Signifikanzniveau von 20 Prozent nicht signifikant.

Das Geschlecht

Das Geschlecht bleibt unter Kontrolle der ideologischen, ökonomischen Variablen sowie der Erfahrung und dem Universitätsstandort signifikant. Folglich lehnen anhand der vorliegenden Daten noch immer Studentinnen Studiengebühren eher ab als Studenten.

11. Ergebnisse

H1: „Nicht-ökonomische Einflussfaktoren haben einen größeren Einfluss auf die Einstellung zu Studienbeiträgen als ökonomische Faktoren“.

Im bivariaten additiven Regressionsmodell weisen die nicht-ökonomischen Kriterien eine höhere Erklärungskraft auf als die ökonomischen Variablen, wenn der wahrgenommene „Nutzen“ der Gebühren nicht in die Analyse aufgenommen wird. Werden Kosten und Nutzen gleichermaßen betrachtet, erklären die ökonomischen Variablen mehr als die nicht-ökonomischen Variablen.

In der Drittvariablenanalyse zur Prüfung dieser Hypothese bestätigt sich der Befund im bivariaten Modell. Da ein Interaktionseffekt vorliegt, wurden konditionale Regressionen berechnet. Hypothese 1 kann anhand dieser Befunde weder für das ökonomische Modell mit „Nutzen“ noch das ökonomische Modell ohne „Nutzen“ bestätigt werden.

H2: „Je schlechter die ökonomische Situation, desto geringer ist der nicht-ökonomische Effekt“.

Diese Hypothese kann nicht bestätigt werden, denn die nicht-ökonomischen Variablen haben in allen Einkommenskategorien und wirtschaftlichen Lagen einen Einfluss auf die abhängige Variable und eine relativ hohe Erklärungskraft. Der Effekt der Links-Rechts-Selbsteinstufung und der Wahlabsicht verläuft nicht für jede Einkommenskategorie bzw. für jede wirtschaftliche Situation linear. Auch bei Studierenden, die beispielsweise ihre eigene wirtschaftliche Lage als sehr schlecht beurteilen, weisen die nicht-ökonomischen Kriterien einen hohen Einfluss auf.

Jedoch ist hierbei zu beachten, dass unter anderem Studierende befragt wurden, die bereit sind, die Kosten zu übernehmen, denn die Studienberechtigten, die aufgrund ihrer ökonomischen Situation und aufgrund von Studiengebühren nicht studieren, wurden nicht befragt.

H3: „Erfahrungen mit Studienbeiträgen verbessern die Bewertung der Studienbeiträge“.

Erfahrungen mit Studiengebühren leisten keinen großen Beitrag zur Erklärung der Varianz der abhängigen Variablen. Aufgrund der Drittvariablenkontrolle wird ersichtlich, dass es primär ideologische und ökonomische Faktoren sind, die die Einstellung zu Gebühren beeinflussen und weniger die Erfahrung mit Studiengebühren.

H4: „Studentinnen beurteilen Studiengebühren negativer als Studenten“.

Diese Hypothese kann insgesamt bestätigt werden. Im bivariaten Modell erklärt das Geschlecht 1,8 Prozent der Varianz der Einstellung zu Studiengebühren. Das Regressionsgewicht lässt darauf schließen, dass Frauen Studiengebühren insgesamt negativer bewerten als Männer. Unter Kontrolle der ideologischen und der ökonomischen Situation, der Erfahrung mit Studiengebühren und den Universitätsstandorten, weist das Geschlecht eine signifikante Erklärungskraft auf. Für zukünftige Forschungsarbeiten wäre es interessant herauszufinden, woran dieser Effekt des Geschlechts liegt, wobei davon auszugehen ist, dass es nicht das „biologische“ Geschlecht ist, das die Einstellung zu Studiengebühren determiniert, sondern das „soziale“ Geschlecht.

H5: „Universitätsstandorte spielen bei Kontrolle der zuvor geprüften Variablen keine Rolle.“

Die letzte Hypothese kann im multivariaten Modell nicht bestätigt werden. Die Einstellung zu Studiengebühren unterscheidet sich zwischen den Universitäten unter Kontrolle von Geschlecht, Erfahrung, und der ideologischen und ökonomischen Kriterien.

Es erscheint wenig plausibel, dass der Standort an sich relevant ist für die Haltung zu Studiengebühren, d.h. es kann vermutet werden, dass hier weitere erklärungskräftige Variablen im Hintergrund wirken, welche nicht im Modell berücksichtigt wurden.

Die Anwendungsvoraussetzungen für eine lineare Regression

Die Variablen sollten metrisches Skalenniveau aufweisen, normalverteilt sein, ein linearer Zusammenhang zwischen ihnen bestehen und es sollte keine Kollinearität zwischen den unabhängigen Variablen vorliegen. In Hinblick auf die abhängige Variable wird metrisches Skalenniveau nur unterstellt, da sie streng genommen ordinalskaliert ist. Die Linearität der Beziehung – dadurch dass die abhängige Variable eigentlich ordinalskaliert ist – kann graphisch nur schwer überprüft werden. Anhand der Korrelationen der erklärenden Variablen wird keine Multikollinearität festgestellt. Graphisch ist keine Korreliertheit der Prädiktoren und Residuen ersichtlich.

Die Normalverteilung der Residuen durch P-P-Plot kann visuell bestätigt werden. Der Durbin-Watson-Test ist ein Test auf Auto-Korrelation und kann Werte zwischen 0 und 4 an-

nehmen. Die Werte liegen für das Gesamtmodell in Göttingen bei 1,988, in Gießen bei 2,070 und in Trier bei 2,152.

Jedoch wird die Homoskedastizitätsbedingung nicht erfüllt. Die Residuen sollten unsystematisch mit den vorhergesagten Werten variieren, im Plot zeigen sich jedoch systematische Zusammenhänge. „Bei ungleichen bedingten Varianzen sind die geschätzten Standardfehler keine konsistenten Schätzer der tatsächlichen Standardfehler, was dazu führen kann, dass alle inferenzstatistischen Aussagen Artefakte sind.“¹⁴⁰

12. Diskussion

Bei Prüfung der Anwendungsvoraussetzungen für die Regressionen hat sich gezeigt, dass die Homoskedastizitätsbedingung verletzt ist, weshalb nicht sicher ist, ob die inferenzstatistischen Aussagen nicht Artefakte sind. Auch basieren die Daten in Trier auf einer Stichprobenziehung mittels eines onomastischen Verfahrens und sind damit auf eine andere Weise erhoben worden als die Daten in Göttingen und Gießen. In Trier hatten nicht alle Studierenden, die gleiche Chance ausgewählt zu werden, da die Emailadressen nur generiert wurden.

Deshalb sollen die Signifikanztests als Informationen verstanden werden und die Regressionsgewichte nur die Richtung und die relative Stärke der erklärenden Variablen angeben, d.h. wie stark wirken die erklärenden Variablen positiv oder negativ auf die Einstellung zu Studiengebühren.

Zudem wurde in dieser Arbeit die empiristische Vorgehensweise anderer Forschungsarbeiten kritisiert, mit dem Ergebnis, dass auch diese Arbeit eher empiristisch angelegt ist. Es wurden zwar zwei Erklärungsansätze berücksichtigt, jedoch basieren die letzten drei Hypothesen auf rein empiristischen Befunden.

Des Weiteren kann der vorliegenden Arbeit vorgeworfen werden, dass sehr wenige Variablen in die Analyse eingegangen sind. Da der Datensatz eigentlich für eine explorative Studie mit einem anderen inhaltlichen Schwerpunkt gedacht war, wurde bei der Datenerhebung nicht darauf geachtet, ein theoretisches Konstrukt bezüglich Studiengebühren zu messen und weitere mögliche relevante erklärende Variablen für die Analyse mit aufzunehmen (z.B. Höhe des BAföG).

¹⁴⁰ Kühnel, Steffen-M. / Krebs, Dagmar: S.558.

Auch ist zu beachten, dass sich die Beurteilung der Studiengebühren in Göttingen im Vergleich zu Gießen und Trier unterscheiden muss. Denn in Göttingen wurden – unabhängig von der Haltung zu Gebühren – tatsächlich Gebühren bezahlt, in Gießen und Trier nicht. So handelt es sich bei den letzten beiden Universitäten fast um eine hypothetische Fragestellung.

Die befragten Studierenden in Göttingen können sich Studiengebühren auf jeden Fall leisten. Spielt die ökonomische Situation eine bedeutende Rolle, werden ärmere Studierende gar nicht erst an einer Universität mit Studiengebühren studieren. Es wäre für die untersuchte Fragestellung besser, mehrere Universitäten zu untersuchen, da die Universitäten Gießen, Göttingen und Trier in ihren Bundesländern sehr willkürlich ausgewählt wurden bzw. diese drei Universitäten die einzigen waren an denen eine Erhebung möglich war.

13. Fazit

Im Vergleich zu vorangegangenen Forschungsarbeiten bleibt insgesamt die Ablehnung der Studiengebühren sehr stabil. So sprechen sich auch in dieser Arbeit gut zwei Drittel der Studierenden gegen Gebühren aus. Trotz der Defizite der vorliegenden Arbeit gibt es neue Erkenntnisse, die einige gängige Annahmen widerlegen. Bisher wurde die Erfahrung mit der Zahlung von Studienbeiträgen als Determinante zur Einstellung zu Studiengebühren angesehen. Dieser Befund konnte anhand der vorliegenden Arbeit nicht bestätigt werden. Es konnte darüber hinaus gezeigt werden, dass primär die ökonomischen und ideologischen Faktoren die Einstellung zu Studiengebühren determinieren. Ebenso wurde in den Arbeiten des DZHW das Geschlecht als Determinante von Studiengebühren angesehen, in dem Sinne, dass Frauen Studiengebühren eher ablehnen. Es konnte gezeigt werden, dass trotz Kontrolle weiterer Variablen, das Geschlecht weiterhin einen signifikanten Einfluss auf die Haltung zu Studiengebühren aufweist.

In der vorliegenden Arbeit wurde davon ausgegangen, dass nicht-ökonomische Faktoren einen größeren Einfluss auf die Haltung zu Studiengebühren aufweisen als ökonomische Faktoren und dass gerade bei niedrigeren Einkommen die ideologische Komponente an Gewicht verliert. Diese Annahmen haben sich nicht bestätigt. Jedoch stellte sich heraus, dass die ideologische bzw. politische Einstellung einen sehr starken Einfluss auf die Einstellung zu Studiengebühren hat. Denn je reicher Studierende sich selbst einstufen, desto eher befürworten sie Gebühren. Auch die Wahlabsicht der Studierenden schlägt sich in der Beurteilung der Gebüh-

ren nieder. Würden sie CDU/CSU oder die FDP wählen, stehen sie Studiengebühren positiver gegenüber als die potentiellen SPD-, Grünen- und LinkenwählerInnen.

Die Ergebnisse deuten zudem darauf hin, dass die nicht-ökonomischen Kriterien in jeder Einkommenssituation eine wichtige Rolle in Hinblick auf die Bewertung der Studiengebühren spielen, d.h. egal wie gut Studierende finanziell gestellt sind, die ideologische Einstellung determiniert unter anderem die Einstellung zu Studiengebühren. Es gibt folglich Studierende aus einkommensstarken Familien, die sich Studiengebühren leisten könnten, dies aber aus ideologischen Gründen nicht möchten. In Hinblick auf die Debatte um Studiengebühren bzw. auf eine etwaige Wiedereinführung stellt dies einen interessanten Befund dar. Denn nach wie vor studieren hauptsächlich Kinder aus einem akademischen Elternhaus an deutschen Universitäten, also größtenteils Studierenden, die sich – über ihre Eltern – das Studium inklusive Gebühren durchaus leisten könnten.

Wenn Studiengebühren wieder eingeführt werden sollten, ist zu überlegen, welche Modelle zur Verfügung stehen. So könnte das Modell „Studienkonto“, wie es in Rheinland-Pfalz eingeführt wurde, als Vorbild dienen. Man könnte auch über ein nachgelagertes Studiengebührenmodell nachdenken, ähnlich wie BAföG, bei dem die Gebühren erst zum Ende des Studiums und mit Beginn der Berufstätigkeit in zinslosen Raten zurückgezahlt werden könnten.

Auch eine monatliche Gebühr wäre eine Möglichkeit, denn bisher wurden meist 500 Euro pro Semester abgebucht, was viele Studierende als viel Geld auf einmal angesehen haben. Eine monatliche Gebühr von ca. 80 Euro zusätzlich zu den üblichen Lebenshaltungskosten würde eventuell auf mehr Akzeptanz stoßen.

Aufgrund der neuen Befunde und der Defizite der vorliegenden Arbeit sind weitere Forschungsarbeiten zum Thema Studiengebühren vonnöten. Ein Panel-Design wäre ideal für dieses Vorhaben, so könnte die Einstellung zu Gebühren im Zeitverlauf auf Individualebene analysiert werden. In Zukunft gestaltet sich dieses Vorhaben als schwierig, denn seit dem Wintersemester 2014/15 werden in der gesamten Bundesrepublik an staatlichen Hochschulen keine Studiengebühren mehr erhoben. Dennoch sind die Determinanten zur Einstellung von Studiengebühren ein sehr wichtiges Thema, da mit „Studiengebühren“ in einigen Bundesländern Wahlkampf betrieben wurde und Studiengebühren damit auch ein Politikum darstellten. Gerade weil es Hinweise gibt, dass es zumindest wieder eine Debatte über die Einführung von

Studiengebühren geben wird, ist es von entscheidender Bedeutung zu erkennen, welche Determinanten die Akzeptanz dieser beeinflussen.

Zu Beginn der Arbeit standen sich zwei Thesen gegenüber: die „Privilegierung der Privilegierten“ und Gebühren als Hemmschwelle für Kinder aus sozial schwachen Familien. Die vorgestellten Ergebnisse aus dem Forschungsstand deuten darauf hin, dass Studierende aus sozial schwachen Familien nicht bzw. nicht mehr als zur Zeit vor den Gebühren vom Studium abgeschreckt wurden und der Akademikeranteil unter den Studierenden auch nach Einführung der Gebühren nach wie vor hoch ist. Zudem konnte die Arbeit darlegen, dass es neben ökonomischen Faktoren auch ideologische Faktoren sind, die in hohem Maße die positive bzw. negative Haltung zu Studiengebühren determinieren.

Obwohl in Deutschland der Großteil der Studierenden aus einem akademischen Elternhaus entstammt und daher angenommen werden kann zumeist auch aus einem einkommensstarken Elternhaus gelten Studiengebühren als äußerst unpopulär. Mit der Abschaffung der Studiengebühren in Deutschland wird folglich das Studium, das nach wie vor überwiegend von Kindern aus akademischen Elternhaus aufgenommen wird, nicht anteilig von deren (einkommensstarken) Eltern, sondern vom Staat, d.h. aus Steuergeldern finanziert. So kann schlussendlich festgestellt werden, dass in Deutschland zurzeit eher die erste These zutrifft: die Privilegierung der Privilegierten.

14. Literaturverzeichnis:

Ajzen, Icek / Fishbein, Martin (1989): Understanding Attitudes and Predicting Social Behavior. Englewood Cliffs (NJ): Prentice-Hall.

Alt, Christian / Bien, Walter (1994): Gewichtung, ein sinnvolles Verfahren in den Sozialwissenschaften? Fragen, Probleme und Schlußfolgerungen. In: Gabler, Siegfried / Hoffmeyer-Zlotnik, Jürgen H.P. / Krebs, Dagmar (Hrsg.): Gewichtung in der Umfragepraxis, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 124 – 140.

Arzheimer, Kai / Rudi, Tatjana (2007): Wertorientierungen und ideologische Einstellungen. In: Rattinger, Hans / Gabrier, Oscar W. / Falter, Jürgen W. (Hrsg.): Der gesamtdeutsche Wähler, Baden-Baden: Nomos-Verlag, S. 167 - 188.

Bamberg, Sebastian / Kühnel, Steffen-M. (1998): Umweltbewußtsein, situative Restriktionen und Verkehrsmittelwahl - ein zweistufiges Entscheidungsmodell. In: Umweltpsychologie 2, S. 6 – 19.

Bamberg, Sebastian / Schmidt, Peter (2003): Incentives, Morality, Or Habit? Predicting Students' Car Use for University Routes with the Models of Ajzen, Schwartz, and Triandis, 2003. In: Environment and Behavior 35, S. 264 – 285.

Bargel, Tino / Müßig-Trapp, Peter / Willige, Janka (2008): Studienqualitätsmonitor 2007, Studienqualität und Studiengebühren. Hannover: HIS.

Bechter, Barbara / Brandl, Bernd / Schwarz, Gerhard (2009): Determinanten der Einstellung zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen: Endbericht zum Jubiläumsfondsprojekt. Wien: WIFO. Verfügbar unter:
http://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=37321&mime_type=application/pdf [Zugriff am 13.03.2014].

Bohner, Gerd / Wänke, Michaela (2002): Attitudes and Attitude Change. Hove [u.a.]: Psychology Press.

Brunn, Anke (1996): 11 Thesen für ein Studium ohne Studiengebühren. In: DUZ-DOKU: Fritsche, Angelika / Lindner, Angela / Renkes, Veronika: Studiengebühren Pro und Contra. Bonn: Raabe, S. 85 – 90.

Brunn, Anke (1996): Gegen den Populismus mit finanziellen Folgeschäden. In: Fritsche, Angelika / Lindner, Angela / Renkes, Veronika: Studiengebühren Pro und Contra. Bonn: Raabe, S. 29 – 34.

Bultmann, Torsten / Weitkamp, Rolf (1999): Hochschule in der Ökonomie, Zwischen Humboldt und Standort Deutschland. Marburg: BdWi-Verlag.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (2009): Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2009. 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt durch das HIS Hochschul-Informationssystem.

Diekmann, Andreas / Preisendörfer, Peter (1992): Persönliches Umweltverhalten. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 44, S. 226 – 251.

Diekmann, Andreas / Preisendörfer, Peter (1998): Umweltbewußtsein und Umweltverhalten in Low- und High-Cost Situationen. Eine empirische Überprüfung der Low-Cost-Hypothese. In: Zeitschrift für Soziologie 27, S. 438 – 453.

Dierkes, Meinolf / Fietkau, Hans-Joachim (1988): Umweltbewußtsein - Umweltverhalten. Stuttgart: Kohlhammer.

Ehmann, Christoph (2001): Bildungsfinanzierung und soziale Gerechtigkeit. Bielefeld: Bertelsmann.

Erhardt, Manfred (1996): Den privaten Nutzen nicht öffentlich finanzieren In: DUZ-DOKU: Fritsche, Angelika / Lindner, Angela / Renkes, Veronika: Studiengebühren Pro und Contra. Bonn: Raabe, S. 26 – 28.

Ellwein, Thomas (1997): Die deutsche Universität, Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Wiesbaden: Fourier.

Faas, Thorsten (2007): Arbeitslosigkeit und Wählerverhalten. In: Rattinger, Hans / Gabriel, Oscar W. / Falter, Jürgen W. (Hrsg.): Der gesamtdeutsche Wähler, Stabilität und Wandel des Wählerverhaltens im wiedervereinigten Deutschland. Baden-Baden: Nomos-Verlag, S. 211 – 235.

Fishbein, Martin / Ajzen, Icek (1975): Belief, Attitude, Intention and Behavior: An Introduction to Theory and Research. Reading, Mass. [u.a.]: Addison-Wesley.

Flassbeck, Heiner / Maier-Rigaud, Gerhard (1982): Umwelt und Wirtschaft. Zur Diskriminierung des Umweltschutzes in der ökonomischen Analyse. Tübingen: Mohr.

Frey, Bruno S. (1992): Umweltökonomie. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Gabler, Siegfried / Hoffmeyer-Zlotnik, Jürgen H. P. / Krebs, Dagmar (Hrsg.) (1994): Gewichtung in der Umfragepraxis, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 1 – 6.

Gabler, Siegfried / Häder, Sabine (1997): Wirkung von Gewichtungungen. In: Gabler, Siegfried / Hoffmeyer-Zlotnik, Jürgen H. P. (Hrsg.): Stichproben in der Umfragepraxis, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 221 – 245.

Golücke, Friedhelm (1987): Studentenwörterbuch. Das Akademische Leben von A-Z. Graz: Verlag Styria.

Grützmacher, Judith / Ortenburger, Andreas / Poskowsky, Jonas / Willige, Janka (2012): Studienqualitätsmonitor 2009. Vergleich mit den Erhebungen 2007 und 2008, Hannover: HIS.

Güttler, Peter O. (1996): Sozialpsychologie. Soziale Einstellungen, Vorurteile, Einstellungsänderungen, München: Oldenbourg.

Hartung, Johanna (2010): Sozialpsychologie, Stuttgart: Kohlhammer.

Heine, Christoph / Quast, Heiko / Spangenberg, Heike (2008): Studiengebühren aus der Sicht von Studienberechtigten – Finanzierung und Auswirkungen auf Studienpläne und –strategien. Hannover: HIS.

Helbig, Marcel / Baier, Tina / Kroth, Anna (2012): Die Auswirkung von Studiengebühren auf die Studierneigung in Deutschland. Evidenz aus einem natürlichen Experiment auf Basis der HIS-Studienberechtigtenbefragung, In: Zeitschrift für Soziologie 41, S. 227 – 246.

Helbig, Marcel / Baier, Tina / Marczuk, Anna / Rothe, Kerstin / Edelstein, Benjamin (2011): „... und warum studierst du dann nicht?“ Bundesländerspezifische Unterschiede des Studienaufnahmeverhaltens von Studienberechtigten in Deutschland, Discussion Paper P 2011–002.

Jackob, Nikolaus / Schoen, Harald / Zerback, Thomas (2009): Sozialforschung im Internet. Methodologie und Praxis der Online-Befragung, Wiesbaden: VS-Verlag.

Klingemann, Hans-Dieter / Pappi, Franz U. (1972): Politischer Radikalismus: Theoretische und methodische Probleme der Radikalismusforschung, dargestellt am Beispiel einer Studie anlässlich der Landtagswahl 1970 in Hessen. München [u.a.]: Oldenbourg.

Klingemann, Hans-Dieter / Volkens, Andrea / Bara, Judith / Budge, Ian / Macdonald, Michael (2006): Mapping Policy Preferences II: Estimates for Parties, Electors, and Governments in Central and Eastern Europe, European Union and OECD 1990 - 2003. Oxford: Oxford University Press.

Krause, Norbert (2008): Die Debatte um Studiengebühren, Systematische Rekonstruktion eines rapiden Meinungswandels. Wiesbaden: VS-Verlag.

Kroneberg, Clemens / Yaish, Meir / Stocké, Volker (2010): Norms and Rationality in Electoral Participation and in the Rescue of Jews in WWII: An Application of the Model of Frame Selection. In: *Rationality and Society* 22, S. 3 – 36.

Kühnel, Steffen-M. / Bamberg, Sebastian (1998): Überzeugungssysteme in einem zweistufigen Modell rationaler Handlungen. Das Beispiel umweltgerechten Verkehrsverhaltens. In: *Zeitschrift für Soziologie* 27, S. 256 – 270.

Kühnel, Steffen-M. / Krebs, Dagmar (2012): Statistik für die Sozialwissenschaften. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. Reinbek (Hamburg): Rowohlt Taschenbuchverlag.

Langeheine, Rolf / Lehmann, Jürgen (1986): Die Bedeutung der Erziehung für das Umweltbewußtsein. Kiel: IPN.

Lewin, Karl / Heublein, Ulrich / Schreiber, Jochen / Spangenberg, Heike / Sommer, Dieter (2001): Doppelqualifikation verliert weiter an Bedeutung, Studienanfänger an den Fachhochschulen des Landes Hessen im Wintersemester 1999/2000.
Verfügbar unter: http://www.dzhw.eu/pdf/pub_kia/kia200107.pdf [Zugriff am 22.02.2016].

Lipset, Seymour M. / Lazarsfeld, Paul S. / Barton, Allen H. / Linz, Juan (1954): The Psychology of Voting: An Analysis of Political Behavior, In: Gardner, Lindzey (Hrsg.): *Handbook of Social Psychology, Volume II Special fields and applications*. Cambridge: Addison – Wesley, S. 1124 – 2275.

Mau, Steffen (1998): Zwischen Moralität und Eigeninteresse. Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat in internationaler Perspektive. B34-35, 98. S.27-37.

Nagel, Bernhard (2004): Studiengebühren und ihre sozialen Auswirkungen: eine Analyse von Daten aus USA, England, Schottland, den Niederlanden, Österreich, Australien und Neuseeland. Baden-Baden: Nomos-Verlag.

Neundorf, Anja (2011): Die Links-Rechts-Dimension auf dem Prüfstand: Ideologisches Wählen in Ost- und Westdeutschland 1990-2008. In: *PVS, Sonderheft* 45, S. 233 – 256.

Newcomb, Theodore M. (1959): Sozialpsychologie. Meisenheim am Glan: Hain.

Roth, Roland / Rucht, Dieter (2008): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945: ein Handbuch. Frankfurt/ Main: Campus-Verlag.

Sachweh, Patrick / Ullrich, Carsten G. / Christoph, Bernhard (2006): Die gesellschaftliche Akzeptanz der Sozialhilfe. In *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 58, S. 489 – 504.

Schnell, Rainer (2012): Survey-Interviews. Methoden standardisierter Befragungen, Wiesbaden: VS-Verlag.

Schnell, Rainer / Hill, Paul B. / Esser, Elke (2011): Methoden der empirischen Sozialforschung. München: Oldenbourg.

Skarbak-Kozietulska, Anna / Preisendörfer, Peter / Wolter, Felix (2012): Leugnen oder gestehen? Bestimmungsfaktoren wahrer Antworten in Befragungen. In: Zeitschrift für Soziologie, 41, Heft 1, S. 5–23.

Stroebe, Wolfgang (1980): Grundlagen der Sozialpsychologie I, Stuttgart: Klett-Cotta.

Thieme, Werner (1956): Deutsches Hochschulrecht. Das Recht der wissenschaftlichen Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland und im Lande Berlin. Berlin-Köln: Heymanns.

Thomas, William I. / Znaniecki, Florian (1958): The Polish peasant in Europe and America. New York: Dover Publications.

Ullrich, Carsten G. (2000): Die soziale Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates: Anmerkungen zum Forschungsstand. Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung. Arbeitspapier Nr. 22.

Vöttner, Andreas / Woisch, Andreas (2012): Studienqualitätsmonitor 2010, Studienqualität und Studienbedingungen.

Verfügbar unter: http://www.dzhw.eu/pdf/pub_fh/fh-201204.pdf [Zugriff am 22.02.2016].

Wood, David (1999): Programming Internet Email, Beijing [u.a.]: O'Reilly & Associates.

Online-Quellen:

Agentur für Kommunikation: Super an der Spree: <http://www.s-u-p-e-r.de/von-super/spd-niedersachsen/> [Zugriff am 29.03.2014].

BAföG Aktuell: Studiengebühren in Hessen: <http://www.bafog-aktuell.de/studium/studiengebuehren/hessen.html> [Zugriff am 29.03.2014]

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung: Volksbegehren und Volksentscheide: <http://www.wahlen.bayern.de/vb-ve/> [Zugriff am 29.03.2014]

Bayerischer Landtag. Landtag beschließt die Abschaffung der Studiengebühren: http://www.bayern.landtag.de/de/7640_10293.php [Zugriff am 29.03.2014].

Bunkerblatt (Fakultätszeitschrift der Fakultät Life Sciences an der HAW Hamburg):
<http://www.ls.haw-hamburg.de/~zeitung/?p=388> [Zugriff am 29.03.2014].

Der Tagesspiegel: Hessen kippt seine Studiengebühren:
<http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/bildung-hessen-kippt-seine-studiengebuehren/1247734.html> [Zugriff am 29.03.2014].

Deutschlandfunk: Interview mit HRK-Chef Horst Hippler:
http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/1981102/ [Zugriff am 29.03.2014].

DZHW: Studienqualitätsmonitor: <http://www.dzhw.eu/ab21/sqm> [Zugriff am 29.03.2014]

Ergebniszusammenfassung Gebührenkompass 2011:
http://www.gebuehrenkompass.de/download_dateien/Ergebniszusammenfassung_Gebuehrenkompass_2011.pdf [Zugriff am 29.03.2014].

Georg-August-Universität Göttingen: Abgabe und Entgelte im vorherigen Semester:
<https://www.uni-goettingen.de/de/semesterbeitraege-im-vorherigen-semester/361333.html>
[Zugriff am 29.03.2014].

HISBUS: <http://www.hisbus.de/about/methodik> [Zugriff am 29.03.2014].

Homepage von David McAllister: <http://www.mcallister.de/das-bin-ich> [Zugriff am 29.03.2014].

Homepage von Roland Koch: <http://www.roland-koch.de/> [Zugriff am 29.03.2014].

Homepage von Stephan Weil: <http://www.stephanweil.de/zur-person/lebenslauf/> [Zugriff am 29.03.2014]

Johannes Gutenberg Universität Mainz: Studienkonten: http://www.uni-mainz.de/studium/167_DEU_HTML.php [Zugriff am 29.03.2014]

Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur: Niedersachsen schafft Studiengebühren zum Wintersemester 2014/2015 ab:
http://www.mwk.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=6325&article_id=18991&psmand=19 [Zugriff am 29.03.2014].

Pressestelle der Universität Augsburg: http://www.presse.uni-augsburg.de/zahlen_fakten/
[Zugriff am 01.04.2014].

Prüfer, P., & Rexroth, M.: Kognitive Interviews. GESIS How-to-Reihe, Nr. 15, 2005:
http://www.gesis.org/fileadmin/upload/forschung/publikationen/gesis_reihen/howto/How_to_15PP_MR.pdf [Zugriff am 29.03.2014].

Rätetä (Zeitschrift der Fachschaftsräte-Vollversammlung der Universität Tübingen (2006): [.http://boykott.fachschaft-ekw.de/RAETAETAE.pdf](http://boykott.fachschaft-ekw.de/RAETAETAE.pdf)
[Zugriff am 29.03.2014].

Rheinland-Pfalz: Die Landesregierung:

<http://www.rlp.de/ministerpraesidentin/ministerpraesidenten-von-rheinland-pfalz/> [Zugriff am 29.03.2014].

Rheinland-Pfalz: Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur:

Studiengebührenfreiheit: <http://mbwwk.rlp.de/wissenschaft/studieren-in-rheinland-pfalz/studiengebuehrenfreiheit/> [Zugriff am 29.03.2014].

RP.Online: NRW: Unis rufen nach Studiengebühren:

<http://www.rp-online.de/nrw/landespolitik/nrw-unis-rufen-nach-studiengebuehren-aid-1.2797985> [Zugriff am 29.03.2014]

Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks: Lebenshaltungs- und Studienkosten – ausgewählte Ausgabenpositionen:

http://www.sozialerhebung.de/download/20/Soz20_09_Kap07.pdf [Zugriff am 29.03.2014].

Spiegel-Online: Vorschlag der Grünen: Baden-Württemberg erwägt Studiengebühren für Ausländer:

<http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/baden-wuerttemberg-erwaegt-studiengebuehren-fuer-auslaender-a-916839.html> [Zugriff am 29.03.2014].

Studis Online: <http://www.studis-online.de/StudInfo/Gebuehren/rlp.php> [Zugriff am 29.03.2014].

Studis Online: Studiengebühren im Saarland:

<http://www.studis-online.de/StudInfo/Gebuehren/saarland.php> [Zugriff am 29.03.2014]

Universität Gießen: Zahlen und Fakten:

<http://www.giessen.de/index.phtml?NavID=1894.159&La=1> [Zugriff am 29.03.2014].

Universität Hohenheim, Lehrstuhl für Marketing I, Gebührenkompass.de: Zufriedenheit mit der Verwendung von Studiengebühren:

<http://www.gebuehrenkompass.de/ergebnisse.htm> [Zugriff am 29.03.2014].

Universität Kaiserslautern: Zahlen und Fakten:

http://www.uni-kl.de/fileadmin/ha-4/Statistiken/koepfe_WS_2013.pdf [Zugriff am 29.03.2014].

WZB: Das Manifesto-Projekt:

<http://www.wzb.eu/de/forschung/wandel-politischer-systeme/demokratie-und-demokratisierung/projekte/the-manifesto-project> [Zugriff am 29.03.2014].

Zeit Online Interview mit Ludger Wößmann:

<http://www.zeit.de/2015/36/studiengebuehren-ludger-woessmann> [Zugriff am 10.02.2016].

15. Anhang

Eine wichtige Frage in Zusammenhang mit den Gebühren ist vor allem die Finanzierung dieser. Da in Trier und in Gießen nur sehr wenige Studierenden Studiengebühren bezahlt haben, wird die Frage nach der Finanzierung des Studiums insgesamt betrachtet. Frühere Forschungen stellten fest, dass vor allem die **Eltern** sowohl Studium als auch Studiengebühren finanzieren. In dieser Erhebung hat sich dieser Befund bestätigt.

Nach der Finanzierung des Studiums wurde folgendermaßen gefragt:

Wie finanzieren Sie Ihr derzeitiges Studium?

Mehrfachnennungen möglich

Eltern

eigene Erwerbstätigkeit

BAföG

Ersparnisse

Studienkredit

Stipendium

Sonstiges

Tab. A1: Die Finanzierung des Studiums (Mehrfachnennung) an allen drei Universitäten

	Göttingen		Gießen		Trier	
	Häufigkeit /gültige Prozente	Prozent der Nennungen	Häufigkeit /gültige Prozente	Prozent der Nennungen	Häufigkeit /gültige Prozente	Prozent der Nennungen
Eltern	1682(39%)	79,90%	663 (36,5%)	75,20%	237 (37,6%)	73,10%
eigene Erwerbstätigkeit	940 (21,8%)	44,60%	427 (23,5%)	48,40%	164 (26%)	50,60%
BAföG	562 (13%)	26,70%	274 (15,1%)	31,10%	73 (11,6%)	22,50%
eigene Ersparnisse	690 (16%)	32,80%	337 (18,6%)	38,20%	110 (17,5%)	34%
Studienkredit	169 (3,9%)	8,00%	37 (2,0%)	4,20%	20 (3,2%)	6,20%
Stipendium	139 (3,2%)	6,60%	30 (1,7%)	3,40%	9 (1,4%)	2,80%
Sonstiges	135 (3,1%)	6,40%	48 (2,6%)	5,40%	17 (2,7%)	5,20%
Gesamt	2106 (100%)	205,90%	882 (100%)	205,90%	324 (100%)	194,40%

In 73 bis 80 Prozent der Nennungen bezahlen mitunter die Eltern das Studium. Gut ein Drittel gab an jeder Universität an, das Studium mittels eigener Ersparnisse zu finanzieren. Die Finanzierung durch das BAföG spielt mit 31,1 Prozent in Gießen die größte Rolle. Auch aus diesen Mehrfachnennungen wurden für die spätere Analyse Dummies gebildet:

Tab. A2: Dummies zur Finanzierung des Studiums an allen drei Universitäten

		Göttingen	Gießen	Trier
		Häufigkeit /gültige Prozente	Häufigkeit /gültige Prozente	Häufigkeit /gültige Prozente
Eltern	0 nein	215 (32,1%)	109 (42,1%)	42 (42,4%)
	1 ja	455 (67,9%)	150 (57,9%)	57 (57,6%)
Eigene Erwerbstätigkeit	0 nein	607 (90,6%)	214 (82,6%)	75 (75,8%)
	1 ja	63 (9,4%)	45 (17,4%)	24 (24,2%)
BAföG	0 nein	575 (85,8%)	217 (83,8%)	89 (89,9%)
	1 ja	95 (14,2%)	42 (16,2%)	10 (10,1%)
Eigene Ersparnisse	0 nein	642 (95,8%)	246 (95%)	95 (96%)
	1 ja	28 (4,2%)	13 (5%)	4 (4%)
Studienkredit	0 nein	664 (99,1%)	254 (98,1%)	96 (97%)
	1 ja	9 (0,9%)	5 (1,9%)	3 (3%)
Stipendium	0 nein	647 (96,6%)	255 (98,5%)	98 (99%)
	1 ja	23 (3,4%)	4 (1,5%)	1 (1%)
	Gesamt	695 (100%)	274 (100%)	99 (100%)

Knapp 70 Prozent der Studierenden in Göttingen geben an, dass ihr Studium ausschließlich von den Eltern finanziert wird, wohingegen in Gießen und der Trier der Anteil um ca. 10 Prozent geringer ausfällt. In Trier dominiert die eigene Erwerbstätigkeit als Finanzierungsquelle, in Gießen nach der Finanzierung durch die Eltern, das BAföG. Da in Göttingen zum einen der Anteil an „Akademikerkindern“ höher ist und zum anderen die Studierenden im Monat über ein höheres Einkommen verfügen, überrascht es nicht, dass überwiegend die Eltern das Studium finanzieren.

Tab. A3: Der Bildungshintergrund der befragten Studierenden

	Göttingen		Gießen		Trier	
	Häufigkeit	gültige Prozente	Häufigkeit	gültige Prozente	Häufigkeit	gültige Prozente
nicht-akademisch	824	43,1%	466	51,4%	148	49,8%
Teilweise	505	26,4%	254	28,0%	85	28,6%
akademisch	584	30,5%	186	20,5%	64	21,5%
Gesamt	1913	100%	906	100%	297	100%

In Göttingen überwiegt der Anteil der Studierenden aus einem akademischen Elternhaus, wohingegen in Gießen und Trier nur ca. 20 Prozent aus einem akademischen Elternhaus stammen. Die meisten Studierenden an allen drei Universitäten stammen aus nicht-akademischen Elternhäusern.

Tab. A4: Das Bundesland des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung

	Göttingen		Gießen		Trier	
	Häufigkeit	gültige Pro- zente	Häufigkeit	gültige Pro- zente	Häufigkeit	gültige Pro- zente
Baden- Württemberg	73	3,6%	63	6,3%	19	6,4%
Bayern	46	2,2%	47	4,7%	6	2,0%
Berlin	46	2,2%	13	1,3%	2	0,7%
Brandenburg	12	0,6%	10	1,0%	1	0,3%
Bremen	31	1,5%	3	0,3%	0	0%
Hamburg	43	2,1%	4	0,4%	0	0%
Hessen	203	9,9%	543	54,0%	10	3,4%
Mecklenburg- Vorpommern	19	0,9%	7	0,7%	2	0,7%
Niedersachsen	1073	52,2%	65	6,5%	7	2,4%
Nordrhein- Westfalen	243	11,8%	126	12,5%	55	18,5%
Rheinland- Pfalz	41	2,0%	58	5,8%	141	47,5%
Saarland	7	0,3%	8	0,8%	41	13,8%
Sachsen	29	1,4%	14	1,4%	5	1,7%
Sachsen- Anhalt	31	1,5%	15	1,5%	2	0,7%
Schleswig- Holstein	99	4,8%	10	1,0%	2	0,7%
Thüringen	58	2,8%	19	1,9%	4	1,3%
Gesamt	2054	100%	1005	100%	297	100%

Anhand dieser Tabelle bestätigt sich, was in anderen Forschungsarbeiten bereits thematisiert wurde. Die meisten Studierenden studieren in dem Bundesland, in dem sie auch ihre Hochschulzugangsberechtigung erworben haben. Knapp die Hälfte der Befragten gab jeweils an aus dem Bundesland zu stammen, in dem sich der Universitätsstandort befindet.

Tab. A5: Der Einfluss der Finanzierungsquelle auf die Einstellung zu Studiengebühren

Modell	R	R ²	Korr. R ²	Standardfehler des Schätzers	Änderungsstatistiken				
					Änderung in R ²	Änderung in F	df1	df2	Sig. Änderung in F
1	,218 ^a	0,047	0,046	1,05455	0,047	27,118	2	1088	0,000
a. Einflußvariablen : (Konstante), Elternrein, BAföGrein									

		Regressionskoeffizient b	Standardfehler	Beta	T	Sig.
1	(Konstante)	1,842	0,065		28,170	0,000
	BAföG	-0,204	0,108	-0,066	-1,896	0,058
	Eltern	0,393	0,077	0,177	5,114	0,000

Anhand dieser Tabellen wird deutlich, dass sich die alleinige Finanzierung des Studiums durch BAföG negativ und die alleinige Finanzierung der Eltern positiv auf die Haltung zu Studiengebühren auswirkt. Insgesamt wird durch diese beiden Variablen mit 4,6 Prozent relativ wenig erklärt.